

Beteiligentransparenzdokumentation

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen

Einbringer: **Fraktion der FDP**

(Drucksache 7/985)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 19. May 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der FDP

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Petitionen sind ein wichtiges Element, um dem Bürgerwillen Ausdruck zu verleihen. Die Anzahl der Mitzeichner ist ein Maß für das Allgemeininteresse. Zum Schutz der Mitzeichner vor Übergriffen Andersdenkender ist es zwingend notwendig, dass der Mitzeichner das Wahlrecht hat, ob sein Name und Wohnort veröffentlicht werden. Im derzeit gültigen Gesetzestext steht unter § 14 a Abs. 6 wie folgt:

"Bei einer Veröffentlichung werden zusammen mit der Petition Name und Wohnort des Petenten sowie im Fall der Mitzeichnung Name und Wohnort der Mitzeichnenden veröffentlicht." Damit wird die Veröffentlichung personengebundener Daten per Gesetz vorgeschrieben.

B. Lösung

Änderung des § 14 a Abs. 6 wie folgt:

Bei einer Veröffentlichung werden zusammen mit der Petition Name und Wohnort des Petenten veröffentlicht. Mitzeichnende haben das Wahlrecht, ob Name und Anschrift veröffentlicht werden.

C. Alternativen

Festhalten an der bisherigen Gesetzeslage

D. Kosten

Keine Mehrkosten

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 14 a Abs. 6 des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen vom 15. Mai 2007 (GVBl. S. 57), das durch Gesetz vom 6. März 2013 (GVBl. S. 59) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

"(6) Bei einer Veröffentlichung werden zusammen mit der Petition Name und Wohnort des Petenten veröffentlicht. Mitzeichnende haben das Wahlrecht, ob Name und Wohnort veröffentlicht werden."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Im Petitionsgesetz des Bundes sowie in den Petitionsgesetzen der Länder, die solche Gesetze erlassen haben, ist mit Ausnahme Schleswig-Holsteins ein entsprechender Passus - Veröffentlichung von Name und Wohnort der Mitzeichnenden - nicht enthalten, somit auch keine Veröffentlichungspflicht von Name und Anschrift der Mitzeichnenden. Die Pflicht zur Veröffentlichung dieser personenbezogenen Daten stellt einen Eingriff in die Privatsphäre der Mitzeichnenden dar. Außerdem stellt sie eine Hemmschwelle für das Mitzeichnen der Petitionen dar, da die Mitzeichnenden die Preisgabe personenbezogener Daten in Kauf nehmen müssen und somit von der Mitzeichnung abgehalten werden können.

Für die Fraktion:

Montag

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Bürgerbeauftragter des Freistaats Thüringen
Landtag von Sachsen-Anhalt, Ausschuss für Petitionen
Mehr Demokratie e.V.
Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät
PD Dr. Siefken, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kultur- und Heimatverein Oberstadt e.V.
Bürgerinitiative gegen das Windvorranggebiet W 4 Stadtlengsfeld
Bärthel, Kerstin
Bürgerinitiative "Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald"
Change.org. e.V.
Bayerischer Landtag
Heinrich Heine Universität Düsseldorf

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bürgerbeauftragter des Freistaats Thüringen, Dr. Kurt Herzberg</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Jürgen-Fuchs-Straße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bürgerbeauftragter des Freistaats Thüringen, Dr. Kurt Herzberg		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Straße 1	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Bürgerbeauftragter des Freistaats Thüringen, Dr. Kurt Herzberg											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Straße 1										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Bearbeitung von Bürgeranliegen, Auskunftsbegehren und Informationsersuchen gem. Thüringer Bürgerbeauftragtengesetz	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Regelung zur Veröffentlichung von Name und Wohnort von Mitzeichnenden einer Petition ist Änderungs- bzw. ergänzungsbedürftig - Regelmäßige Öffentlichkeit der PetA-Sitzungen wird nicht befürwortet - Mitzeichnung von Petitionen durch analoge Unterschriftenlisten und Diskussionsmöglichkeit während der Mitzeichnungsphase wird begrüßt	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 18.3.2021	



DER BÜRGERBEAUFTRAGTE DES FREISTAATS THÜRINGEN

Thüringer Landtag
Petitionsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

*Den Mitgliedern des
PetA*

TH. LANDTAG GB-PA
19.03.2021 12:48

Thüringer
Landtag
VORLAGE
71940
zu Drs. 7895/2042

THÜR. LANDTAG POST
30.03.2021 15:16

29. MRZ. 2021

AS

8204/2021

Erfurt, 18.03.2021

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Anhörung gem. § 79 GO des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Ich danke für die Möglichkeit, mich im Rahmen des o.g. Anhörungsverfahrens äußern zu können, und übersende Ihnen als Anlage die Stellungnahme zu:

- I. Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, Drucksache 7/985:
- II. Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/2042
- III. Ihr Fragenkatalog
- IV. Weitere Anregung

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kurt Herzberg

K. Herzberg

Dr. Kurt Herzberg • Der Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Postanschrift: Postfach 90 04 55, 99107 Erfurt
Besucheranschrift: Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon 0361 57 3113871 • Fax 0361 57 3113872
Internet: www.buergerbeauftragter-thueringen.de
E-Mail: post@buergerbeauftragter-thueringen.de

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten Deutschlands



DER BÜRGERBEAUFTRAGTE DES FREISTAATS THÜRINGEN

I. Stellungnahme

zur Drucksache 7/985:

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP „Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen (ThürPetG)“

Die jetzige Fassung des § 14a Abs. 6 ThürPetG wird ebenfalls aus den im Gesetzentwurf genannten Gründen kritisch gesehen. Dass Mitzeichnungswillige die öffentliche Kundgabe von Namen und Wohnort im Internet in Kauf nehmen müssen, wenn sie eine Petition mitzeichnen wollen, dürfte bei praxisnaher Betrachtung – insbesondere auch in Anbetracht der im Zuge der Internetnutzung aufgetretenen Phänomene wie z.B. Shitstorms etc. – eine große Hemmschwelle für eine Mitzeichnung darstellen. Deshalb wird es sehr begrüßt, Mitzeichnenden ein Wahlrecht bezüglich der Veröffentlichung ihres Namens und Wohnortes einzuräumen. Allerdings lässt der Gesetzentwurf offen, mit welchen Angaben ein Mitzeichner dann in der Veröffentlichung erscheint, wenn er die Kundgabe seines Namens und Wohnortes widersprochen hat.

II. Stellungnahme

zur Drucksache 7/2042:

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen (ThürPetG)“

1. § 14a: Ergänzung des Absatzes 7: Diskussionsmöglichkeit während der Mitzeichnungsphase

Die Diskussionsmöglichkeit wird sehr begrüßt. Allerdings dürfte dann eine Moderation/Administrierung vonnöten sein, die ebenfalls im Gesetz geregelt werden sollte, um – bei offensichtlich missbräuchlicher Nutzung dieses Instruments – eine hinreichende Grundlage für administrative Interventionen zu haben.

2. § 15 Abs. 1:

a) Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen als Regelfall

Die Frage, ob und inwieweit die Sitzungen parlamentarischer Ausschüsse im Regelfall öffentlich sein sollten, ist seit einiger Zeit Gegenstand kontroverser Diskussionen auch im politischen Raum.¹ Der Widerstreit der Argumente soll und kann an dieser Stelle aus Raumgründen nicht nachgezeichnet werden. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass der Petitionsausschuss des Parlaments kein „gewöhnlicher“

¹ Siehe z.B. nur BT-Drs. 19/10 + 18/3045; „Wunsch nach mehr politischer Transparenz: Bundestags-Ausschüsse bald öffentlich?“, in: Legal Tribune Online v. 28.03.2018; „Sollen Bundestagsausschüsse öffentlich tagen?“, in politik & kommunikation v. 16.12.2014

gesetzesberatender Fachausschuss, sondern ein im guten Sinne „sehr spezieller“ Ausschuss ist, den die Landesverfassung zwingend vorsieht und dem sie die besondere Aufgabe zugewiesen hat, über die an den Landtag gerichteten Eingaben der Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden.

Diese „Regierungs- und Verwaltungskontrolle im Interesse des Bürgers“² mag es auf den ersten Blick nahelegen, dass *gerade dieser* Ausschuss öffentlich tagen sollte. Doch stehen dem auch erhebliche Bedenken entgegen:

Petitionen sind Bitten oder Beschwerden, mit denen Forderungen und Vorschläge für ein Handeln oder Unterlassen von staatlichen Organen bzw. Beanstandungen gegen ein Handeln oder Unterlassen von staatlichen Organen verfolgt werden. Diese Bitten und Beschwerden betreffen in der überwiegenden Zahl der Fälle Einzelfallkonstellationen mit persönlicher Betroffenheit des Petenten. Die Erörterung dieser persönlichen Angelegenheiten mit teilweise tief privaten Implikationen gehört meines Erachtens nach nicht in eine öffentliche Sitzung, sondern braucht den vertraulichen Rahmen der nichtöffentlichen Ausschusssitzung.

Dies gilt auch dann, wenn der Petent der Beratung seiner Petition in öffentlicher Sitzung vorab zugestimmt haben sollte. Denn der Beratungsverlauf und -umfang zu der jeweiligen Petition ist im Vorhinein und damit zum Zeitpunkt der Erteilung der Einwilligung durch den Petenten noch nicht absehbar. Der betroffene Petent kann in der Regel zum Zeitpunkt der Einwilligung nicht realistisch abschätzen, welche Dynamik sich im Austausch der Argumente zwischen Landesregierung und Ausschuss auch dahingehend entwickeln kann, dass Sachverhalte (dann öffentlich) zur Sprache kommen, die der Petent so nicht öffentlich besprochen haben wollte. Hinzu kommt, dass dem Petenten in solchen Fällen dann auch die Möglichkeit eingeräumt werden müsste, dargestellte – vielleicht sehr persönliche – Sachverhalte aus seiner Sicht zu „korrigieren“ bzw. zu kommentieren. Dieses Rederecht ist aber derzeit nicht vorgesehen. Auch kann die emotionale Verfasstheit bei Erteilung der Einwilligung eine andere sein, als zum Zeitpunkt der Beratung der Petition, so dass hier gewichtige Unzuträglichkeiten und durch ein mögliches „Hin und Her“ von Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit auch erhebliche Verfahrensaufwände vorprogrammiert sind.

Dies gilt auch für das - nicht zuletzt zum Schutz von Belangen Dritter - nötige und zu erwartende praktische Procedere in der Ausschusssitzung. Es ist zu erwarten, dass die Anwendung der in § 15 Abs. 1 vorgesehenen Regularien viel Zeit und Raum beanspruchen wird. Beides fehlt dann für die Beratung der Petitionen.

Sollte sich der Landtag für öffentliche Ausschusssitzungen entscheiden, so sollte dem Petenten unbedingt das Recht eingeräumt werden, zu jedem Zeitpunkt der Beratungen seine zunächst gegebene Zustimmung zurück zu ziehen.

² Hans-Peter Schneider, in: Benda/Maihofer/Vogel [Hrsg.], Handbuch des Verfassungsrechts, Band 1, 2. Aufl., § 13, Das parlamentarische System, Rn 94.

Nach alledem wird die im Gesetzentwurf vorgeschlagene regelhafte Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen kritisch bewertet, zumindest was den Bereich der Einzelpetitionen angeht.

Es könnte allerdings – auch als Kompromisslösung – erwogen werden, einerseits die Beratung von Massen- und Sammelpetitionen sowie andererseits die Beratung von Petitionen zur Veröffentlichung unabhängig von der Anhörung nach § 16 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

b) Behandlung des Jahresberichtes des Petitionsausschusses, des Monatsberichtes des Thüringer Bürgerbeauftragten und des Jahresberichtes des Thüringer Bürgerbeauftragten im Rahmen einer öffentlichen Anhörung

Der im Gesetzentwurf vorgeschlagene Terminus „öffentliche Anhörung“ ist nach hiesiger Auffassung bereits durch § 16 Abs. 1 Satz 2 ThürPetG besetzt und es ist nicht klar, wer dann an dieser „Anhörung“ teilnehmen soll. Die o.g. Gegenstände in öffentlicher Sitzung zu behandeln, wäre allerdings sachgerecht und sinnvoll, wobei sich ohnedies die Frage stellt, ob nicht auch der Jahresbericht des Thüringer Bürgerbeauftragten – gleich der Handhabung in anderen Bundesländern – ebenfalls im Plenum selbst behandelt werden sollte.

5. § 16 Abs. 1 (Sammellisten müssen nach Ende der Mitzeichnungsfrist im Landtag eingegangen sein)

Diese zeitliche Vorgabe wird für zu knapp gehalten und ist in der jetzigen Formulierung auch missverständlich, weil nicht benannt ist, wie lange „nach Ende“ die Listen vorliegen müssen. Zwischen dem Ende der Mitzeichnungsfrist und dem spätestmöglichen Eingang im Landtag sollten noch 3-5 Werktage liegen, damit die Mitzeichnungsfrist voll ausgeschöpft werden kann und die Sammellisten zum Landtag verbracht werden können. Dies gilt besonders deshalb, da sie in der Praxis von den Petenten ja nicht selten öffentlichkeitswirksam im Rahmen eines Termins übergeben werden sollen, so dass dieser Termin abgestimmt und eingerichtet werden muss. Daher wird vorgeschlagen, eine Regelung in das Gesetz aufzunehmen, nach der die Sammellisten spätestens fünf Werktage nach dem Ende der Mitzeichnungsfrist im Landtag eingegangen sein müssen.

III. Fragen

1. Wie bewerten Sie den derzeitigen Gesetzestext des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen, § 14 a Abs. 6 „Bei einer Veröffentlichung werden zusammen mit der Petition Name und Wohnort des Petenten sowie im Fall der Mitzeichnung Name und Wohnort der Mitzeichnenden veröffentlicht.“ unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Persönlichkeit?

Problematisch. Und es ist eigentlich erstaunlich, dass diese Regelung so ins Gesetz gelangt ist.

2. Sehen Sie durch diesen Gesetzestext ein Hemmnis für die Mitzeichnung von Petitionen?

Ja. Die nicht vorhandene Bereitschaft, seinen Namen und Wohnort im Internet veröffentlicht sehen zu wollen, darf nämlich nicht mit der fehlenden Bereitschaft verwechselt werden, zu der Mitzeichnung und dem mitgezeichneten Petitem „stehen“ zu wollen. Beides ist voneinander zu unterscheiden.

3. Wie bewerten Sie eine Änderung des Gesetzestextes hin zu einem Wahlrecht der Mitzeichnenden, mit Namen und Wohnort oder einem Pseudonym mitzuzichnen?

In Anbetracht der o.g. Bedenken positiv.

4. Wie bewerten Sie die bisherige Regelung, dass Mitzeichnungen nur online auf dem Petitionsportal des Thüringer Landtags vorgenommen werden können und Unterschriftenlisten ohne Rechtsgrundlage akzeptiert werden können?

Dass Mitzeichnungen nur online vorgenommen werden können, wird für defizitär gehalten. Denn dies grenzt faktisch diejenigen, die keinen Internetanschluss haben, haben können oder haben wollen, von der Mitzeichnungsmöglichkeit aus. In einem aktuellen, an den Bürgerbeauftragten herangetragenen Bürgeranliegen wurde die aktuelle Fokussierung auf die digitalen Möglichkeiten jüngst als insbesondere für ältere Menschen hochproblematisch gekennzeichnet und ausgrenzend wahrgenommen. Der Bürger umschrieb das Problem mit der Wendung „Marginalisierung durch Digitalisierung“:

Für die Akzeptanz von Unterschriftenlisten sollte es eine Rechtsgrundlage geben.

5. Wie bekannt ist Ihrer Meinung nach in der Bevölkerung die Tatsache, dass alle Petitionen ausschließlich beim Thüringer Landtag einzureichen sind und die Mitzeichnungen bei privaten Petitionsplattformen nicht anerkannt werden?

Nicht sehr bekannt. Viele Menschen unterliegen dem – mitunter fatalen - Irrtum, eine „Petition“ bei einer privaten Petitionsplattform sei eine wirksame Petition i.S.d. Art. 14 der Landesverfassung. Ein aktuelles und eindrückliches Beispiel dafür liefert der Sachverhalt, der in der TLZ vom 24.02.2021, Seite 3, veröffentlicht wurde unter der Überschrift „Tagespflege soll viel teurer werden - Das Vorhaben trifft vor allem alte Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen. Eine Petition macht auf Folgen der geplanten Leistungskürzungen aufmerksam“

6. Wie gut fühlen Sie sich von der Landtagsverwaltung zu diesen Bestimmungen informiert?

./.

7. Wie bewerten Sie die bislang fehlende Zusammenarbeit des Petitionsausschusses des Thüringer Landtags mit privaten Petitionsplattformen?

Grundsätzlich positiv, da eine solche Zusammenarbeit mit vielen Untiefen verbunden sein und eine Nähe zwischen zwei „Konkurrenten“ herstellen würde, die der Sache aus dem o.g. Grund (Bürger differenzieren nicht hinreichend zwischen privaten Plattformen und dem Petitionsadressat Parlament/Petitionsausschuss) wohl nicht dienlich wäre. Hinzu kommt, dass die privatwirtschaftlichen Interessen der privaten Plattformen (z.B. Datensammlung) wohl nicht parlamentarisch verbrämt bzw. legitimiert werden sollten.

8. Würden Sie eine solche Zusammenarbeit grundsätzlich befürworten?

Ich kann mir nicht vorstellen, wie die unterschiedlichen Interessen bzw. Ansätze im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammengebracht werden können.

9. Welche Hemmnisse im bestehenden Petitionswesen sehen Sie noch für den Erfolg von Petitionen?

Diese Frage kann ich nicht beantworten, weil unklar ist, wie die Wendung „Erfolg von Petitionen“ gemeint ist bzw. verstanden werden soll. (Etwa im Sinne einer Steigerung des zahlenmäßigen Aufkommens an Petitionen? Oder im Sinne der Erhöhung der Zahl derjenigen Petitionen, denen abgeholfen wird? Oder aber im Sinne einer effizienteren, die Bearbeitungszeit einer Petition reduzierenden Bearbeitung?).

10. Wie wichtig bewerten Sie das Vorhandensein eines geschützten Raumes durch Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Behandlung von Petitionen?

Als sehr wichtig (siehe die Ausführungen oben zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/2042, 2.a)).

11. Welche Konflikte könnte es geben, wenn grundsätzlich alle Sitzungen des Petitionsausschusses öffentlich sind und der Petent selbst die nichtöffentliche Behandlung seines Anliegens beantragen muss?

Siehe die Ausführungen oben zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/2042, 2.a)

12. Sehen Sie rechtliche Bedenken bei einer grundsätzlichen öffentlichen Behandlung von Petitionen im Petitionsausschuss?

Ja (siehe die Ausführungen oben zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/2042, 2.a)).

13. Die notwendige Anzahl von Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern, die für eine öffentliche Anhörung einer Petition notwendig ist, liegt derzeit bei 1.500 Unterschriften. Halten Sie diese Anzahl für angemessen?

Ja.

14. Wie bewerten Sie den Umstand, dass bisher für eine öffentliche Anhörung nur Unterschriften ausschlaggebend sind, die auf der Petitionsplattform des Thüringer Landtags erfolgt sind?

Vgl. Antwort zu Frage 4.

15. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass viele Petentinnen und Petenten selbständig handschriftliche Unterschriften auf analogen SammelListen an den Petitionsausschuss übergeben haben. Wie bewerten Sie die vorgesehene Anerkennung handschriftlicher Unterschriften?

Aus den bereits genannten Gründen als sehr gut und dringend erforderlich.

16. Kann es Ihrer Auffassung nach eine Hürde darstellen, wenn wie bisher bei einer Mitzeichnung Name und Wohnort der Mitzeichnerin bzw. des Mitzeichners im Internet veröffentlicht werden?

Siehe die Antwort auf Frage 2.

17. Wie bewerten Sie die Einführung der Möglichkeit einer Mitzeichnung unter Pseudonym?

Siehe Stellungnahme zum Gesetzentwurf.

18. Halten Sie weitere Erleichterungen bei der Mitzeichnung von Petitionen für notwendig und falls ja, welche?

./.

19. Sollte der Petitionsausschuss mit privaten Petitionsportalen zusammenarbeiten oder sehen Sie eher Gefahren in einer solchen Zusammenarbeit? Welche rechtlichen Bedingungen müssten für eine Zusammenarbeit erfüllt werden?

Siehe schon oben, Frage 7 und 8.

20. Wie bewerten Sie eine grundsätzliche Öffentlichkeit der Sitzungen des Petitionsausschusses, insbesondere im Hinblick auf das Interesse der Petentinnen und Petenten an der Bearbeitung ihrer eigenen Petitionen durch den Petitionsausschuss?

Siehe schon oben, Fragen 10 – 12.

21. Welche rechtlichen Bedenken bestehen gegenüber der Öffentlichkeit von Sitzungen, insbesondere mit Blick auf die geltende Rechtslage in Thüringen?

Siehe schon oben, Fragen 10 – 12.

22. Hat in dem Zusammenhang das Urteil des EuGHs vom 09.07.2020, Az. C-272/19 eine Auswirkung auf die Öffentlichkeit des hiesigen Petitionsausschusses?

Wird nicht gesehen.

23. Halten Sie die vorgesehenen Mechanismen zum Schutz der Privatsphäre und Daten der Petentinnen und Petenten im Zusammenhang mit der Öffentlichkeit von Sitzungen für ausreichend (Einwilligungsvorbehalt der Petentinnen und Petenten sowie Herstellung der Nicht-Öffentlichkeit durch Zwei-Drittel-Mehrheit)?

Nein. Vgl. im Übrigen schon oben, Fragen 10-12.

24. Wie bewerten Sie die Attraktivität der Thüringer Petitionsplattform und welche Hürden sehen Sie gegebenenfalls für Petentinnen und Petenten sowie für mitzeichnungswillige Menschen bei der Nutzung der Plattform?

Dass die Mitzeichnung nur online (= digital) möglich ist, ist nicht tunlich.

25. Sehen Sie Sicherheitsprobleme oder Missbrauchsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Thüringer Petitionsplattform und falls ja, wie könnten diese beseitigt werden?

./.

26. Wie bewerten Sie die Einführung einer Online-Diskussionsmöglichkeit bei Petitionen, die sich in der Mitzeichnungsphase befinden?

Die Diskussionsmöglichkeit wird sehr begrüßt. Allerdings dürfte dann eine Moderation/Administrierung vonnöten sein, die ebenfalls im Gesetz geregelt werden sollte.

27. Haben Sie weitere Vorschläge, die Attraktivität der Thüringer Petitionsplattform zu steigern?

./.

IV. Weitere Anregung

Gemäß § 1 Abs. 4 Satz 1, 1. Halbsatz Thüringer Bürgerbeauftragtengesetz unterstützt der Bürgerbeauftragte den Petitionsausschuss bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben (Bearbeitung von Prüfaufträgen, Teilnahme an den Sitzungen usw.). Um dieser Verpflichtung nachkommen zu können, ist der Bürgerbeauftragte auf Informationen des Petitionsausschusses angewiesen. Um datenschutzrechtlichen Problemfeldern in diesem Kontext zu begegnen, wird dringend angeregt, im Zuge der nunmehrigen Änderung des Thüringer Petitionsgesetzes eine dementsprechende Regelung aufzunehmen.

In Betracht käme folgende Formulierung, die als § 8 Abs. 3 (neu) eingefügt werden könnte:

„Der Petitionsausschuss erteilt dem Bürgerbeauftragten die für dessen Unterstützung des Petitionsausschusses sachdienlichen Auskünfte und stellt ihm die dementsprechenden Unterlagen zur Verfügung.“

9130/2021

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landtag von Sachsen-Anhalt Ausschuss für Petitionen</td> <td>Verfassungsorgan</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Landtag von Sachsen-Anhalt Ausschuss für Petitionen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Domplatz 6 - 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>39104 Magdeburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landtag von Sachsen-Anhalt Ausschuss für Petitionen	Verfassungsorgan	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landtag von Sachsen-Anhalt Ausschuss für Petitionen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Domplatz 6 - 9	Postleitzahl, Ort	39104 Magdeburg
Name	Organisationsform										
Landtag von Sachsen-Anhalt Ausschuss für Petitionen	Verfassungsorgan										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Landtag von Sachsen-Anhalt Ausschuss für Petitionen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Domplatz 6 - 9										
Postleitzahl, Ort	39104 Magdeburg										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Als gewählte Vertretung des Volkes von Sachsen-Anhalt: Gesetzgebung, Kontrolle der vollziehenden Gewalt etc.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Erfahrungen des Petitionsausschusses des Landtages von Sachsen-Anhalt mit öffentlichen Sitzungen; Ablehnung eines Quorums für öffentliche Anhörungen; positive Bewertung der Petitionsplattform des Thüringer Landtages; Befürwortung eines Pseudonyms für Mitzeichnende.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Magdeburg, 09.04.2021	<i>Ausschussvorsitzende</i>



*Den Mitgliedern des
PetA*

TH. LANDTAG GB-PA
26.03.2021 12:41

*Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1129
zu Drs. 7/985 u. 7/2042*

LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT | 39094 Magdeburg

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Ihr Zeichen/

Ihre Nachricht vom: Drs. 7/985 und 7/2042
vom 01.03.2021

Mein Zeichen:

Bearbeitet von:

Tel.:

Datum:

23. März 2021

THUR. LANDTAG POST
24.03.2021 10:52

7618/21

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 1. März 2021 wurde der Ausschuss für Petitionen des Landtages von Sachsen-Anhalt im Rahmen einer schriftlichen Anhörung um Stellungnahme zu den Entwürfen eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen gebeten. Dieser nimmt dazu wie folgt Stellung.

Öffentlichkeit von Sitzungen

Bezugnehmend auf ihre Fragen hinsichtlich der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen und etwaiger damit verbundener Bedenken (Fragen 10 bis 12, 20 bis 23) sei auf die durch Art. 10 Nr. 57 des Gesetzes zur Parlamentsreform 2020¹ geänderte Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt verwiesen. Gemäß § 85 der Geschäftsordnung tagen die Ausschüsse des Landtages grundsätzlich öffentlich. Damit wird einer fraktionsübergreifenden Forderung nach mehr Transparenz und Bürgernähe Rechnung getragen, die interessierten Bürger*innen und Vertreter*innen der Presse die Möglichkeit geben soll, die Beratungen von Ausschüssen mit zu verfolgen.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Parlamentsreform war für den Petitionsausschuss insbesondere zu klären, wie mit Petitionen, die vor Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung eingegangen sind, verfahren wird, d.h. ob diese öffentlich oder weiterhin nur nichtöffentlich behandelt werden. Eine Regelung bezüglich zukünftiger Petitionen wurde im Rahmen der Änderung der Geschäftsordnung bereits getroffen.

¹ Veröffentlicht im GVBl. LSA Nr 7/2020 vom 26. März 2020

Weiterhin musste geklärt werden, ob Petenten, die sich gegen eine öffentliche Behandlung ihrer Petition ausgesprochen haben, die Möglichkeit erhalten sollen, an einer nichtöffentlichen Beratung ihrer Petition teilzunehmen.

Der Ausschuss für Petitionen hat sich per Beschluss vom 14. April 2020 zur zukünftigen Beratung von Petitionen darauf verständigt, dass Petitionen, die vor Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung eingegangen sind und noch nicht abschließend behandelt wurden, ebenfalls in öffentlicher Sitzung zu behandeln sind, soweit eine Einverständniserklärung des Petenten dazu vorliegt. Den Petenten ist eine Teilnahme an der Behandlung ihrer Petition in nichtöffentlicher Sitzung grundsätzlich zu ermöglichen.

Mit der Neufassung der Grundsätze des Ausschusses für Petitionen über die Behandlung von Bitten und Beschwerden (Drs. 7/6347) ist für Petitionen, die nach Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt eingegangen sind, eine Behandlung grundsätzlich in öffentlicher Sitzung vorgesehen. Dies gilt insofern, dass Rechtsvorschriften die Bekanntgabe von Daten nicht untersagen, schutzwürdige Interessen nicht verletzt würden und der Petent einer öffentlichen Behandlung rechtzeitig mittels Einverständniserklärung zugestimmt hat. Liegt eine solche Einverständniserklärung nicht bis zur Behandlungsreife der Petition vor, ist diese nach § 85 GO in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Die Einverständniserklärung wird jedem Petenten nach Eingang seiner Petition übermittelt.

So wird zum einen der Schutz von Persönlichkeitsrechten jedes Petenten gewahrt und zugleich ein geschützter Raum zur Behandlung der Petition gewährleistet, sofern dieser nicht ausdrücklich einer öffentlichen Behandlung zustimmt. Mit den getroffenen Änderungen in der Geschäftsordnung des Landtages und den Grundsätzen des Ausschusses für Petitionen wurden etwaigen rechtlichen Bedenken Abhilfe geschaffen. Auf Ziffer 7.1 bis 7.5 der Grundsätze des Ausschusses für Petitionen wird verwiesen.

Die Erfahrungen der Sitzungsverläufe seit der Parlamentsreform zeigen, dass die Möglichkeit einer öffentlichen Behandlung aktiv genutzt wird. Rund die Hälfte aller Petitionen auf der Tagesordnung werden in öffentlicher Sitzung unter teilweise reger Teilnahme der Petenten, vor allem bei Sammelpetitionen, behandelt.

Durch eine entsprechende Prüfung und Vorbereitung durch den Ausschussdienst wurden bisher keine Verletzungen von Persönlichkeitsrechten oder des Datenschutzes bei Behandlungen in öffentlicher Sitzung beanstandet. Zum Teil erfolgen auch Hinweise der Ministerien, dass entsprechende Stellungnahmen nicht für die Öffentlichkeit geeignet sind. Dies wird dann entsprechend berücksichtigt.

Die Petenten werden rechtzeitig über die Behandlung ihrer Petition informiert und können über eine Teilnahme entscheiden. Auch diese Möglichkeit wurde bisher gut angenommen und es hat sich gezeigt, dass in einigen Fällen durch die Anwesenheit aller Beteiligten Sachverhalte im Sinne des Petenten direkt im Ausschuss geklärt oder Missverständnisse ausgeräumt werden konnten. Grundsätzlich hat sich gezeigt, dass die Entscheidung des Ausschusses dadurch dem Petenten besser verständlich gemacht werden kann, dies auch der Sachaufklärung und der Auseinandersetzung mit der Stellungnahme der Ministerien in der Sitzung förderlich ist. Mit der Möglichkeit, an den Sitzungen teilzunehmen und sich zu dem Anliegen zu äußern, ist bei manchen Petenten aber auch eine gewisse Erwartungshaltung verbunden, die nicht immer erfüllbar ist.

Die neue Behandlungsform hat einen höheren zeitlichen Aufwand für den Ausschuss, aber auch die Geschäftsstelle zur Folge. Es ist bei der Sitzungsvorbereitung zu berücksichtigen, für welche Behandlungsform sich die Petenten entschieden haben und ob sie an der Sitzung teilnehmen möchten. Die Tagesordnung beinhaltet nunmehr regelmäßig einen öffentlichen und nicht-öffentlichen Teil. Bei ihrer Erstellung ist abzuschätzen, wie viel Zeit für die Behandlung von Petitionen einzukalkulieren ist. Haben Petenten ihre Teilnahme an der Sitzung angekündigt und möchten von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich zu ihrem Anliegen zu äußern, erfordert dies regelmäßig einen höheren zeitlichen Behandlungsaufwand, der entsprechend einzuplanen ist. Die Petenten müssen zudem vor der Sitzung über den Behandlungstermin informiert werden. Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass sich seit der Parlamentsreform die Bearbeitungsdauer von Petitionen signifikant verlängert hat.

Einreichung von Petitionen, Quorum für Anhörung

Eine vergleichbare Regelung wie in § 14a Abs. 6 der gültigen Fassung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen (ThürPetG) ist in Sachsen-Anhalt nicht vorhanden. Gleichwohl begrüßt der Ausschuss für Petitionen die vorgeschlagenen Regelungen im Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (Drs. 7/2042). Die Veröffentlichung von Name und Adresse von Mitunterzeichnern kann ein großes Hemmnis für den Erfolg einer Petition darstellen.

Petitionen sind für viele Bürger*innen die letzte Maßnahme, um ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen oder sich gegen eine unverhältnismäßige behördliche Handlung zu wehren. Schon deshalb sollte das Einreichen von Petitionen so bürgerfreundlich wie möglich und ohne hohe Hürden ermöglicht werden. Der Übernahme von Regelungen, die bereits auf Bundesebene durch den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages angewendet werden, sind keine Bedenken entgegen zu setzen. Somit würde den Mitzeichnern ein Wahlrecht über die Verwendung eigener Daten ermöglicht werden.

Ein Quorum für eine Anhörung, wie dies der derzeitige § 16 ThürPetG vorsieht, existiert in Sachsen-Anhalt nicht. Der Ausschuss entscheidet auf Antrag der Petenten mit einfacher Mehrheit, unabhängig von der Anzahl von Unterschriften, ob eine öffentliche oder nichtöffentliche Anhörung durchgeführt wird. Das Quorum von 1.500 Unterschriften, die darüber hinaus auch noch über die Petitionsplattform des Thüringer Landtages zu sammeln sind, sind aus Sicht des Ausschusses weder bürgerfreundlich noch praxismäßig. Gleichzeitig sei darauf verwiesen, dass in Sachsen-Anhalt nur Sammelisten mit handschriftlicher Unterschrift anerkannt werden.

Digitale Petitionsplattformen

Es sei vorangestellt, dass Sachsen-Anhalt im Gegensatz zu Thüringen bis heute nicht über ein eigenes Petitionsportal zur Einreichung von Öffentlichen Petitionen verfügt. Der Ausschuss hatte sich zuletzt für ein solches Portal ausgesprochen.

Lediglich Beschlussempfehlungen des Ausschusses zu Massen- und Sammelpetitionen werden seit 2015 auf der Internetseite des Landtages veröffentlicht, sofern die Petition von mindestens 20 Unterstützern unterzeichnet und ein allgemeines öffentliches Interesse daran besteht.

Zu der Petitionsplattform des Thüringer Landtages (Fragen 24 bis 27) ist festzustellen, dass diese eine gute Übersicht über Petitionen bietet, die zur Beratung und zur Mitzeichnung vorgesehen sind, sowie zu abgeschlossenen Petitionen. Darüber hinaus sind nützliche Informationen in Verbindung mit einem umfangreichen FAQ vorhanden und die Oberfläche wird als sehr benutzerfreundlich wahrgenommen. Hinsichtlich etwaiger Hürden und rechtlichen Bedenken sei auf die bereits erfolgten Ausführungen zur Veröffentlichung von Namen und Wohnort bei einer Mitzeichnung verwiesen. Ein Missbrauch dieser Informationen ist nicht auszuschließen. An dieser Stelle sei nochmals auf die Einführung eines Pseudonyms für Mitzeichnende verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Christina Buchheim
Ausschussvorsitzende

Anlagen

- Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt mit den Grundsätzen des Ausschusses für Petitionen über die Behandlung von Bitten und Beschwerden
- Muster Einverständniserklärung zur öffentlichen Behandlung einer Petition



Unterrichtung

Landtag

Magdeburg, 18. November 2020

Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt

vom 12. April 2016 (Drs. 7/10), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Fortentwicklung des Verfassungsschutzes und der Sicherheitsüberprüfung im Land Sachsen-Anhalt vom 21. Oktober 2020 (GVBl. LSA S. 596), und angrenzende Bestimmungen

Gabriele Brakebusch
Präsidentin

Hinweis: Die Drucksache 7/6384 wird hiermit für nichtig erklärt.

(Ausgegeben am 19.11.2020)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt	5
II. Angrenzende Bestimmungen	
Grundsätze des Petitionsausschusses über die Behandlung von Bitten und Beschwerden (Beschluss des Landtages Drs. 7/11)	79
Redezeitstruktur (Unterrichtung des Landtages Drs. 7/3878)	91

Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt: Der Landtag und seine Organisation

I. Mitglieder des Landtages

Rechte und Pflichten der Mitglieder des Landtages § 1

II. Fraktionen

Bildung der Fraktionen § 2

Berechnung der Fraktionsstärke § 3

Abgeordnete ohne Zugehörigkeit zu einer Fraktion oder Gruppe § 3a

III. Präsident und Vizepräsidenten, Schriftführer

Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten § 4

Aufgaben des Präsidenten § 5

Vertretung der Präsidentin oder des Präsidenten § 6

Schriftführer § 7

Landtagsverwaltung § 8

IV. Ältestenrat

Zusammensetzung des Ältestenrates § 9

Aufgaben des Ältestenrates § 10

V. Ausschüsse

Einsetzung der Ausschüsse § 11

Zusammensetzung der Ausschüsse § 12

Ausschussvorsitzende § 13

Aufgaben der Ausschüsse § 14

Wahlprüfungsausschuss § 15

VI. Ausschüsse eigener Art

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse § 16

Enquete-Kommissionen § 17

Parlamentarisches Kontrollgremium § 17a

Ausschuss zur Überprüfung der Abgeordneten

nach § 46a des Abgeordnetengesetzes Sachsen-Anhalt § 17b

Zweiter Abschnitt: Gegenstände der Beratung

I. Allgemeine Vorschriften

Vorlagen § 18

Behandlung der Vorlagen § 19

Unzulässige Vorlagen § 20

Unerledigte Beratungsgegenstände § 21

Geheimhaltungsordnung § 22

II. Gesetzentwürfe

Einbringung von Gesetzentwürfen § 23

Einbringung von Änderungs- und

Entschließungsanträgen zu Gesetzentwürfen § 24

Anzahl der Beratungen § 25

Beginn der ersten Beratung § 26

Verlauf der ersten Beratung § 27

Abschluss der ersten Beratung § 28

Ausschussberatung § 29

Beginn der zweiten Beratung § 30

Verlauf der zweiten Beratung § 31

Änderungen in der zweiten Beratung § 32

Abschluss der zweiten Beratung § 33

Dritte Beratung § 34

Behandlung von Entschließungsanträgen zu

Gesetzentwürfen § 35

Ausfertigung und Verkündung § 36

III. Entschlüsse, Zustimmungen und andere Beschlüsse

Einbringung § 37

Beratung § 38

Beschlüsse § 39

IIIa. Behandlung von Volksinitiativen und Volksbegehren

Behandlung angenommener Volksinitiativen § 39a

Behandlung nicht angenommener Volksinitiativen § 39b

Behandlung von Volksbegehren § 39c

Übergangsvorschrift § 39d

IV. Sonstige Vorlagen	
Sonstige Vorlagen	§ 40
Sonstige Vorlagen nach der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt	§ 41
V. Landtag und Regierung	
Bildung der Landesregierung, konstruktives Misstrauensvotum, Vertrauensantrag	§ 42
Frage- und Auskunftsrecht der Mitglieder des Landtages	§ 42a
VI. Anfragen, Aktuelle Debatte	
Große Anfragen	§ 43
Kleine Anfragen zur schriftlichen Beantwortung	§ 44
Dringliche Anfragen zur schriftlichen Beantwortung	§ 45
Befragung der Landesregierung	§ 45a
Aktuelle Debatte	§ 46
Vereinbarte Debatte	§ 46a
VII. Petitionen	
Überweisung von Petitionen	§ 47
Verfahrensgrundsätze, Rechte des Petitionsausschusses	§ 48
Übertragung von Befugnissen an einzelne Mitglieder	§ 49
Beschlussempfehlung und Bericht	§ 50
Abschließende Behandlung	§ 51
VIII. Besondere Beratungsgegenstände	
Verfassungsgerichtliche Verfahren	§ 52
Immunitätsangelegenheiten	§ 53
Auswärtige Vernehmungen von Mitgliedern des Landtages als Zeugen	§ 53a
Unterrichtungen	§ 54
Informationsvorlagen der Landesregierung	§ 54a
Wahrnahme der parlamentarischen Kontrolle der Landesregierung auf dem Gebiet der akustischen Wohnraumüberwachung (Artikel 13 Abs. 6 Satz 3 des Grundgesetzes)	§ 54b
Bestimmung von Wahltag und Wahlzeit für die Wahlen zum Landtag	§ 54c

Dritter Abschnitt: Ordnung der Sitzungen

I. Sitzungen des Landtages	
Einberufung, Tagesordnung	§ 55
Reihenfolge der Beratungspunkte	§ 56
Abweichung von der Tagesordnung	§ 57
Leitung der Sitzung	§ 58
Erste Sitzung des Landtages	§ 59
Aussprache	§ 60
Reihenfolge der Redner	§ 61
Rededauer	§ 62
Freie Rede	§ 63
Sachruf	§ 64
Schluss der Aussprache	§ 65
Wortmeldungen zur Geschäftsordnung	§ 66
Persönliche Bemerkungen	§ 67
Erklärungen außerhalb der Tagesordnung	§ 68
Anwesenheit und Anhörung der Landesregierung	§ 69
Beschlussfähigkeit	§ 70
Zeitpunkt der Abstimmung	§ 71
Fragestellung	§ 72
Erforderliche Mehrheit	§ 73
Form der Abstimmung und Feststellung ihres Ergebnisses	§ 74
Abstimmung durch Namensaufruf und namentliche Abstimmung	§ 75
Koordinierte Abstimmung	§ 75a
Erklärungen zur Abstimmung	§ 76
Wahlen	§ 77
Beauftragungen	§ 77a
Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts	§ 78
Bekanntgabe des Ergebnisses	§ 79
Ordnungsmaßnahmen	§ 80
Ordnung im Sitzungssaal	§ 81
Stenografischer Bericht	§ 82
Prüfung der Reden	§ 83
Vorläufiger Stenografischer Bericht	§ 83a
Kurzbericht	§ 83b

II. Sitzungen der Ausschüsse und des Ältestenrates

Einberufung, Tagesordnung	§ 84
Leitung der Sitzung	§ 84a
Öffentlichkeit und Vertraulichkeit	§ 85
Teilnahme von Personen, die dem Ausschuss nicht angehören	§ 86
Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände	§ 86a
Beteiligung von anderen Interessenvertretern	§ 86b
Abstimmung außerhalb einer Sitzung	§ 86c
Niederschriften	§ 87
Vertrauliche Unterlagen	§ 88
Ergänzende Vorschriften	§ 89
Sitzungen des Ältestenrates	§ 90

Vierter Abschnitt: Auslegung und Änderung der Geschäftsordnung, sprachliche Gleichstellung

Auslegung der Geschäftsordnung	§ 91
Abweichungen von der Geschäftsordnung	§ 92
Änderung der Geschäftsordnung	§ 93
Sprachliche Gleichstellung	§ 94

Anlage: Führung eines Lobbyregisters

Erster Abschnitt Der Landtag und seine Organisation

I. Mitglieder des Landtages

§ 1 Rechte und Pflichten der Mitglieder des Landtages

- (1) Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.
- (2) Die Mitglieder des Landtages sind verpflichtet, an den Arbeiten des Landtages teilzunehmen.

II. Fraktionen

§ 2 Bildung der Fraktionen

- (1) Fraktionen sind Vereinigungen, zu denen sich Mitglieder des Landtages zusammenschließen können, die derselben Partei angehören oder von derselben Partei als Wahlbewerber aufgestellt worden sind, falls diese Partei mindestens den nach dem Wahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt erforderlichen Anteil an der Stimmenzahl erreicht hat. Jedes Mitglied des Landtages darf nur einer Fraktion angehören. Fraktionen können Gäste aufnehmen.
- (2) Die Bildung einer Fraktion, ihre Bezeichnung, die Namen der Vorsitzenden, Mitglieder und Gäste sowie die Satzung sind dem Präsidenten schriftlich mitzuteilen. Der Präsident soll die Führung einer Bezeichnung untersagen, die die durch die Fraktion verfolgten politischen Ziele nicht klar erkennen lässt oder eine Unterscheidung gegenüber anderen Fraktionen nicht gewährleistet.

- (3) Mindestens drei Mitglieder des Landtages, die sich zusammenschließen wollen, ohne die Fraktionsmindeststärke zu erreichen, können durch den Landtag als Gruppe anerkannt werden. Die Rechte von Gruppen bestimmt der Ältestenrat.

§ 3 Berechnung der Fraktionsstärke

Für die Berechnung der Fraktionsstärken und der Höchstzahlen gelten Gäste als Fraktionsmitglieder.

§ 3a Abgeordnete ohne Zugehörigkeit zu einer Fraktion oder Gruppe

- (1) Abgeordnete, die keiner Fraktion oder Gruppe angehören, teilen der Präsidentin oder dem Präsidenten mit, in welchem ständigen Ausschuss ihrer Wahl sie mit Rede- und Antragsrecht, jedoch ohne Stimmrecht mitwirken wollen. Über die Mitgliedschaft im Ausschuss entscheidet der Ältestenrat. Er wägt dabei die berechtigten Interessen der Mitglieder des Landtages und das Erfordernis der Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse ab.
- (2) Abgeordneten, die keiner Fraktion oder Gruppe angehören, wird durch den Ältestenrat je Sitzungsperiode des Landtages eine Gesamtredezeit zugeteilt, die auf der Grundlage der Gesamtredezeit der kleinsten Fraktion zu bemessen ist.

III. Präsident und Vizepräsidenten, Schriftführer

§ 4 Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten

- (1) Der Landtag wählt seinen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten für die Dauer der Wahlperiode.

(2) Die stärkste Fraktion schlägt ein Mitglied des Landtages für die Wahl zum Präsidenten vor. Die Fraktionen, auf die nach dem Höchstzahlverfahren die zweite und dritte Höchstzahl entfällt, schlagen je Höchstzahl ein Mitglied des Landtages für die Wahl zum Vizepräsidenten vor. § 3 findet keine Anwendung. Die Fraktionen können eine andere Verteilung der Vorschlagsrechte vereinbaren.

(3) Der Landtag wählt den Präsidenten und die Vizepräsidenten einzeln nacheinander mit Stimmzetteln. Wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht, kann durch Handzeichen und können beide Vizepräsidenten in einem Wahlgang gewählt werden.

(4) Ein vorgeschlagenes Mitglied des Landtages ist gewählt, wenn es die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Wird es nicht gewählt, so kann die vorschlagsberechtigte Fraktion ein anderes Mitglied des Landtages vorschlagen.

(5) Der Präsident und die Vizepräsidenten verlieren ihr Amt, wenn sie aus der Fraktion, die sie vorgeschlagen hat, ausscheiden.

(6) Der Landtag kann den Präsidenten und die Vizepräsidenten auf Antrag der Mehrheit der Mitglieder des Landtages durch Beschluss abberufen. Der Landtag behandelt den Antrag ohne Ausschussüberweisung in einer Beratung. Über den Antrag darf frühestens drei Wochen nach seinem Eingang abgestimmt werden. Der Beschluss bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages.

§ 5

Aufgaben des Präsidenten

(1) Der Präsident vertritt das Land in Angelegenheiten des Landtages und regelt seine Geschäfte. Er wahrt die Würde und die Rechte des Landtages, fördert seine Arbeiten, leitet die Verhandlungen gerecht und unparteiisch und wahrt die Ordnung im Hause.

(2) Dem Präsidenten stehen das Hausrecht und die Polizeigewalt in allen Gebäuden des Landtages zu. Er kann eine Hausordnung erlassen.

(3) Der Präsident leitet die Verwaltung des Landtages. Über Verwaltungsangelegenheiten von erheblicher Bedeutung entscheidet er im Benehmen mit dem Ältestenrat.

§ 6

Vertretung der Präsidentin oder des Präsidenten

(1) Die Präsidentin oder der Präsident bestimmt eine erste Vizepräsidentin oder einen ersten Vizepräsidenten, die oder der im Falle ihrer oder seiner Verhinderung oder der Vakanz des Amtes an ihre oder seine Stelle tritt. Der Landtag ist zu unterrichten.

(2) Abweichende Regelungen der Vertretung sind im Einzelfall zulässig.

§ 7

Schriftführer

(1) Der Landtag wählt auf der Grundlage eines gemeinsamen Vorschlags der Fraktionen zwölf Schriftführer für die Dauer der Wahlperiode. Kommt ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen nicht zustande, so schlagen die Fraktionen, auf die nach dem Höchstzahlverfahren die vierte bis 15. Höchstzahl entfallen, je Höchstzahl ein Mitglied des Landtages vor. Im Übrigen gelten § 3 und § 4 Abs. 3 bis 6 entsprechend.

(2) Die Schriftführerinnen oder Schriftführer unterstützen die Präsidentin oder den Präsidenten bei der Sitzungsleitung. Sie nehmen Wortmeldungen entgegen und führen die Rednerliste. Sie überwachen die Einhaltung der Redezeit. Sie ermitteln das Ergebnis von Abstimmungen und Wahlen und beurkunden sie. Sie erledigen in der Sitzung andere Aufgaben nach den Weisungen der Präsidentin oder des Präsidenten. Die Präsidentin oder der Präsident verteilt die Geschäfte.

§ 8

Landtagsverwaltung

(1) Die Landtagsverwaltung unterstützt den Präsidenten bei der Erfüllung seiner Verwaltungsaufgaben. Insbesondere bereitet sie die Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse vor und nimmt für den Präsidenten Vorlagen (§ 18), Petitionen (§ 47) und andere an den Landtag gerichtete Schriftstücke (§ 54) entgegen.

(2) Der Direktor beim Landtag ist ständiger Vertreter des Präsidenten in der Verwaltung.

IV. Ältestenrat

§ 9

Zusammensetzung des Ältestenrates

(1) Mitglieder des Ältestenrates sind die Präsidentin oder der Präsident, die Vizepräsidentinnen oder die Vizepräsidenten oder die Vizepräsidentin und der Vizepräsident und 13 weitere Mitglieder des Landtages. Die Präsidentin oder der Präsident und die Vizepräsidentinnen oder die Vizepräsidenten oder die Vizepräsidentin und der Vizepräsident haben beratende Stimme.

(2) Die 13 weiteren Mitglieder und dieselbe Zahl von ständigen Stellvertreterinnen oder Stellvertretern werden der Präsidentin oder dem Präsidenten durch die Fraktionen nach dem Rangmaßzahlverfahren schriftlich benannt. Die §§ 3 und 4 Abs. 2 Satz 4 gelten entsprechend.

(3) Jedes von einer Fraktion benannte Mitglied des Ältestenrates, das verhindert ist, kann durch jeden durch die Fraktion benannten ständigen Stellvertreter vertreten werden.

(4) Den Vorsitz im Ältestenrat führt der Präsident.

§ 10

Aufgaben des Ältestenrates

(1) Der Ältestenrat unterstützt den Präsidenten in parlamentarischen Angelegenheiten. Er berät und beschließt insbesondere in Immunitäts- und Geschäftsordnungsangelegenheiten, über den Terminplan des Landtages und die Terminstruktur der Ausschusssitzungen, die sitzungsfreie Zeit und die Tagesordnung der Sitzungen des Landtages. Er beschließt über die Sitzordnung im Plenarsaal.

(2) Der Ältestenrat unterstützt den Präsidenten auch in Angelegenheiten der Verwaltung des Landtages. Er wirkt insbesondere mit beim Entwurf des Haushaltsplanes des Landtages, beim Erlass von Regelungen zur Gewährleistung der Informationssicherheit, bei der Verfügung über die Räume im Landtagsgebäude, beim Erlass einer Hausordnung, in Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs und anderer Dokumentationen und bei der Verfügung über die Akten des Landtages.

(3) Für die Beratungen des Ältestenrates gelten § 14 Abs. 1 und § 29 entsprechend, sofern dem Ältestenrat Gegenstände zur Beratung überwiesen wurden.

(4) Der Ältestenrat kann Kommissionen einsetzen. Er bestimmt bei der Einsetzung den Auftrag und regelt die Stärke, die Besetzung, den Vorsitz und das Verfahren.

V. Ausschüsse

§ 11

Einsetzung der Ausschüsse

(1) Der Landtag bildet aus seiner Mitte die folgenden ständigen Ausschüsse:

1. Ausschuss für Inneres und Sport,
2. Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr,
3. Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
4. Ausschuss für Umwelt und Energie,
5. Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien,
6. Ausschuss für Finanzen,
7. Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung,
8. Ausschuss für Petitionen,
9. Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung,
10. Ausschuss für Bildung und Kultur,
11. Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration.

(2) Der Landtag kann zeitweilige Ausschüsse einsetzen.

(3) Die Ausschüsse können Unterausschüsse einsetzen.

§ 12

Zusammensetzung der Ausschüsse

(1) Die ständigen Ausschüsse haben 13 Mitglieder, soweit der Landtag nicht eine höhere Mitgliederzahl beschließt. Die Stärke eines zeitweiligen Ausschusses bestimmt der Landtag bei der Einsetzung.

(2) Die Ausschussmitglieder und dieselbe Zahl von ständigen Stellvertretern werden dem Präsidenten von den Fraktionen schriftlich benannt. Jede Fraktion benennt so viele Mitglieder, wie sich nach dem Rangmaßzahlverfahren aus der Fraktionsstärke ergibt. § 3 und § 9 Abs. 2 gelten entsprechend. Im Übrigen ist die Stellvertretung durch andere Mitglieder der Fraktion im Einzelfall zulässig. Sie ist dem Ausschussvorsitzenden mitzuteilen und in der Niederschrift zu vermerken.

(3) Die Stärke ihrer Unterausschüsse bestimmen die Ausschüsse. Für die Besetzung der Unterausschüsse gilt Absatz 2 entsprechend. Jede Fraktion, die im Ausschuss vertreten ist, muss jedoch auf ihr Verlangen mindestens mit einem Mitglied im Unterausschuss vertreten sein. Die Mitglieder eines Unterausschusses sollen dem übergeordneten Ausschuss angehören. In Ausnahmefällen können die Fraktionen auch Mitglieder des Landtages benennen, die nicht dem Ausschuss angehören.

§ 13

Ausschussvorsitzende

(1) Die Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse werden dem Präsidenten von den Fraktionen schriftlich benannt. Die Fraktionen bezeichnen im Ältestenrat nacheinander in der Reihenfolge der Rangmaßzahlen jeweils einen ständigen Ausschuss, für den sie den Vorsitzenden benennen wollen. § 3 gilt entsprechend.

(2) Die Vorsitzenden der zeitweiligen Ausschüsse werden jeweils bei der Einsetzung von den Fraktionen in der Reihenfolge der Rangmaßzahlen benannt. Dabei werden diese Ausschüsse für sich gezählt. Im Übrigen gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Der Landtag kann den Vorsitzenden eines Ausschusses abberufen. § 4 Abs. 6 Satz 1 bis 4 gilt entsprechend. Der Abberufene darf von der berechtigten Fraktion nicht wieder als Vorsitzender benannt werden.

(4) Für die Ausschüsse sind stellvertretende Vorsitzende in entsprechender Anwendung der Absätze 1 und 2 zu bestellen. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende eines Ausschusses müssen verschiedenen Fraktionen angehören, wobei einer den die Landesregierung stützenden Fraktionen, der andere den Oppositionsfraktionen zuzurechnen sein soll. Absatz 3 gilt entsprechend.

(5) Die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Unterausschüsse werden vom übergeordneten Ausschuss bestimmt.

§ 14

Aufgaben der Ausschüsse

(1) Die Ausschüsse bereiten die Beratung und die Beschlüsse des Landtages vor. Die Ausschüsse sind zu baldiger Erledigung der ihnen überwiesenen Beratungsgegenstände verpflichtet. Finanz- und Haushaltsvorlagen gelten als an den Ausschuss für Finanzen überwiesen. Die Fachausschüsse sind auf ihr Verlangen zu hören.

(2) Fünf Monate nach Überweisung eines Beratungsgegenstandes können eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages verlangen, dass der Ausschuss durch den Vorsitzenden oder Berichterstatter dem Landtag einen Bericht über den Stand der Beratungen erstattet. Wenn sie es verlangen, ist der Bericht auf die Tagesordnung des Landtages zu setzen.

(3) Die Ausschüsse können sich auch ohne besonderen Auftrag des Landtages mit Fragen befassen, die sich auf ihren Geschäftsbereich beziehen. Dazu ist der Antrag eines Mitgliedes des Ausschusses oder einer Fraktion erforderlich; der Antrag soll den Beratungsgegenstand konkret bezeichnen und schriftlich begründet werden. Über den Antrag entscheidet der Ausschuss. Die Beratung kann in der gleichen Sitzung stattfinden, in der der Antrag gestellt worden ist, es sei denn, eine Fraktion widerspricht. Eine Entscheidung in der Sache findet jedoch nicht statt; eine Beratung nach Satz 1 kann im Ausschuss nicht zu selbständigen Vorlagen nach § 18 Abs. 1 führen. Besondere Rechte einzelner Ausschüsse, die in dieser Geschäftsordnung verankert sind, werden hierdurch nicht berührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für Verhandlungsgegenstände, die bereits anderen Ausschüssen überwiesen worden sind.

(4) Die Unterausschüsse bereiten die Beratungen und Beschlüsse der übergeordneten Ausschüsse vor. Sie dürfen sich nur mit den Beratungsgegenständen befassen, die ihnen die übergeordneten Ausschüsse überwiesen haben.

§ 15

Wahlprüfungsausschuss

(1) Die Mitglieder des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung sind zugleich Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses.

(2) Die Wahl des Vorsitzenden und dessen Vertreter sowie das Verfahren im Ausschuss regeln sich nach dem Wahlprüfungsgesetz.

VI. Ausschüsse eigener Art

§ 16

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse

(1) Der Landtag hat das Recht und auf Antrag von mindestens einem Viertel seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. § 37 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass die Einsetzung nur auf der Grundlage eines selbständigen Antrages aus der Mitte des Hauses statthaft ist.

(2) Die Einsetzung und das Verfahren bestimmen sich nach der Landesverfassung und dem Untersuchungsausschussgesetz.

§ 17

Enquete-Kommissionen

(1) Der Landtag hat das Recht, zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche oder bedeutsame Sachkomplexe Enquete-Kommissionen einzusetzen. Der Antrag muss den Auftrag der Kommission genau bestimmen und den Zeitpunkt festlegen, bis zu welchem die Kommission ihren Bericht vorlegen soll. Im Übrigen gilt § 37 mit der Maßgabe entsprechend, dass die Einsetzung nur auf der Grundlage eines selbständigen Antrages aus der Mitte des Hauses statthaft ist.

(2) Der Enquete-Kommission gehören 13 Mitglieder des Landtages an. § 12 Abs. 2 gilt entsprechend. Jede Fraktion kann bis zu zwei ständige Ersatzmitglieder benennen. Abweichende Vereinbarungen der Fraktionen sind zulässig.

(3) Jede Fraktion kann für die Enquete-Kommission eine Beraterin oder einen Berater benennen, die oder der nicht dem Landtag anzugehören braucht. Mit der Einsetzung kann anderes beschlossen werden. Die Beraterinnen oder die Beraterin oder die Berater oder der Berater können an den Sitzungen der Enquete-Kommission teilnehmen; sie können gehört werden.

(3a) Für jede eingesetzte Enquete-Kommission erhalten die Fraktionen auf Antrag für die nachgewiesenen Aufwendungen, die ihnen durch die Benennung der Beraterinnen oder der Beraterin oder der Berater entstehen, einen monatlichen Zuschuss bis

zu 2 500 Euro. Dieser wird vom Beginn des Monats, in dem die Enquete-Kommission das erste Mal zusammentritt, bis zum Ende des Monats, in dem der Bericht erstattet wird, gezahlt.

(4) Die Mitglieder der Enquete-Kommission werden durch den Präsidenten berufen.

(5) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende müssen Mitglied des Landtages sein. § 13 Abs. 1, 3 und 4 gilt entsprechend. Mitglieder der Kommission, die nicht Mitglied des Landtages sind, haben beratende Stimme.

(6) Die Enquete-Kommission erstattet dem Landtag einen schriftlichen Bericht bis zum im Einsetzungsbeschluss festgelegten Zeitpunkt, spätestens jedoch bis zum Ende der Wahlperiode. Jedes Mitglied kann seine abweichende Meinung darlegen. Seine Stellungnahme ist dem Bericht anzufügen. Sofern ein abschließender Bericht nicht erstattet werden kann, ist rechtzeitig ein Zwischenbericht vorzulegen, auf dessen Grundlage der Landtag entscheidet, ob die Enquete-Kommission ihre Arbeit fortsetzen oder einstellen soll. Der Landtag kann jederzeit einen Bericht über den Stand des Verfahrens verlangen.

(7) Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die ständigen Ausschüsse entsprechend, sofern der Landtag oder die Kommission nichts anderes beschließt.

§ 17a

Parlamentarisches Kontrollgremium

(1) Die Landesregierung unterliegt auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes der Kontrolle durch den Landtag. Diese Aufgabe nimmt das Parlamentarische Kontrollgremium als Ausschuss des Landtages wahr.

(2) Zusammensetzung und Wahl des Parlamentarischen Kontrollgremiums bestimmen sich nach dem Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Sachsen-Anhalt.

§ 17b
Ausschuss zur Überprüfung der Abgeordneten
nach § 46a des Abgeordnetengesetzes Sachsen-Anhalt

Der Landtag kann zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik im Sinne des Stasi-Unterlagen-Gesetzes einen Ausschuss einsetzen. Über die Größe und die Zusammensetzung wird durch Einsetzungsbeschluss entschieden. Das weitere Verfahren bestimmt sich nach dem Abgeordnetengesetz Sachsen-Anhalt.

Zweiter Abschnitt
Gegenstände der Beratung

I. Allgemeine Vorschriften

§ 18
Vorlagen

(1) Gegenstand der Verhandlungen des Landtages können insbesondere folgende Vorlagen sein (selbständige Vorlagen):

1. Gesetzentwürfe,
2. Volksinitiativen,
3. selbständige Anträge,
4. Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Debatte,
5. schriftliche Wahlvorschläge,
6. Große Anfragen und die hierauf gegebenen Antworten der Landesregierung,
7. Berichte und Beschlussempfehlungen über Petitionen,
8. Beschlussempfehlungen in Immunitäts-, Geschäftsordnungs- und Wahlprüfungsangelegenheiten,
9. Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung in verfassungsgerichtlichen Verfahren,
10. Anträge nach Artikel 72 und 73 der Landesverfassung,
11. Berichte und Beschlussempfehlungen nach § 40 Abs. 3, § 54 Abs. 2 und § 54a Abs. 3,
12. Berichte und Beschlussempfehlungen von Untersuchungsausschüssen,
13. Berichte von Enquete-Kommissionen,
14. Zwischenberichte der Ausschüsse,
15. Berichterstattungsverlangen nach § 14 Abs. 2,
16. Vorschlag des Präsidenten nach § 54c.

(2) Vorlagen zu Verhandlungsgegenständen (unselbständige Vorlagen) sind insbesondere:

1. Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse,
2. Änderungs- und Entschließungsanträge zu Gesetzentwürfen,

3. Änderungs- und Entschließungsanträge zu anderen selbständigen Vorlagen,
4. Alternativanträge zu Anträgen nach § 37.

(3) Vorlagen können in Papierform oder auf elektronischem Weg übermittelt werden. Der Ältestenrat regelt das Verfahren der elektronischen Übermittlung. Der Landtag ist zu unterrichten. Vorlagen gelten als der Präsidentin oder dem Präsidenten zugegangen, wenn sie dem Referat 21 zugegangen sind.

§ 19

Behandlung der Vorlagen

(1) Vorlagen werden als Landtagsdrucksachen an alle Mitglieder des Landtages und an die Landesregierung verteilt sowie in einem eingeschränkt zugänglichen netzgestützten Informationsangebot des Landtages bereitgestellt. Gleiches gilt für Kleine Anfragen zur schriftlichen Beantwortung und die hierauf gegebenen Antworten der Landesregierung (§ 44) sowie für Dringliche Anfragen zur schriftlichen Beantwortung (§ 45).

(2) Landtagsdrucksachen gelten als verteilt, wenn sie den Mitgliedern des Landtages in ihre Fächer gelegt, zur Post gegeben, bei Fraktionssitzungen den Fraktionen zur Verteilung übergeben oder in Sitzungen des Landtages den Mitgliedern des Landtages vor Schluss der Sitzung auf ihren Platz gelegt worden sind. Soweit Mitglieder des Landtages auf die Übermittlung von Landtagsdrucksachen in Papierform verzichtet haben, gelten Landtagsdrucksachen mit der Bereitstellung im eingeschränkt zugänglichen netzgestützten Informationsangebot des Landtages als verteilt. Kann eine Bereitstellung nicht oder nicht vollständig erfolgen, so ist dies im Informationsangebot zu vermerken. Als Tag der Verteilung gilt der Tag der Ausgabe der Landtagsdrucksache in Papierform.

(3) Landtagsdrucksachen gelten auch dann als verteilt, wenn einzelne Mitglieder des Landtages infolge höherer Gewalt, technischer Schwierigkeiten oder aus zufälligen Gründen oder wegen vorübergehender Abwesenheit erst nach der allgemeinen Verteilung Kenntnis erlangen.

(4) Die Landtagsdrucksachen werden durch die Bereitstellung im allgemein zugänglichen Informationsangebot des Landtages veröffentlicht. Die Bereitstellung kann teilweise oder vollständig unterbleiben, sofern Bestimmungen dieser Geschäftsord-

nung oder Belange des Daten- oder des Geheimschutzes entgegenstehen. Unterbleibt die Bereitstellung, so ist dies im Informationsangebot zu vermerken.

§ 20

Unzulässige Vorlagen

Vorlagen, die gegen diese Geschäftsordnung oder gegen Formvorschriften der Verfassung oder anderer Gesetze verstoßen, hat der Präsident, sofern der Mangel nicht behoben wird, zurückzuweisen. Gegen die Zurückweisung können die Antragsteller beim Präsidenten schriftlich Einspruch einlegen. Über den Einspruch berät der Ältestenrat. Er legt dem Landtag eine Beschlussempfehlung vor. Dieser entscheidet in einer Beratung.

§ 21

Unerledigte Beratungsgegenstände

Sind Vorlagen am Ende der Wahlperiode nicht abschließend behandelt, so gelten sie als erledigt. Volksinitiative, Volksbegehren, Petitionen, Haushaltsrechnungen und Anträge der Landesregierung auf Entlastung werden in die nächste Wahlperiode übernommen.

§ 22

Geheimschutzordnung

Der Präsident wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ältestenrat eine Geheimschutzordnung des Landtages zu erlassen.

II. Gesetzentwürfe

§ 23

Einbringung von Gesetzentwürfen

(1) Gesetzentwürfe können von der Landesregierung, von einer Fraktion, von mindestens acht Mitgliedern des Landtages oder durch Volksbegehren eingebracht werden.

(2) Gesetzentwürfe sind bei der Präsidentin oder beim Präsidenten einzureichen. Sie müssen begründet sein. Gesetzentwürfe einer Fraktion müssen durch ihre Vorsitzende oder ihren Vorsitzenden oder einen ihrer oder seiner Stellvertreterinnen oder Stellvertreter oder durch die parlamentarische Geschäftsführerin oder den parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, Gesetzentwürfe von acht oder mehr Mitgliedern des Landtages müssen durch diese autorisiert sein. § 18 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Führt ein Gesetzentwurf zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen, so soll er Angaben über deren Höhe und Deckung enthalten.

§ 24

Einbringung von Änderungs- und Entschließungsanträgen zu Gesetzentwürfen

(1) Anträge auf Änderung eines Gesetzentwurfs können bis zum Schluss der Aussprache in der letzten Beratung gestellt werden. Gleiches gilt für Anträge auf Annahme von Entschließungen, die der Sache nach zu einem Gesetzentwurf gehören.

(2) Die Anträge sind bei der Präsidentin oder beim Präsidenten einzureichen oder in der Landtagssitzung dem Sitzungsvorstand zu übergeben. Sie müssen von einer Fraktion oder mindestens acht Mitgliedern des Landtages unterstützt sein. § 18 Abs. 3 gilt entsprechend.

(2a) Führen die Anträge zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen, so sollen sie Angaben über deren Höhe und Deckung enthalten.

(3) Werden Anträge schon vor ihrer Herausgabe (§ 19) beraten, so sind sie zu verlesen.

§ 25

Anzahl der Beratungen

Der Landtag behandelt Gesetzentwürfe in zwei Beratungen. Gesetzentwürfe zur Änderung der Verfassung behandelt er in drei Beratungen. Drei Beratungen finden auch statt, wenn der Landtag dies beschließt oder der Gesetzentwurf am Schluss der zweiten Beratung wieder an einen Ausschuss überwiesen wird.

§ 26

Beginn der ersten Beratung

(1) Die erste Beratung beginnt frühestens am dritten Tag nach Herausgabe des Gesetzentwurfs. Sie kann früher beginnen, wenn nicht eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages widersprechen.

(2) Die erste Beratung muss innerhalb von sechs Wochen nach Herausgabe des Gesetzentwurfs beginnen. Die Frist ist während der sitzungsfreien Zeit gehemmt. Sie kann mit Zustimmung der Antragsteller überschritten werden.

§ 27

Verlauf der ersten Beratung

(1) In der ersten Beratung werden nach der Einbringung in der Regel nur die Grundzüge des Gesetzentwurfs besprochen. Wird ein Volksbegehren behandelt, so ist einer der Vertrauenspersonen zur Einbringung des Gesetzentwurfs das Wort zu erteilen.

(2) Der Landtag kann auf eine Aussprache verzichten, wenn nicht eine Fraktion oder ein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht.

§ 28

Abschluss der ersten Beratung

(1) Am Ende der ersten Beratung kann der Landtag den Gesetzentwurf an einen Ausschuss oder an mehrere Ausschüsse überweisen. Es wird nur über die Ausschussüberweisung abgestimmt. Änderungsanträge und Entschließungsanträge zu dem Gesetzentwurf gelten als mitüberwiesen.

(2) Eine Überweisung gilt als beschlossen, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder des Landtages dafür stimmen. Der Landtag beschließt jedoch mit Mehrheit darüber, welcher Ausschuss den Gesetzentwurf behandeln soll. Bestimmt der Landtag keinen Ausschuss, so entscheidet der Präsident.

(3) Gesetzentwürfe, die zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen führen, gelten stets auch als an den Ausschuss für Finanzen überwiesen, sofern der Landtag im Einzelfall nichts anderes beschließt. Wird erst nach Abschluss der ersten Beratung bekannt, dass Gesetzentwürfe zu Mehrausgaben und Mindereinnahmen führen, kann aus der Mitte des Landtages beim Präsidenten beantragt werden, diese Gesetzentwürfe nachträglich auch an den Ausschuss für Finanzen zur Mitberatung zu überweisen.

(4) Ist ein Gesetzentwurf mehreren Ausschüssen überwiesen worden, so ist ein Ausschuss zum federführenden Ausschuss zu bestimmen. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 29

Ausschussberatung

(1) Der Ausschuss, dem ein Gesetzentwurf überwiesen wurde, berät ihn und legt dem Landtag eine Beschlussempfehlung vor. Darin empfiehlt er, den Gesetzentwurf unverändert oder mit bestimmten Änderungen anzunehmen, ihn abzulehnen oder ihn für erledigt zu erklären. Der Grund der Erledigung ist anzugeben. Wird der Erledigungserklärung im Ausschuss widersprochen, ist über den Gesetzentwurf abzustimmen und dem Landtag eine Beschlussempfehlung in der Sache (Annahme ggf. mit Änderungen oder Ablehnung) zuzuleiten. Einer Erledigungserklärung kann durch die

Antragsteller, eine Fraktion oder acht anwesende Abgeordnete bis zur Schlussabstimmung durch den Landtag widersprochen werden. Der Landtag beschließt sodann über den Gesetzentwurf oder überweist ihn wieder an einen Ausschuss. Der Ausschuss kann auch eine Entschließung zu dem Gesetzentwurf empfehlen.

(1a) Die Beschlussempfehlung ist durch die Ausschussvorsitzende oder den Ausschussvorsitzenden zu autorisieren. § 18 Abs. 3 gilt entsprechend.

(1b) Wird durch den Ausschuss ein Volksbegehren behandelt, so sind die Vertrauenspersonen anzuhören.

(2) Der Ausschuss bestimmt aus seiner Mitte einen oder mehrere Berichterstatter. Der Berichterstatter hat in seinem Bericht die wesentlichen Gesichtspunkte einschließlich der Ansichten der Minderheiten, die in der Ausschussberatung zur Sprache kamen, wiederzugeben. Der Bericht wird in der Regel mündlich erstattet. Der Ausschuss oder der Landtag kann beschließen, dass die mündliche Berichterstattung durch einen schriftlichen Bericht ersetzt oder ergänzt wird.

(3) Werden andere Gesetzentwürfe als Haushaltsvorlagen nach Absatz 4 an mehrere Ausschüsse zur Beratung überwiesen, so hat der federführende Ausschuss den mitberatenden Ausschüssen vor der Abgabe einer Beschlussempfehlung an den Landtag Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Hierzu übermittelt er den mitberatenden Ausschüssen eine vorläufige Beschlussempfehlung. Nach Ablauf von vier Kalenderwochen nach Verabschiedung der vorläufigen Beschlussempfehlung kann der federführende Ausschuss seine Beschlussempfehlung an den Landtag beschließen, auch wenn ihm keine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses vorliegt, es sei denn, zwischen den Ausschüssen wird anderes vereinbart. Der Lauf der Frist ist innerhalb der sitzungsfreien Zeit gehemmt. Über den Ablauf des Mitberatungsverfahrens ist der Landtag zu unterrichten. In seiner Berichterstattung hat der federführende Ausschuss auch darzulegen, ob und aus welchen Gründen er von einer Stellungnahme eines mitberatenden Ausschusses abgewichen ist. Im Übrigen kann der Ausschuss für Finanzen zu Entwürfen für Gesetze, deren Verabschiedung erhebliche Auswirkungen auf die Abwicklung des laufenden Haushalts oder die Planungen für künftige Haushaltsjahre haben würde, dem Landtag selbstständig über die Vereinbarkeit mit dem laufenden oder mit künftigen Haushalten Bericht erstatten und einen Beschluss empfehlen.

(4) Haushaltsvorlagen sind der Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplanes, Änderungsvorlagen zu diesen Entwürfen (Ergänzungsvorlagen), Vorlagen

zur Änderung des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplanes (Nachtragshaushaltsvorlagen) sowie alle sonstigen den Haushalt betreffenden Vorlagen. Sie sind an den Ausschuss für Finanzen zur federführenden Beratung sowie an die übrigen Fachausschüsse nach § 11 Abs. 1 mit Ausnahme des Ausschusses für Petitionen zur Mitberatung zu überweisen. Der Ausschuss für Finanzen legt dem Landtag die Beschlussempfehlung vor und bestimmt den Berichterstatter. Die mitberatenden Ausschüsse richten ihre Beschlussempfehlungen an den Ausschuss für Finanzen. Weicht dieser in seiner Beschlussempfehlung an den Landtag von der Empfehlung eines mitberatenden Ausschusses ab, so ist im Bericht darauf hinzuweisen.

(5) Der Ausschuss, dem ein Gesetzentwurf überwiesen wurde, kann zu einzelnen Fragen auch eine Stellungnahme anderer Ausschüsse einholen.

§ 30

Beginn der zweiten Beratung

Die zweite Beratung beginnt frühestens am dritten Tag nach Schluss der ersten Beratung. Ist der Gesetzentwurf einem Ausschuss überwiesen worden, so beginnt die zweite Beratung frühestens am zweiten Tag nach Herausgabe der Beschlussempfehlung. Sie kann früher beginnen, wenn nicht eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages widersprechen.

§ 31

Verlauf der zweiten Beratung

(1) In der zweiten Beratung wird der Gesetzentwurf in allgemeiner Aussprache behandelt. Auf Empfehlung des Ältestenrates oder aufgrund einer Absprache der Fraktionen, die spätestens am Tage vor der Sitzung zustande kommen muss, kann der Gesetzentwurf in Einzelberatung behandelt werden.

(2) Zu Beginn der zweiten Beratung erhält der Berichterstatter des Ausschusses das Wort.

(3) Findet eine Einzelberatung statt, wird zunächst eine allgemeine Aussprache durchgeführt. Danach werden der Reihe nach alle selbständigen Bestimmungen des Gesetzes (Artikel, Paragraphen), am Schluss der Abschnitte die Abschnittsüberschriften und zuletzt die Gesetzesüberschrift behandelt. Wenn es sachdienlich ist, kann

von der Reihenfolge des Gesetzentwurfs abgewichen werden und können mehrere Bestimmungen zusammen oder Teile einzelner Bestimmungen getrennt behandelt werden oder auf die Behandlung von Teilen des Gesetzentwurfs verzichtet werden.

(4) Wird ein Volksbegehren behandelt, ist einer der Vertrauenspersonen in der Aussprache das Wort zu erteilen.

§ 32

Änderungen in der zweiten Beratung

(1) Findet eine Einzelberatung nach § 31 Abs. 3 statt, so ist über Änderungen zu dem Gesetzentwurf jeweils nach der Beratung zu einem Teil des Gesetzentwurfs, zu dem ein Änderungsantrag oder ein Änderungsvorschlag in der Beschlussempfehlung vorliegt, oder nach Abschluss der Einzelberatung des Gesetzentwurfs einzeln abzustimmen.

(2) Findet eine Behandlung in allgemeiner Aussprache statt, so wird über den Gesetzentwurf in einem Abstimmungsvorgang abgestimmt, dessen Verlauf sich nach § 31 Abs. 3 Satz 1 und 2 richtet. Die Abstimmung über die Teile der Beschlussempfehlung kann zusammengefasst werden, soweit nicht Änderungsanträge vorliegen oder ein anwesendes Mitglied des Landtages getrennte Abstimmung verlangt.

(3) Der Landtag kann einen Änderungsantrag, statt über seine Annahme oder Ablehnung abzustimmen, an einen Ausschuss überweisen.

(4) Liegen mehrere sich gegenseitig ausschließende Änderungsanträge vor, so sind Anträge, die sich von dem Gesetzentwurf weiter entfernen, vor den weniger weitgehenden Anträgen zu behandeln. Ist diese Unterscheidung nicht zweifelsfrei möglich oder strittig, so gilt der zuerst eingereichte Antrag als weitergehender Antrag. Wird ein weitergehender Antrag angenommen, so ist ein weniger weitgehender Antrag damit abgelehnt. Wird ein weitergehender Antrag an einen Ausschuss überwiesen, so ist auch ein weniger weitgehender Antrag überwiesen.

(5) Änderungsvorschläge in Beschlussempfehlungen werden wie Änderungsanträge behandelt.

§ 33

Abschluss der zweiten Beratung

(1) Am Ende der zweiten Beratung kann der Landtag den Gesetzentwurf ganz oder teilweise wieder an einen Ausschuss überweisen. Hat der Landtag in der zweiten Beratung nicht über beantragte Änderungen entschieden, so gelten auch die Änderungsanträge sowie die Beschlussempfehlung als an den Ausschuss überwiesen. Hat der Landtag lediglich einen Änderungsantrag an einen Ausschuss überwiesen, so ist insoweit auch der Gesetzentwurf an den Ausschuss überwiesen. Für die nochmalige Ausschussberatung gilt § 29 entsprechend.

(2) Findet keine dritte Beratung statt, so stimmt der Landtag in zweiter Beratung auch darüber ab, ob der ganze Gesetzentwurf mit den Änderungen, die in der zweiten Beratung beschlossen wurden, angenommen werden soll (Schlussabstimmung). Ist in der Beschlussempfehlung vorgeschlagen worden, den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären, so ist zunächst über diese Empfehlung abzustimmen. Sind Änderungen, die nicht in der Beschlussempfehlung vorgesehen waren, beschlossen worden, so kann der Präsident die Schlussabstimmung bis zur Herausgabe der in der zweiten Beratung beschlossenen Fassung aussetzen.

§ 34

Dritte Beratung

(1) Die dritte Beratung beginnt frühestens am zweiten Tag nach Schluss der zweiten Beratung. Ist der Gesetzentwurf in der zweiten Beratung einem Ausschuss überwiesen worden, so beginnt die dritte Beratung frühestens am zweiten Tag nach Herausgabe der neuen Beschlussempfehlung. Sie kann früher beginnen, wenn nicht eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages widersprechen.

(2) In der dritten Beratung wird der Gesetzentwurf nochmals einzeln behandelt. Wurde er in der zweiten Beratung geändert, so wird die geänderte Fassung der dritten Beratung zugrunde gelegt. Die geänderte Fassung ist als Landtagsdrucksache herauszugeben.

(3) In der dritten Beratung werden nur die Änderungsanträge zu dem Gesetzentwurf behandelt, die nach Schluss der zweiten Beratung eingebracht worden sind. Anträge, die in der zweiten Beratung nicht angenommen wurden, dürfen neu gestellt werden.

(4) Im Übrigen gelten die Vorschriften über die zweite Beratung (§§ 31 bis 33) entsprechend. Eine Ausschussüberweisung findet nicht statt.

§ 35

Behandlung von Entschließungsanträgen zu Gesetzentwürfen

Über Entschließungen zu Gesetzentwürfen (§ 24 Abs. 1 Satz 2, § 29 Abs. 1 Satz 4) beschließt der Landtag nach der Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf. § 39 gilt entsprechend.

§ 36

Ausfertigung und Verkündung

(1) Die verfassungsmäßig beschlossenen Gesetze werden vom Präsidenten des Landtages nach Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten und des zuständigen Fachministers ausgefertigt und binnen Monatsfrist im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet.

(2) Der Präsident stellt den Wortlaut eines vom Landtag beschlossenen Gesetzes fest und übersendet es der Landesregierung zur Erstellung der Gesetzesurschrift. Hierbei kann er offenbare Unrichtigkeiten beseitigen. Soweit dies infolge von Streichungen oder Einfügungen erforderlich geworden ist, kann er auch die Nummern von Paragraphen oder anderen Teilen des Gesetzes ändern.

III. Entschließungen, Zustimmungen und andere Beschlüsse

§ 37

Einbringung

(1) Selbständige Anträge, mit denen der Landtag um eine Entschließung, eine Zustimmung oder um einen sonstigen, nicht besonders geregelten Beschluss gebeten

wird, können von der Landesregierung, von einer Fraktion oder von mindestens acht Mitgliedern des Landtages eingebracht werden.

(2) Anträge nach Absatz 1 sind bei der Präsidentin oder beim Präsidenten einzureichen. Sie müssen begründet sein. Anträge einer Fraktion müssen durch ihre Vorsitzende oder ihren Vorsitzenden oder eine ihrer Stellvertreterinnen oder einen seiner Stellvertreter oder durch die parlamentarische Geschäftsführerin oder den parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, Anträge von acht oder mehr Mitgliedern des Landtages müssen durch diese autorisiert sein. § 18 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Führen Anträge zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen, so sollen sie Angaben über deren Höhe und Deckung enthalten.

(4) Änderungsanträge, die den Gegenstand des Antrages nach Absatz 1 auswechseln, sind unzulässig. Im Übrigen gilt § 24 entsprechend.

(5) Alternativanträge zu Anträgen nach Absatz 1 können bis zur Eröffnung der Sitzung des Landtages gestellt werden, in der der Antrag behandelt werden soll. Sie sind bei der Präsidentin oder beim Präsidenten einzureichen. § 18 Abs. 3 gilt entsprechend. Eine gesonderte Einbringung erfolgt nicht. Über Alternativanträge ist nach der Ablehnung von Anträgen nach Absatz 1 abzustimmen. § 32 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 38 Beratung

(1) Der Landtag behandelt die Anträge grundsätzlich in einer Beratung. Für den Beginn der Beratung gilt § 26, für deren weiteren Verlauf gelten die §§ 31 bis 33 und 35 entsprechend. Wird ein Antrag am Schluss der Beratung an einen Ausschuss überwiesen, so findet eine nochmalige Beratung in entsprechender Anwendung des § 34 statt; Änderungs- und Alternativanträge gelten als mitüberwiesen. Die Ausschüsse können eine Beratung in vereinfachtem Verfahren nach Absatz 3 empfehlen, sofern die Einbringer nicht innerhalb von sieben Tagen widersprechen. Für die Ausschussberatung gilt § 29 entsprechend.

(2) Auf Verlangen überweist der Präsident die Anträge unmittelbar an die Ausschüsse. Die Ausschussüberweisung gilt als beschlossen, wenn nicht innerhalb von sieben Tagen nach Herausgabe der Unterrichtung durch die Einbringer, eine Frakti-

on oder acht Mitglieder des Landtages Widerspruch erhoben wird. Der Präsident bestimmt, durch welchen Ausschuss die Anträge zu behandeln sind. Werden die Anträge in mehrere Ausschüsse überwiesen, ist ein federführender Ausschuss zu bestimmen.

(3) Beschlussempfehlungen zu Anträgen nach Absatz 1 können durch den Ältestenrat im Einvernehmen mit den Fraktionen in einer Drucksache zusammengefasst und zur Abstimmung gebracht werden. Die Ausschüsse geben in ihren Beschlussempfehlungen an, ob sie dieses Abstimmungsverfahren empfehlen. Die Fraktionen, acht Mitglieder des Landtages oder der die Beschlussempfehlung abgebende Ausschuss können bis zum Aufruf des Tagesordnungspunktes verlangen, dass eine Beratung stattfindet. Der Landtag entscheidet ohne Aussprache.

§ 39 Beschlüsse

(1) Beschlüsse, die der Landtag über Anträge nach § 37 gefasst hat, teilt der Präsident der Landesregierung mit. Sie werden außerdem als Landtagsdrucksachen herausgegeben. Die Herausgabe kann unterbleiben, wenn der Beschluss nur die Zustimmung zu einer Maßnahme der Landesregierung oder die Ablehnung eines Antrages enthält. § 36 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Enthält ein Beschluss eine Aufforderung an die Landesregierung, so teilt diese dem Landtag innerhalb von zwei Monaten nach seiner Herausgabe als Drucksache schriftlich mit, was sie auf den Beschluss veranlasst hat. Der Landtag kann eine andere Frist bestimmen. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für Beschlüsse, die in vorhergehenden Wahlperioden gefasst wurden. Die Mitteilung wird als Landtagsdrucksache herausgegeben.

(3) Mitglieder des Landtages können innerhalb eines Monats nach Herausgabe der Mitteilung beanstanden, dass sie den Beschluss nicht oder nicht vollständig erledigt. Hat die Landesregierung eine Frist nach Absatz 2 Satz 1 und 2 nicht eingehalten, so können Mitglieder des Landtages auch dieses beanstanden.

(4) Die Beanstandungen sind beim Präsidenten einzureichen. Dieser übermittelt sie der Landesregierung zur schriftlichen Beantwortung. Die Antwort der Landesregierung wird dem Unterzeichner bekannt gegeben. Sie wird im Landtag besprochen, wenn es eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages binnen einer Woche nach

Bekanntgabe schriftlich verlangen. Antwortet die Landesregierung nicht innerhalb eines Monats, so können eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages schriftlich verlangen, dass die Angelegenheit im Landtag erörtert wird.

IIIa. Behandlung von Volksinitiativen und Volksbegehren

§ 39a

Behandlung angenommener Volksinitiativen

- (1) Der Landtag behandelt eine angenommene Volksinitiative in zwei Beratungen.
- (2) Eine angenommene Volksinitiative wird nach der Bekanntmachung im Ministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 des Volksabstimmungsgesetzes unverzüglich auf die Tagesordnung gesetzt. Sie wird von einer der Vertrauenspersonen eingebracht und in einer ersten Beratung behandelt. Am Ende der ersten Beratung überweist der Landtag die Volksinitiative an einen Ausschuss oder an mehrere Ausschüsse. Wird die Volksinitiative in mehrere Ausschüsse überwiesen, so ist ein Ausschuss zum federführenden Ausschuss zu bestimmen.
- (3) Der federführende Ausschuss hört die Vertrauenspersonen der Volksinitiative an. Mitberatende Ausschüsse sind zu der Anhörung einzuladen. Der federführende Ausschuss erarbeitet unter Beteiligung der mitberatenden Ausschüsse eine Beschlussempfehlung an den Landtag. Er kann dafür Gutachten von Sachverständigen einholen. Die zweite Beratung im Landtag ist spätestens drei Monate nach der ersten Beratung durchzuführen. Bei Volksinitiativen, die einen Gesetzentwurf zum Gegenstand haben, ist die zweite Beratung spätestens fünf Monate nach der ersten Beratung durchzuführen. In der zweiten Beratung ist eine Vertrauensperson zu hören. Die Fristen nach den Sätzen 5 und 6 können aus wichtigem Grund um einen Monat verlängert werden.

§ 39b

Behandlung nicht angenommener Volksinitiativen

- (1) Volksinitiativen, die nicht die erforderliche Unterschriftenzahl erreicht haben, leitet der Präsident dem Petitionsausschuss zu.

- (2) Der Petitionsausschuss behandelt nicht angenommene Volksinitiativen wie Sammelpetitionen. Ist die Initiative von mindestens 4 000 beteiligungsberechtigten Personen unterzeichnet worden, so sind die Vertrauenspersonen durch den Petitionsausschuss anzuhören.

§ 39c

Behandlung von Volksbegehren

- (1) Die Landesregierung übermittelt zulässige Volksbegehren unter Darlegung ihres Standpunktes unverzüglich an den Landtag.
- (2) Für das weitere Verfahren gelten die Bestimmungen über die Beratung von Gesetzentwürfen mit der Maßgabe, dass das Volksbegehren innerhalb von vier Monaten nach Eingang beim Landtag abschließend zu behandeln ist. Die Vertrauenspersonen sind in den Ausschüssen und in den Beratungen des Landtages zu hören.

§ 39d

Übergangsvorschrift

Für Volksinitiativen, deren Behandlung nach § 5 des Volksabstimmungsgesetzes bei der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtages, und für Volksbegehren, deren Durchführung nach § 10 des Volksabstimmungsgesetzes bei dem für Wahlen und Abstimmungen zuständigen Ministerium bis zum 31. Dezember 2019 beantragt wurden, sind die §§ 39a bis 39c in der bis zum 31. Dezember 2019 geltenden Fassung anzuwenden.

IV. Sonstige Vorlagen

§ 40

Sonstige Vorlagen

- (1) Sonstige Vorlagen, insbesondere Vorlagen der Landesregierung, die nicht einen Gesetzentwurf zum Gegenstand haben, Mitteilungen einzelner Minister sowie Vorlagen des Präsidenten des Landesrechnungshofes oder des Landesbeauftragten für

den Datenschutz überweist der Präsident unmittelbar in den zuständigen Ausschuss, in besonderen Fällen in mehrere Ausschüsse, von denen einer als federführend zu bestimmen ist.

(2) Ist eine Vorlage nach Absatz 1 dem Landtag lediglich zur Kenntnis zugeleitet, so hat es mit der Behandlung im Ausschuss sein Bewenden. Im Übrigen gilt § 29 entsprechend.

(3) Ist eine Vorlage nach Absatz 1 dem Landtag zur Abgabe einer Stellungnahme zugeleitet worden, so überweist sie die Präsidentin oder der Präsident an den zuständigen Ausschuss. Der Ausschuss tagt öffentlich. Er entscheidet, ob andere Ausschüsse zu beteiligen sind. Er entscheidet auch, ob er eine Stellungnahme abgibt oder ob er davon absieht. Er entscheidet schließlich darüber, ob er dem Landtag eine Beschlussempfehlung mit seiner Stellungnahme oder mit dem Verzicht auf die Abgabe einer Stellungnahme zuleitet oder ob er die Stellungnahme unmittelbar beschließt und übermittelt oder unmittelbar auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet und diesen Verzicht übermittelt. Beschließt der Ausschuss unmittelbar, so ist seine Entscheidung dem Landtag durch Unterrichtung bekannt zu machen. Sie gilt als Entscheidung des Landtages, sofern nicht innerhalb einer Woche nach der Herausgabe der Drucksache eine Fraktion der Präsidentin oder dem Präsidenten schriftlich das Verlangen übermittelt, die Entscheidung des Landtages einzuholen. Dieser entscheidet, ob er der in der Unterrichtung nach Satz 5 übermittelten Entscheidung zustimmt; Änderungs- und Alternativanträge sind nicht zulässig. Die Stellungnahme ist nach Ablauf der Frist nach Satz 6 oder nach einer Entscheidung des Landtages durch die Präsidentin oder den Präsidenten zu übermitteln.

§ 41

Sonstige Vorlagen nach der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt

(1) § 40 Abs. 1 gilt auch für Vorlagen der Landesregierung oder des Ministeriums der Finanzen nach der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

(2) Für Vorlagen nach den § 22, § 54 Abs. 2 und § 64 Abs. 2 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt gilt die Stellungnahme, Einwilligung oder Zustimmung des Ausschusses für Finanzen als Stellungnahme, Einwilligung oder Zustimmung des Landtages, sofern nicht innerhalb einer Woche nach der Beschlussfassung durch den Ausschuss für Finanzen eine Fraktion dem Präsidenten

schriftlich das Verlangen übermittelt, zu der Vorlage die Entscheidung des Landtages einzuholen. In diesem Fall hat der Ausschuss für Finanzen dem Landtag eine Beschlussempfehlung zuzuleiten und einen schriftlichen Bericht zu erstatten.

V. Landtag und Regierung

§ 42

Bildung der Landesregierung, konstruktives Misstrauensvotum, Vertrauensantrag

Die Bildung der Landesregierung, die Behandlung eines konstruktiven Misstrauensvotums oder eines Vertrauensantrages des Ministerpräsidenten bestimmen sich nach der Landesverfassung.

§ 42a

Frage- und Auskunftsrecht der Mitglieder des Landtages

(1) Fragen einzelner Mitglieder des Landtages oder parlamentarische Anfragen haben die Landesregierung oder ihre Mitglieder im Landtag und in seinen Ausschüssen nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig zu beantworten. Die gleiche Verpflichtung haben die Beauftragten der Landesregierung in den Ausschüssen des Landtages.

(2) Unbeantwortet gebliebene Fragen einzelner Mitglieder sind nach der Sitzung unverzüglich schriftlich zu beantworten. Die Antwort der Landesregierung ist mit der Frage als Landtagsdrucksache herauszugeben, es sei denn, Belange des Daten- oder des Geheimschutzes stehen entgegen.

VI. Anfragen, Aktuelle Debatte

§ 43

Große Anfragen

(1) Eine Fraktion oder mindestens acht Mitglieder des Landtages können eine Große Anfrage an die Landesregierung richten. § 37 Abs. 2 Satz 1, 3 und 4 gilt entsprechend.

(2) Große Anfragen sind schriftlich zu begründen, soweit nicht der Sachverhalt, über den Auskunft gewünscht wird, aus dem Wortlaut der Anfrage deutlich genug hervorgeht. Wortlaut und Begründung der Anfrage sollen knapp und sachlich formuliert sein. Ihr Inhalt darf nicht den Tatbestand einer strafbaren Handlung begründen und keine Werturteile oder parlamentarisch unzulässigen Wendungen enthalten.

(3) Der Präsident teilt Große Anfragen der Landesregierung zur schriftlichen Beantwortung mit. Die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung werden als Landtagsdrucksachen verteilt.

(4) Die Landesregierung beantwortet die Große Anfrage nach bestem Wissen unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Monaten nach Zugang der Großen Anfrage, und vollständig. Diese Frist kann durch eine Vereinbarung zwischen dem Fragesteller und der Landesregierung bis längstens vier Monate verlängert werden. Über die Vereinbarung einer Fristverlängerung informiert die Landesregierung den Präsidenten.

(5) Nach Eingang der schriftlichen Antwort der Landesregierung wird die Große Anfrage zur Aussprache auf die Tagesordnung gesetzt, wenn dies innerhalb von zwei Monaten nach Herausgabe der Drucksache vom Fragesteller, von einer Fraktion oder mindestens acht Mitgliedern des Landtages schriftlich verlangt wird. Der Fragesteller kann abweichend von Satz 1 schriftlich verlangen, dass die Große Anfrage nicht im Landtag, sondern in einem zuständigen Ausschuss beraten wird. Der Ausschuss ist durch den Fragesteller zu bestimmen. Für die Ausschussberatung gilt Absatz 6 Satz 1 bis 3 entsprechend.

(6) Zu Beginn der Aussprache wird dem Fragesteller das Wort erteilt. § 62 Abs. 1 Satz 1 gilt entsprechend. Alsdann erhält es die Landesregierung. In der Aussprache

steht dem Fragesteller das Schlusswort zu. Die Fraktionen sind berechtigt, Entschließungsanträge zu Großen Anfragen zu stellen; sie werden nicht gesondert eingebracht. Über sie ist nach Schluss der Aussprache abzustimmen. Wird der Antrag zum Abschluss der Beratung in einen Ausschuss überwiesen, gelten auch die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung als in diesen Ausschuss überwiesen. Wird der Antrag in mehrere Ausschüsse überwiesen, ist ein Ausschuss zum federführenden Ausschuss zu bestimmen. Für die Ausschussberatung gilt § 29 mit der Maßgabe entsprechend, dass ausschließlich zum Antrag eine Beschlussempfehlung vorzulegen ist.

(7) Ist nach Ablauf der Frist gemäß Absatz 4 Satz 1 oder 2 keine Antwort der Landesregierung eingegangen, ist die Große Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages zu setzen, es sei denn, der Fragesteller verzichtet darauf. In dieser Beratung erhält zunächst die Landesregierung zur Begründung ihres Absehens von einer Beantwortung das Wort. Alsdann erhält es der Fragesteller. Findet eine Aussprache statt, steht dem Fragesteller das Schlusswort zu.

§ 44

Kleine Anfragen zur schriftlichen Beantwortung

(1) Jedes Mitglied des Landtages kann Kleine Anfragen zur schriftlichen Beantwortung an die Landesregierung richten. Die Anfragen sind beim Präsidenten schriftlich einzureichen. § 37 Abs. 2 und § 43 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

(2) Die Landesregierung beantwortet Kleine Anfragen nach bestem Wissen unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Zugang, und vollständig. Diese Frist kann durch eine Vereinbarung zwischen dem Fragesteller und der Landesregierung bis längstens zwei Monate verlängert werden. Über die Vereinbarung einer Fristverlängerung informiert die Landesregierung den Präsidenten. § 42a Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Ist nach Ablauf der Frist gemäß Absatz 2 Satz 1 oder 2 keine Antwort der Landesregierung eingegangen, ist die Kleine Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages zu setzen, es sei denn, der Fragesteller verzichtet darauf. In dieser Beratung erhält zunächst die Landesregierung zur Begründung ihres Absehens von einer Beantwortung das Wort. Alsdann erhält es der Fragesteller. Findet eine Aussprache statt, steht dem Fragesteller das Schlusswort zu.

§ 45

Dringliche Anfragen zur schriftlichen Beantwortung

(1) Zu jeder im Terminplan festgelegten Sitzungsperiode des Landtages kann jedes Mitglied des Landtages eine dringliche Anfrage stellen, die aus zwei Fragesätzen ohne Unterfragen oder aus einem Fragesatz, der in bis zu zwei Unterfragen unterteilt sein kann, bestehen kann. Im Übrigen gelten § 20, § 43 Abs. 2 Satz 2 und 3 sowie § 18 Abs. 3 entsprechend.

(2) Dringliche Anfragen sind spätestens am Donnerstag der Woche vor der Sitzungswoche des Landtages bis 12 Uhr bei der Präsidentin oder beim Präsidenten schriftlich einzureichen. Die Präsidentin oder der Präsident teilt die Anfragen der Landesregierung mit.

(3) Dringliche Anfragen beantwortet die Landesregierung spätestens bis zwei Stunden vor Beginn der Sitzungsperiode des Landtages. § 42a Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 45a

Befragung der Landesregierung

(1) In jeder im Terminplan festgelegten Sitzungsperiode des Landtages findet eine Befragung der Landesregierung statt. Die Befragung soll nicht länger als 60 Minuten dauern. Sie kann durch den Landtag verlängert werden.

(2) In der Befragung sind nur Fragen zulässig, die von aktuellem landespolitischem Interesse sind und Gegenstände berühren, die in die Zuständigkeit der Landesregierung fallen. Sie müssen kurze Antworten ermöglichen und können durch eine kurze Vorbemerkung eingeleitet werden. Für die Frage einschließlich der Vorbemerkung stehen höchstens drei Minuten zur Verfügung.

(3) Zur ersten Frage in der Befragung wird einer Fragestellerin oder einem Fragesteller der größten Fraktion das Wort erteilt. Nachfragen der Fragestellerin oder des Fragestellers oder anderer Mitglieder des Landtages sind zulässig. Die Präsidentin oder der Präsident bestimmt die Reihenfolge der Nachfragen. Ist diese Befragung abgeschlossen, erteilt die Präsidentin oder der Präsident einem Fragesteller der weiteren

Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke das Wort zur Befragung der Landesregierung. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend.

(4) Das Recht, die erste Frage in der Befragung der Landesregierung zu stellen, geht in der nächsten Sitzungsperiode des Landtages auf die nächststärkste Fraktion über. Sind alle Fraktionen berücksichtigt worden, wird zur ersten Frage erneut einem Mitglied der größten Fraktion das Wort erteilt.

(5) Grundsätzlich antwortet das zuständige Mitglied der Landesregierung. Die Antwort soll eine Redezeit von drei Minuten nicht überschreiten.

§ 46

Aktuelle Debatte

(1) Auf Antrag einer Fraktion findet in den ordentlichen Sitzungen des Landtages eine Aktuelle Debatte über einen bestimmt bezeichneten Gegenstand (Thema) statt. Der Gegenstand soll von allgemeinem und aktuellem Interesse sein und die Kompetenz des Landes betreffen.

(2) Jede Fraktion hat im Laufe eines halben Kalenderjahres Anspruch auf dreimalige Berücksichtigung von ihr eingereichten Anträgen. Nicht beantragte oder nicht beratene Themen verfallen jeweils am Ende des halben Kalenderjahres.

(3) Für eine Sitzung darf von einer Fraktion nur ein Thema beantragt werden. Der Antrag kann frühestens während der Aufstellung der Tagesordnung durch den Ältestenrat, spätestens am Dienstag der Sitzungswoche des Landtages bis 18 Uhr bei der Präsidentin oder beim Präsidenten gestellt werden. § 37 Abs. 2 gilt entsprechend.

(4) In einer Aktuellen Debatte werden bis zu drei Themen behandelt. Der Landtag kann über die Aufnahme eines zusätzlichen Themas entscheiden. Wird dieser Antrag abgelehnt, so ist er auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung des Landtages zu setzen, falls es die beantragende Fraktion verlangt. Liegen mehrere Anträge vor, soll ihre Reihenfolge gelöst werden; im Übrigen behandelt der Landtag die Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs.

(5) In der Aktuellen Debatte beträgt die Redezeit je Fraktion zehn Minuten je Thema. In der Aussprache erhält als erster Redner der Antragsteller das Wort. Die Landesregierung erhält zehn Minuten Redezeit. Erklärungen oder Reden dürfen nicht ver-

sen werden. Auf Verlangen erhält die Antragstellerin ein Schlusswort von drei Minuten.

(6) Beschlüsse zur Sache werden in der Aktuellen Debatte nicht gefasst.

§ 46a Vereinbarte Debatte

Auf der Grundlage einer interfraktionellen Verständigung führt der Landtag eine Vereinbarte Debatte durch. Die Reihenfolge der Redner folgt der Größe der Fraktionen. Die Redezeit je Fraktion beträgt zehn Minuten. Die Redezeit der Landesregierung soll zehn Minuten nicht überschreiten. § 62 Abs. 3 gilt entsprechend.

VII. Petitionen

§ 47 Überweisung von Petitionen

(1) Dem Petitionsausschuss obliegt die Behandlung der an den Landtag gerichteten Bitten und Beschwerden (Petitionen). Der Präsident überweist die Petitionen an den Petitionsausschuss.

(2) Der Präsident kann die an ihn gerichteten Petitionen dem Petitionsausschuss überweisen.

(3) Mitglieder des Landtages, die eine Petition überreichen, sind auf ihr Verlangen bei entsprechender Behandlung im Petitionsausschuss mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

§ 48 Verfahrensgrundsätze, Rechte des Petitionsausschusses

(1) Der Landtag stellt Verfahrensgrundsätze über die Behandlung von Bitten und Beschwerden (Petitionen) auf. Diese sind zum Ausgangspunkt der Entscheidungen des Petitionsausschusses und des Landtages über Petitionen zu machen.

(2) Wenn der Petitionsausschuss um Aktenvorlage, Auskunft oder Zutritt zu Einrichtungen nachsucht, ist der zuständige Minister rechtzeitig zu unterrichten.

(3) Betrifft eine Petition einen Gegenstand der Beratung in einem Fachausschuss, wird eine schriftliche Stellungnahme des Fachausschusses eingeholt.

(4) Der Petitionsausschuss kann zu einzelnen Fragen oder zum Petitionsanliegen selbst eine Stellungnahme anderer Ausschüsse einholen, auch wenn die Petition keinen Gegenstand der Beratung in einem Fachausschuss betrifft. Der um fachliche Stellungnahme ersuchte Ausschuss ist verpflichtet, sich mit dem Anliegen zu beschäftigen und dem Petitionsausschuss innerhalb von vier Wochen eine qualifizierte Stellungnahme zu übermitteln. Bei Nichteinhaltung der Frist sind dem Petitionsausschuss die Gründe dafür mitzuteilen.

§ 49 Übertragung von Befugnissen an einzelne Mitglieder

Über die Befugnisse einzelner Mitglieder des Petitionsausschusses beschließt der Petitionsausschuss. Inhalt und Umfang der Übertragung sind im Beschluss zu bestimmen.

§ 50 Beschlussempfehlung und Bericht

(1) Der Bericht des Petitionsausschusses über die von ihm behandelten Petitionen wird mit einer Beschlussempfehlung dem Landtag in einer Sammelübersicht vorgelegt.

(2) Innerhalb von drei Sitzungswochen nach Drucklegung und Herausgabe werden die Berichte auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt. Sie können mündlich ergänzt werden. Eine Aussprache findet statt, wenn diese von einer Fraktion oder von acht Mitgliedern des Landtages verlangt wird.

(3) Der Petitionsausschuss erstattet dem Landtag jährlich einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit.

§ 51

Abschließende Behandlung

(1) Den Petenten wird die Art der Erledigung ihrer Petition mitgeteilt. Die Mitteilung soll mit Gründen versehen sein.

(2) Soweit der Landtag Petitionen an die Landesregierung zur Berücksichtigung oder zur Erwägung überwiesen hat, teilt die Landesregierung innerhalb von zwei Monaten dem Landtag schriftlich mit, was sie auf die Beschlüsse veranlasst hat. Die Mitteilung wird als Landtagsdrucksache herausgegeben. Auf Antrag eines Mitglieds des Landtages, dem die Mitteilung nicht befriedigend erscheint, kann der Petitionsausschuss die Petition von neuem beraten.

VIII. Besondere Beratungsgegenstände

§ 52

Verfassungsgerichtliche Verfahren

Ob der Landtag einem verfassungsgerichtlichen Verfahren beitreten oder eine Stellungnahme gegenüber einem Verfassungsgericht abgeben soll, entscheidet er auf der Grundlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung. Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung soll den Fachausschuss beteiligen, soweit der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung beabsichtigt, dem Landtag die Abgabe einer Stellungnahme zu empfehlen. Gegenüber dem Landtag ist schriftlich oder mündlich über den Gegenstand des verfassungsgerichtlichen Verfahrens, die Beratungen des Ausschusses sowie über die Beteiligung von Fachausschüssen zu berichten. Empfiehlt der Ausschuss, keine Stellungnahme abzugeben, ist schriftlich zu berichten. Mehrere Empfehlungen des Ausschusses, keine Stellungnahme abzugeben, können in einer Beschlussempfehlung zusammengefasst werden. Über Beschlussempfehlungen, keine Stellungnahme abzugeben, ist im Verfahren nach § 38 Abs. 3 abzustimmen. Der Landtag behandelt die Empfehlung in einer Beratung; die §§ 24 und 30 bis 33 gelten entsprechend.

§ 53

Immunitätsangelegenheiten

(1) Ein Antrag auf Herbeiführung eines Verlangens auf Aussetzung einer Strafverfolgungsmaßnahme, einer Haft oder einer sonstigen Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Mitgliedes des Landtages nach Artikel 58 Satz 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt kann von der Präsidentin oder vom Präsidenten, von der jeweiligen Fraktionsvorsitzenden oder vom jeweiligen Fraktionsvorsitzenden oder vom betroffenen Mitglied des Landtages gestellt werden. Er ist zu begründen und bedarf der Schriftform.

(2) Einen Antrag nach Absatz 1 überweist der Präsident unverzüglich an den Ältestenrat. Der Ältestenrat gibt dem Antragsteller und dem betroffenen Mitglied des Landtages Gelegenheit zur Äußerung. Artikel 53 Abs. 3 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt findet Anwendung.

(3) Der Ältestenrat ist auf der Grundlage von Artikel 58 Satz 2 der Landesverfassung ermächtigt, abschließend über einen Antrag nach Absatz 1 zu entscheiden. Die Entscheidung soll innerhalb eines Monats nach Überweisung des Antrages an den Ältestenrat erfolgen.

(4) Beschließt der Ältestenrat ein Verlangen auf Aussetzung, ist der Beschluss an die für die auszusetzende Maßnahme zuständige Stelle sowie an das für Justiz zuständige Mitglied der Landesregierung zu übermitteln und dem Landtag als Unterrichtung bekannt zu machen.

§ 53a

Auswärtige Vernehmungen von Mitgliedern des Landtages als Zeugen

Bedarf eine auswärtige Vernehmung eines Mitgliedes des Landtages als Zeuge einer Genehmigung des Landtages, erteilt sie die Präsidentin oder der Präsident nach Anhörung des Mitgliedes des Landtages. Der Ältestenrat ist in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.

§ 54 Unterrichtungen

(1) An den Landtag gerichtete Mitteilungen, Denkschriften und sonstige Schreiben, in denen kein Beschluss erbeten wird, kann der Präsident als Landtagsdrucksachen oder in anderer Form herausgeben oder in einem eingeschränkt zugänglichen netzgestützten Informationsangebot des Landtages bereitstellen lassen. Ergehen diese aufgrund eines Gesetzes, so sind sie als Landtagsdrucksache herauszugeben. Der Präsident kann Schreiben nach Satz 1 an Ausschüsse zur Beratung sowie auch zur Berichterstattung überweisen.

(2) Ist eine Angelegenheit einem Ausschuss zur Berichterstattung überwiesen worden, so kann er dem Landtag eine Beschlussempfehlung vorlegen. Der Landtag behandelt die Empfehlung in einer Beratung. Hierfür gelten die §§ 24 und 30 bis 33 entsprechend.

§ 54a Informationsvorlagen der Landesregierung

(1) Für die Behandlung von Vorlagen der Landesregierung, die der Information des Landtages gemäß Artikel 62 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt über

1. die Vorbereitung von Gesetzen,
2. wichtige Angelegenheiten der Landesplanung,
3. den geplanten Abschluss von Staatsverträgen,
4. Bundesratsangelegenheiten,
5. Verwaltungsabkommen,
6. die Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern, den Regionen, anderen Staaten und zwischenstaatlichen Einrichtungen sowie für Angelegenheiten der Europäischen Union

dienen (Informationsvorlagen), gilt § 54 entsprechend. Vorlagen, die der Information über die Vorbereitung von Gesetzen sowie über Ministerpräsidenten- und Fachministerkonferenzen dienen, werden nach einem Verfahren herausgegeben, das der Präsident im Einvernehmen mit dem Ältestenrat bestimmt.

(2) Unterrichtungen nach Absatz 1 Satz 1 Nm. 4 und 6 gelten als dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien überwiesen. Sie sind in einem eingeschränkt zugänglichen netzgestützten Informationsangebot des Landtages bereitzustellen. Der Ausschuss entscheidet, mit welchen Unterrichtungen nach Satz 1 er sich näher befasst. § 40 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Für Vorlagen nach Absatz 1, zu denen die Landesregierung zur Abgabe einer Stellungnahme auffordert, gilt § 40 Abs. 3 mit der Maßgabe entsprechend, dass von einer Überweisung im Einzelfall abzusehen ist, wenn die Vorlage gemäß Absatz 2 bereits als an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien überwiesen gilt.

§ 54b Wahmahme der parlamentarischen Kontrolle der Landesregierung auf dem Gebiet der akustischen Wohnraumüberwachung (Artikel 13 Abs. 6 Satz 3 des Grundgesetzes)

Die Landesregierung erstattet gegenüber den Fachausschüssen jährlich über den im Rahmen der akustischen Wohnraumüberwachung aufgrund von Artikel 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes zum Zwecke der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr erfolgten Einsatz technischer Mittel Bericht.

§ 54c Bestimmung von Wahltag und Wahlzeit für die Wahlen zum Landtag

(1) Der Präsident schlägt dem Landtag gemäß § 9 Abs. 1 des Wahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt nach Anhörung des Landeswahlleiters im Benehmen mit dem Ältestenrat den Wahltag und die Wahlzeit für die Wahlen zum Landtag vor. Der Ältestenrat ist schriftlich über das Ergebnis der Anhörung des Landeswahlleiters zu unterrichten.

(2) Der Landtag behandelt den Vorschlag des Präsidenten in einer Beratung.

Dritter Abschnitt Ordnung der Sitzungen

I. Sitzungen des Landtages

§ 55 Einberufung, Tagesordnung

(1) Der Landtag wird von seinem Präsidenten einberufen. Zur ersten Sitzung des neu gewählten Landtages, die spätestens am 30. Tage nach der Wahl stattfinden muss, beruft der bisherige Präsident den Landtag ein.

(2) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen bestimmt der Präsident, wenn der Landtag darüber keinen Beschluss gefasst hat. Der Präsident kann eine vom Landtag beschlossene Tagesordnung erweitern.

(3) Finden mehrere Sitzungen an aufeinander folgenden Tagen statt (Sitzungsperiode), wird die Tagesordnung für die gesamte Sitzungsperiode aufgestellt.

(4) Verlangt ein Viertel der Mitglieder des Landtages oder die Landesregierung die Einberufung des Landtages, so haben sie den gewünschten Beratungsgegenstand anzugeben. Der Präsident hat den Landtag unverzüglich zu einer Sitzung zumindest mit dem gewünschten Beratungsgegenstand einzuberufen. Die Sitzung muss binnen angemessener Zeit, spätestens jedoch zwei Wochen nach Eingang des Antrags stattfinden.

(5) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen sind möglichst frühzeitig allen Mitgliedern des Landtages und der Landesregierung mitzuteilen.

§ 56 Reihenfolge der Beratungspunkte

Unter mehreren Gesetzentwürfen, mehreren Anträgen nach § 37 oder mehreren anderen Vorlagen gleicher Art richtet sich die Reihenfolge, in der sie auf die Tagesordnung gesetzt werden, in der Regel nach dem Eingangsdatum der Vorlagen. Dritte

Beratungen haben in der Regel vor zweiten und ersten Beratungen Vorrang, zweite Beratungen vor ersten Beratungen. Gesetzentwürfe haben in der Regel Vorrang vor Beratungsgegenständen nach § 37 und vor Großen Anfragen. Die Fraktionen können im Ältestenrat anderes vereinbaren.

§ 57 Abweichung von der Tagesordnung

(1) Der Landtag kann, sofern nicht andere Vorschriften entgegenstehen, auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag einer Fraktion oder von mindestens acht Mitgliedern des Landtages beschließen,

1. dass Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, beraten werden, es sei denn, dass eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages widersprechen,
2. dass die Reihenfolge der Beratungsgegenstände geändert wird,
3. dass verschiedene Punkte der Tagesordnung zusammen beraten werden,
4. dass ein Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt wird,
5. dass die Sitzung vor Erledigung der Tagesordnung geschlossen wird.

(2) Ergibt sich nach Aufstellung der Tagesordnung, dass ein Gegenstand nach den Vorschriften der Verfassung oder dieser Geschäftsordnung nicht beraten werden darf, so hat ihn der Präsident von der Tagesordnung abzusetzen.

§ 58 Leitung der Sitzung

(1) In den Sitzungen des Landtages bilden der Präsident und zwei Schriftführer den Sitzungsvorstand. Der Präsident eröffnet und schließt die Sitzung und leitet die Verhandlungen. Hierbei unterstützen ihn die anderen Mitglieder des Sitzungsvorstandes.

(2) Sind Präsident und Stellvertreter gleichzeitig verhindert, übernimmt das am längsten dem Landtag angehörende Mitglied, das hierzu bereit ist, den Vorsitz (Alterspräsident); bei gleicher Dauer der Zugehörigkeit zum Landtag entscheidet das höhere Lebensalter. Sind Schriftführer nicht in ausreichender Zahl erschienen, so bestellt der Präsident für die Sitzung Stellvertreter.

(3) Zur Klärung von Zweifeln über die Zweckmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit seiner Maßnahmen kann der Präsident die Sitzung für kurze Zeit unterbrechen. Wenn es eine Fraktion oder mindestens acht Mitglieder des Landtages wünschen, kann der Präsident die Sitzung auch unterbrechen, soweit dies aus anderen Gründen für die Arbeit des Landtages dienlich ist.

§ 59

Erste Sitzung des Landtages

(1) In der ersten Sitzung des Landtages nach Beginn der Wahlperiode führt bis zur Wahl des Präsidenten der Alterspräsident den Vorsitz. Auf die Ausübung des Amtes kann verzichtet werden.

(2) Der Alterspräsident eröffnet die erste Sitzung. Er benennt zwei Mitglieder des Landtages, mit denen er den vorläufigen Sitzungsvorstand bildet. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Landtages durch Namensaufruf fest und lässt sodann den Präsidenten wählen.

§ 60

Aussprache

(1) Soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, eröffnet der Präsident über jeden Gegenstand, der auf der Tagesordnung steht, die Aussprache.

(2) Ein Mitglied des Sitzungsvorstandes führt eine Rednerliste. Mitglieder des Landtages, die zur Sache sprechen wollen, haben sich beim Sitzungsvorstand schriftlich zum Wort zu melden. Der Sitzungsvorstand kann Wortmeldungen auch auf andere Weise entgegennehmen.

(3) Ein Mitglied des Landtages darf sprechen, sobald ihm der Präsident das Wort erteilt hat. Es richtet den Redebeitrag ausschließlich an die Mitglieder des Landtages oder an die Mitglieder der Landesregierung.

(4) Zu Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen, die kurz und präzise sein müssen, melden sich die Mitglieder des Landtages über die Saalmikrofone zu Wort; die Präsidentin oder der Präsident kann das Wort hierzu in jeder Aussprache des Landtages erteilen. Zwischenfragen dürfen erst gestellt werden, wenn die Rednerin oder

der Redner sie auf eine entsprechende Frage der Präsidentin oder des Präsidenten zulässt und das Wort erteilt worden ist. Zwischenbemerkungen dürfen erst gestellt werden, wenn dazu das Wort erteilt worden ist. Im Anschluss an eine Rede kann die Präsidentin oder der Präsident das Wort zu einer Zwischenbemerkung zu diesem Debattenbeitrag von höchstens zwei Minuten, bei einer Drei-Minuten-Debatte von höchstens einer Minute, erteilen; die Rednerin oder der Redner darf hierauf antworten. Bei Zwischenfragen bleibt das Mitglied des Landtages in der Fraktion sitzen und hebt den Arm zur Antragstellung. Bei Zwischenbemerkungen signalisiert das Mitglied des Landtages seine Interventionsabsicht dadurch, dass es zum Saalmikrofon tritt.

§ 61

Reihenfolge der Redner

(1) Der Präsident bestimmt die Reihenfolge der Redner. Dabei soll er für sachgemäße Erledigung und zweckmäßige Gestaltung der Beratung sorgen und die verschiedenen Auffassungen zum Beratungsgegenstand und die Stärke der Fraktionen berücksichtigen.

(1a) Die Vorsitzenden der Fraktionen müssen jederzeit gehört werden unabhängig davon, ob ein Gegenstand zur Beratung aufgerufen oder die Redezeit der Fraktion bereits erschöpft ist. Dieses Recht kann im Vertretungsfall nach vorheriger Ankündigung für den gesamten Sitzungstag auch durch eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter wahrgenommen werden.

(2) Berät der Landtag über Anträge aus seiner Mitte, so kann einer der Antragsteller zu Beginn und am Schluss der Aussprache das Wort verlangen.

(3) Ein Berichterstatter kann jederzeit das Wort zu einer Ergänzung seines Berichts verlangen.

§ 62

Rededauer

(1) Bei der Einbringung eines Gegenstandes darf der Redner nicht länger als 15 Minuten sprechen. Ist für die Beratung des Gegenstandes eine Redezeit der Fraktionen von jeweils drei Minuten vereinbart worden, darf die Einbringung nicht länger

als 10 Minuten dauern. Auf Vorschlag des Ältestenrates kann der Landtag die Dauer der Einbringung anders festlegen.

(2) Der Landtag kann für die Beratung eines Gegenstandes den Fraktionen unter angemessener Berücksichtigung ihrer Stärke bestimmte Redezeiten zuteilen und die Dauer der einzelnen Reden, auch für Mitglieder der Landesregierung, beschränken. Der Landtag entscheidet darüber auf der Grundlage einer entsprechenden Empfehlung des Ältestenrates ohne Aussprache. Teilt der Landtag den Fraktionen Redezeiten zu, so hat er auch für fraktionslose Mitglieder des Landtages Redezeiten festzusetzen.

(3) Stellt der Präsident eine Überschreitung der empfohlenen Redezeit durch ein Mitglied der Landesregierung fest, so kann jede Fraktion die gleiche zusätzliche Redezeit beanspruchen. Spricht ein Mitglied der Landesregierung, wenn die Redezeit einer Fraktion schon erschöpft ist, so gewährt der Präsident dieser auf Verlangen noch einmal angemessene Zeit zu einer Erwiderung.

(4) Spricht ein Mitglied des Landtages länger als zulässig, so soll ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen.

§ 63 Freie Rede

(1) Die Redner sprechen grundsätzlich in freiem Vortrag. Sie können hierbei Aufzeichnungen benutzen. Zitate dürfen sie verlesen, wenn sie diese als solche kenntlich machen.

(2) Im Ausnahmefall dürfen in Vertretung eines Redners oder bei Beiträgen mit längerer Rededauer im Wortlaut vorbereitete Reden mit vorheriger Genehmigung des Präsidenten verlesen werden.

(3) Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 gelten nicht für die Berichterstatter und für diejenigen Mitglieder des Landtages, die eine Vorlage für die Antragsteller begründen. Sie dürfen ihre im Wortlaut vorbereiteten Reden im Ausnahmefall mit Erlaubnis des Präsidenten zu Protokoll geben. Diese sind im Stenografischen Bericht entsprechend zu kennzeichnen.

§ 64 Sachruf

(1) Der Präsident kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abschweifen, „Zur Sache“ rufen.

(2) Ist ein Redner dreimal in derselben Rede „Zur Sache“ gerufen und beim zweiten Mal auf die Folgen eines dritten Sachrufes hingewiesen worden, so kann ihm der Präsident das Wort entziehen. Ist einem Mitglied des Landtages das Wort entzogen worden, so darf es das Wort bis zum Schluss der Aussprache nicht wieder erhalten.

§ 65 Schluss der Aussprache

(1) Ist die Rednerliste erschöpft oder hat sich niemand zum Wort gemeldet, so erklärt der Präsident die Aussprache für geschlossen. Ist die Aussprache geschlossen und die Abstimmung eröffnet, sind Anträge in der Sache nicht mehr zuzulassen und das Wort nicht mehr zu erteilen, es sei denn, es wird zur Geschäftsordnung verlangt.

(2) Der Landtag kann die Aussprache unterbrechen oder schließen. Ein Antrag auf Unterbrechung oder Schluss der Aussprache bedarf der Unterstützung von einer Fraktion oder acht anwesenden Mitgliedern des Landtages. Über einen Antrag auf Schluss der Aussprache ist vor einem Antrag auf Unterbrechung abzustimmen. Über einen Antrag auf Schluss der Aussprache darf erst abgestimmt werden, nachdem einer derjenigen, die den Beratungsgegenstand eingebracht hatten, der Berichterstatter und je ein Redner für und wider den Beratungsgegenstand sprechen konnten. Wird einem Antrag auf Schluss der Aussprache widersprochen, so ist vor der Abstimmung über diesen Antrag auch je ein Redner für und wider diesen Antrag zu hören.

§ 66 Wortmeldungen zur Geschäftsordnung

(1) Ein Mitglied des Landtages, das zum Verfahren sprechen will, kann sich jederzeit, auch nach Schluss der Aussprache, mit dem Zuruf „Zur Geschäftsordnung“ zum Wort melden. Das Wort zur Geschäftsordnung ist ihm sogleich zu erteilen. Eine Rede darf dadurch jedoch nicht unterbrochen werden.

(2) Wer das Wort zur Geschäftsordnung erhalten hat, darf sich nur zur verfahrensmäßigen Behandlung des gerade anstehenden oder des unmittelbar vor ihm behandelten Beratungsgegenstandes oder zum Ablauf der Sitzungen des Landtages äußern. Er darf nicht länger als drei Minuten sprechen. Bei Verstößen gilt § 62 Abs. 4 entsprechend.

§ 67

Persönliche Bemerkungen

Einem Mitglied des Landtages, das sich zu einer persönlichen Bemerkung zum Wort gemeldet hat, ist das Wort auch nach dem Schluss der Aussprache zu erteilen. Das Mitglied des Landtages darf in der persönlichen Bemerkung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen das Mitglied gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen. Die persönliche Bemerkung ist dem Präsidenten auf sein Verlangen dem wesentlichen Inhalt nach schriftlich mitzuteilen. Das Mitglied des Landtages darf nicht länger als drei Minuten sprechen. § 62 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 68

Erklärungen außerhalb der Tagesordnung

Außerhalb der Tagesordnung kann der Präsident einem Mitglied des Landtages das Wort zu einer Erklärung erteilen. Die Erklärung ist ihm vorher dem wesentlichen Inhalt nach schriftlich mitzuteilen; sie darf nicht länger als drei Minuten dauern. § 62 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 69

Anwesenheit und Anhörung der Landesregierung

(1) Ein Antrag, die Anwesenheit eines Mitglieds der Landesregierung zu verlangen, muss von einer Fraktion oder mindestens acht Mitgliedern des Landtages unterstützt sein. Über den Antrag ist sofort abzustimmen. Der Präsident kann die Sitzung bis zum Erscheinen des Mitglieds der Landesregierung unterbrechen.

(2) Verlangt nach Schluss einer Aussprache ein Mitglied der Landesregierung das Wort, so ist die Aussprache wieder eröffnet.

(3) Wird einem Mitglied der Landesregierung auf sein Verlangen außerhalb der Tagesordnung das Wort erteilt, so hat der Präsident die Aussprache über seine Ausführungen zu eröffnen, wenn es eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages verlangen. Beschlüsse zur Sache werden nicht gefasst.

§ 70

Beschlussfähigkeit

(1) Der Landtag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landtages anwesend sind. Der Präsident stellt zu Beginn jeder Sitzung fest, ob der Landtag beschlussfähig ist.

(2) Hat der Präsident die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung festgestellt, so gilt der Landtag, auch wenn nicht mehr die Hälfte der Mitglieder des Landtages anwesend ist, weiterhin als beschlussfähig, solange nicht ein Mitglied des Landtages vor einer Abstimmung oder Wahl die Beschlussfähigkeit bezweifelt. Dieses gilt als anwesend.

(3) Wird die Beschlussfähigkeit vor einer Abstimmung oder Wahl bezweifelt, so hat sie der Sitzungsvorstand, wenn sie nicht offensichtlich zu bejahen oder zu verneinen ist, durch Namensaufruf festzustellen. Der Präsident kann die Abstimmung oder Wahl für kurze Zeit aussetzen.

(4) Ist die Beschlussfähigkeit nicht herzustellen, so hat der Präsident die Sitzung zu schließen. Die unterbliebene Abstimmung oder Wahl und der übrige nicht erledigte Teil der Tagesordnung sind auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Diese kann von dem Präsidenten auch für denselben Tag einberufen werden.

§ 71

Zeitpunkt der Abstimmung

Der Landtag stimmt über einen Gegenstand in der Regel unmittelbar nach Schluss der Aussprache über diesen Gegenstand ab. Werden nach Schluss der Aussprache noch persönliche Bemerkungen (§ 67) gemacht, so sind diese abzuwarten. Der Landtag kann die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung vertagen.

§ 72 Fragestellung

(1) Der Präsident lässt in der Weise abstimmen, dass er fragt, wer einem bestimmten Beschlussvorschlag (einer Vorlage, einem Teil einer Vorlage, einem sonstigen Antrag oder Vorschlag) zustimme.

(2) Der Präsident hat die Fragen so zu stellen, dass der Wille des Landtages in den Beschlüssen klar zum Ausdruck kommt. Der Präsident kann zu diesem Zweck auch über Teile eines Beschlussvorschlages getrennt abstimmen lassen.

(3) In der Regel ist über weitergehende Beschlussvorschläge vor den weniger weitgehenden abzustimmen. Über einen Hilfsantrag (Eventualantrag) wird erst abgestimmt, wenn der Hauptantrag abgelehnt worden ist.

§ 73 Erforderliche Mehrheit

(1) Der Landtag beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern die Verfassung nichts anderes bestimmt. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

(2) Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Beschlussvorschlages.

§ 74 Form der Abstimmung und Feststellung ihres Ergebnisses

(1) Abgestimmt wird nach Entscheidung des Präsidenten durch Handzeichen oder durch Aufstehen.

(2) Der Präsident stellt die Abstimmungsfrage so, dass sie sich mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten lässt. Sie ist in der Regel so zu fassen, dass zunächst gefragt wird, ob die Zustimmung erteilt wird. Danach ist zu fragen, wer den Beschlussvorschlag ablehnt (Gegenprobe). Auf die Gegenprobe kann verzichtet werden. Auf Verlangen einer Fraktion oder eines Mitglieds des Landtages ist die Gegenprobe durchzuführen. Dies gilt auch für die Feststellung von Stimmenthaltungen.

(3) Die Mitglieder des Landtages verlassen auf Aufforderung des Präsidenten den Saal. Die Türen werden geschlossen bis auf die zur Abstimmung erforderlichen Türen. Der Präsident bestimmt für jede Abstimmungstür einen Zähler. Auf das Glockenzeichen des Präsidenten treten die Mitglieder des Landtages, die dem Beschlussvorschlag zustimmen wollen, durch die Jätür, die ihn ablehnen wollen, durch die Neintür, die keine Stimme abgeben wollen, durch die Enthaltungstür in den Saal ein. Die eintretenden Mitglieder des Landtages werden laut gezählt. Kein Mitglied des Landtages darf vor Schluss der Abstimmung den Saal wieder verlassen. Mit einem Glockenzeichen schließt der Präsident die Zählung. Hierauf stimmen nur noch der Präsident und die Zähler ab.

§ 75 Abstimmung durch Namensaufruf und namentliche Abstimmung

(1) Bedarf ein Beschluss einer Mehrheit, die nach der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtages zu berechnen ist, so ist durch Namensaufruf abzustimmen.

(2) Bei Abstimmung durch Namensaufruf ruft ein Mitglied des Sitzungsvorstandes alle Mitglieder des Landtages in alphabetischer Reihenfolge mit ihrem Namen auf. Die Aufgerufenen geben ihre Stimme durch Zuruf („Ja“, „Nein“, „Enthaltung“) ab. Der Zuruf ist durch den Aufrufenden zu wiederholen. Zweifel am Zuruf einzelner Mitglieder des Landtages sind durch den Präsidenten in der Sitzung öffentlich zu klären.

(3) Namentlich muss abgestimmt werden, wenn es eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages bis zum Beginn des Abstimmungsverfahrens verlangen. Eine namentliche Abstimmung ist nur über den Beratungsgegenstand selbst und über Änderungs- und Entschließungsanträge dazu zulässig.

(4) Bei der namentlichen Abstimmung wird nach Absatz 2 verfahren. Außerdem wird im Stenografischen Bericht vermerkt, wie jedes Mitglied des Landtages gestimmt hat.

§ 75a**Koordinierte Abstimmung**

(1) Ist in einem Gesetzentwurf über den Sitz einer Behörde zu entscheiden, so erfolgt die Auswahl, wenn mehr als zwei Vorschläge vorliegen, vor der Schlussabstimmung über das Gesetz.

(2) Der Landtag entscheidet mit Namensstimmzetteln, auf die der jeweils gewünschte Ort oder „Nein“ oder „Enthaltung“ zu schreiben ist. Ausgewählt ist der Ort, der die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Ergibt sich keine solche Mehrheit, so werden in einem zweiten Abstimmungsgang die beiden Orte zur Abstimmung gestellt, die im ersten Abstimmungsgang die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Ausgewählt ist der Ort, der die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Stimmenthaltungen werden wie nicht abgegebene Stimmen behandelt.

(3) In gleicher Weise kann verfahren werden, wenn dem Landtag konkurrierende Gesetzentwürfe, Anträge oder Teile von Gesetzentwürfen oder Anträgen vorliegen, die einer koordinierten Abstimmung zugänglich sind.

§ 76**Erklärungen zur Abstimmung**

(1) Jedes Mitglied des Landtages ist berechtigt, nach Bekanntgabe des Ergebnisses einer Abstimmung seine Stimmabgabe kurz zu begründen. Dies gilt nicht, wenn ohne Aussprache abzustimmen ist.

(2) Jede Fraktion ist berechtigt, eine Erklärung zur Abstimmung abzugeben.

(3) Erklärungen nach Absatz 1 und 2 dürfen nicht länger als drei Minuten dauern.

(4) Jedes Mitglied des Landtages kann vor der Abstimmung erklären, dass es an der Abstimmung nicht teilnehme.

§ 77**Wahlen**

(1) Gewählt wird mit Stimmzetteln. Wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht, kann durch Handzeichen gewählt werden.

(2) Sofern ein Gesetz nichts anderes bestimmt, ist derjenige gewählt, der die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

(3) Sind zugleich mehrere Personen zu wählen, so geschieht dies, wenn nichts anderes vorgeschrieben ist oder von den Fraktionen vereinbart wird, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Dabei ist das Höchstzahlverfahren anzuwenden.

§ 77a**Beauftragungen**

Ist ein Mitglied des Landtages durch den Landtag beauftragt worden und ist nichts Näheres bestimmt, endet die Beauftragung mit seinem Ausscheiden aus dem Landtag oder mit der Wahlperiode des Landtages, in der die Beauftragung erfolgte.

§ 78**Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts**

(1) Die Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts und deren Vertreter bestimmt sich nach dem Landesverfassungsgerichtsgesetz.

(2) Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung unterbreitet dem Landtag dazu einen Wahlvorschlag.

(3) Der Ausschuss berät rechtzeitig über Vorschläge für die Wahl. Die Sitzungen sind vertraulich.

(4) Aus der Mitte des Ausschusses, von der Landesregierung und von den Fraktionen können Personen für die Wahl benannt werden.

(5) Der Ausschuss prüft, ob die Personen, die für die Wahl in Betracht kommen, die Voraussetzungen der §§ 4, 5 und 6 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes erfüllen. Er fordert von ihnen die Erklärung nach § 5 Abs. 1 Satz 2 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes an. Der Ausschuss kann den Präsidenten des Landesverfassungsgerichts hören und um Auskunft ersuchen.

(6) Personalakten, die der Ausschuss nach § 3 Abs. 2 Satz 4 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes über das Landesverfassungsgericht angefordert hat, sind vertraulich zu behandeln.

(7) Der Ausschuss schlägt dem Landtag für jedes Amt, das zu besetzen ist, eine Person vor. Sind mehrere Ämter zu besetzen, fasst der Ausschuss seine Vorschläge in einem Wahlvorschlag zusammen.

§ 79

Bekanntgabe des Ergebnisses

Nach jeder Abstimmung gibt der Präsident das Ergebnis bekannt.

§ 80

Ordnungsmaßnahmen

(1) Die Präsidentin oder der Präsident wahrt die Ordnung sowie die Würde und das Ansehen des Landtages.

(2) Verletzt ein Mitglied des Landtages die Ordnung, die Würde oder das Ansehen des Landtages, ruft es die Präsidentin oder der Präsident mit Nennung des Namens „Zur Ordnung“.

(3) Ist ein Mitglied des Landtages während einer Sitzung dreimal „Zur Ordnung“ gerufen und beim zweiten Mal auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes hingewiesen worden oder verletzt ein Mitglied des Landtages in einer Sitzung gröblich die Ordnung, die Würde oder das Ansehen des Landtages, so kann es die Präsidentin oder der Präsident von dieser Sitzung ausschließen. Das ausgeschlossene Mitglied hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Verlässt das ausgeschlossene Mitglied des Landtages den Sitzungssaal nicht, so unterbricht oder schließt die Präsidentin oder

der Präsident die Sitzung. Sie oder er kann das Mitglied aus dem Saal entfernen lassen.

(4) Wenn ein Mitglied des Landtages durch ordnungswidriges Verhalten die Arbeit des Landtages erheblich stört, kann ihm die Präsidentin oder der Präsident die Teilnahme an Sitzungen oder den Aufenthalt im Landtagsgebäude verbieten, soweit dies erforderlich ist, um weitere Störungen zu verhüten. Befolgt das Mitglied des Landtages das Verbot nicht, so kann es die Präsidentin oder der Präsident durchsetzen lassen. Von Maßnahmen nach Satz 1 und 2 ist dem Landtag Mitteilung zu machen.

(5) Ordnungsmaßnahmen können auch nachträglich, spätestens jedoch in der auf die Verletzung der Ordnung, der Würde oder des Ansehens des Landtages folgenden Sitzungsperiode ausgesprochen werden.

(6) Gegen den Ordnungsruf, gegen den Ausschluss von der Sitzung und gegen ein Verbot nach Absatz 4 kann das betroffene Mitglied des Landtages binnen drei Tagen schriftlich bei der Präsidentin oder beim Präsidenten Einspruch erheben. Über den Einspruch berät der Ältestenrat. Er empfiehlt dem Landtag eine Entscheidung, der darüber ohne Aussprache beschließt.

§ 81

Ordnung im Sitzungssaal

(1) Der Aufenthalt im Sitzungssaal ist anderen Personen als Mitgliedern des Landtages und Mitgliedern der Landesregierung nur mit Genehmigung des Präsidenten gestattet.

(2) Anderen als den im Landtag redeberechtigten Personen ist es untersagt, im Sitzungssaal oder auf der Tribüne Erklärungen abzugeben sowie Beifall oder Missfallen zu äußern.

(3) Verstößt jemand gegen Absatz 1 oder 2 oder verletzt er in anderer Weise Ordnung oder Anstand, so kann ihm der weitere Aufenthalt im Sitzungssaal oder im Landtagsgebäude untersagt werden. Befolgt er das Verbot nicht, so kann Zwang angewendet werden.

(4) Wenn im Landtag störende Unruhe entsteht, kann der Präsident die Sitzung unterbrechen oder schließen. Kann er sich kein Gehör verschaffen, so verlässt er den Präsidentenstuhl. Hierdurch wird die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrochen.

(5) Entsteht auf der Tribüne störende Unruhe, so kann der Präsident die Tribüne räumen lassen.

§ 82

Stenografischer Bericht

(1) Über jede Sitzung des Landtages wird eine wörtliche Niederschrift (Stenografischer Bericht) angefertigt und an die Mitglieder des Landtages und an die Landesregierung verteilt. Er gilt mit der Bereitstellung im allgemein zugänglichen netzgestützten Informationsangebot des Landtages als verteilt, soweit Mitglieder des Landtages oder die Landesregierung auf die Übermittlung in Papierform verzichtet haben. Stenografische Berichte über nichtöffentliche Sitzungen werden nicht verteilt, sondern in einem eingeschränkt zugänglichen netzgestützten Informationsangebot des Landtages bereitgestellt, sofern der Landtag nichts anderes beschließt.

(2) Stenografische Berichte über öffentliche Sitzungen werden durch die Bereitstellung im allgemein zugänglichen netzgestützten Informationsangebot des Landtages veröffentlicht.

§ 83

Prüfung der Reden

(1) Jeder Redner erhält die Niederschrift seiner Rede vor ihrer Aufnahme in den Stenografischen Bericht zur Durchsicht und Berichtigung. Dem Redner ist eine angemessene Frist zur Rückgabe der Niederschrift zu setzen. Gibt der Redner die Niederschrift nicht fristgemäß zurück, so gilt sie als genehmigt.

(2) Der Redner kann keine Berichtigungen verlangen, die den Sinn der Rede ändern. In Zweifelsfällen entscheidet, wenn sich der Redner und der Stenografische Dienst nicht verständigen, der Präsident.

§ 83a

Vorläufiger Stenografischer Bericht

Vor der Prüfung der Reden und der Genehmigung der Niederschrift durch den Redner wird ein vorläufiger Stenografischer Bericht in einem eingeschränkt zugänglichen netzgestützten Informationsangebot des Landtages veröffentlicht. Der vorläufige Stenografische Bericht ist mit dem Hinweis zu versehen, dass es sich um eine durch die Redner nicht autorisierte Fassung handelt.

§ 83b

Kurzbericht

Neben dem Stenografischen Bericht und dem Vorläufigen Stenografischen Bericht wird über jede Sitzung des Landtages ein vom Präsidenten zu unterzeichnendes Beschlussprotokoll (Kurzbericht) gefertigt. Der Kurzbericht ist an die Mitglieder des Landtages und an die Landesregierung herauszugeben und gilt als genehmigt, wenn nicht innerhalb von sieben Tagen nach Herausgabe schriftlich beim Präsidenten Einspruch erhoben wird. Über den Einspruch entscheidet der Ältestenrat auf der Grundlage einer Beschlussempfehlung des Präsidenten.

II. Sitzungen der Ausschüsse und des Ältestenrates

§ 84

Einberufung, Tagesordnung

(1) Die Ausschüsse werden durch ihre Vorsitzenden oder in deren Auftrag durch die Landtagsverwaltung einberufen. Die Einberufung erfolgt grundsätzlich im Rahmen der vom Ältestenrat festgelegten Terminstruktur. Abweichende Entscheidungen des Ausschusses sowie Vereinbarungen des Vorsitzenden mit den Fraktionen und der Landesregierung sind im Einzelfall zulässig. Die Einladung ist den Ausschussmitgliedern spätestens eine Woche vor der Sitzung zuzuleiten. Die Fraktionen und die Landesregierung können im Einzelfall eine kürzere Frist vereinbaren.

(2) Mit der Einladung ist eine Tagesordnung mitzuteilen. Sie ist durch den Vorsitzenden festzusetzen, es sei denn, dass der Ausschuss vorher darüber beschließt. § 57

gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, beraten werden können, es sei denn, dass eine Fraktion oder ein Viertel der Mitglieder des Ausschusses widerspricht.

(3) Eine Ausschusssitzung ist durch den Vorsitzenden unverzüglich einzuberufen, wenn es ein Drittel der Ausschussmitglieder schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangt, sofern die Beratung des Gegenstandes zulässig ist (§ 14). Einberufungsverlangen können auch durch ein namentlich benanntes stellvertretendes Ausschussmitglied unterstützt werden, sofern durch die benennende Fraktion glaubhaft gemacht wird, dass ein Ausschussmitglied verhindert ist. Mit der Einberufung ist zumindest der Beratungsgegenstand im Sinne von Satz 1 auf die Tagesordnung zu setzen. Im Übrigen gilt § 55 Abs. 4 Satz 3 entsprechend.

(4) Ort, Zeit und Tagesordnung der Ausschusssitzungen sind der Landesregierung mitzuteilen.

(5) Die Präsidentin oder der Präsident oder die Vorsitzende oder der Vorsitzende sind ermächtigt, eine Sitzung, die bereits einberufen worden ist, aus wichtigem Grund im Benehmen mit den Fraktionen aufzuheben. Muss die Sitzung in Ausübung der Polizeigewalt oder des Hausrechts aufgehoben werden, ist dazu auch diejenige oder derjenige berechtigt, die oder der zur Ausübung dieser Rechte ermächtigt ist.

§ 84a Leitung der Sitzung

(1) Der Vorsitzende leitet die Sitzung des Ausschusses. Sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende gleichzeitig verhindert, so übernimmt das am längsten dem Landtag angehörende anwesende Mitglied des Ausschusses, das dazu bereit ist, die Sitzungsleitung.

(2) Der Vorsitzende eröffnet und schließt die Sitzung, ruft die Tagesordnungspunkte auf, erteilt das Wort, stellt die Beschlüsse des Ausschusses fest und führt sie aus.

(3) Der Vorsitzende gewährleistet den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung. Sitzungsteilnehmer, die nicht Mitglieder des Landtages sind, und Zuhörer unterstehen während der Sitzung der Ordnungsgewalt des Vorsitzenden. Ist der ordnungsgemäße Ablauf der Sitzung nicht mehr gewährleistet, so kann der Vorsitzende die

Sitzung für bestimmte Zeit, allerdings nicht länger als 24 Stunden, unterbrechen oder im Einvernehmen mit den Fraktionen beenden.

(4) Zur Klärung von Zweifeln über die Zweckmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit seiner Maßnahmen kann der Vorsitzende die Sitzung für kurze Zeit unterbrechen. Auf Verlangen einer Fraktion oder eines Viertels der Mitglieder des Ausschusses kann der Vorsitzende die Sitzung für bestimmte Zeit, allerdings nicht länger als 24 Stunden, auch unterbrechen, soweit dies aus anderen Gründen für die Arbeit des Ausschusses dienlich ist. Das Verlangen ist zu begründen.

(5) Die Sitzung kann vertagt werden, wenn es der Ausschuss auf Antrag des Vorsitzenden, einer Fraktion oder eines Viertels der Ausschussmitglieder beschließt.

(6) Die Sitzung kann vor Erledigung der Tagesordnung geschlossen werden. Nicht erledigte Tagesordnungspunkte sind bei der Aufstellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses zu berücksichtigen.

§ 85 Öffentlichkeit und Vertraulichkeit

(1) Die Sitzungen der Ausschüsse sind grundsätzlich öffentlich. Die Öffentlichkeit einer Sitzung ist hergestellt, wenn Vertretern der Medien und sonstigen Zuhörern im Rahmen der Raumverhältnisse des Landtagsgebäudes der Zutritt ermöglicht wird. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner dies erfordern. In Petitionsverfahren ist dieses auch der Fall, wenn die Person, welche die Petition eingereicht hat oder für die sie eingereicht wurde, ihr Einverständnis zu einer öffentlichen Behandlung der Petition nicht erteilt hat. Liegt das Einverständnis nicht bis zur Behandlungsreife der Petition vor, ist die Petition in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

(2) Beratungsgegenstand und -ergebnis nichtöffentlicher Sitzungen dürfen der Presse und anderen Außenstehenden mitgeteilt werden, nicht jedoch die Äußerungen einzelner Teilnehmer oder das Abstimmungsverhalten einzelner Mitglieder des Landtages in der Sitzung. § 87 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Die Ausschüsse können in besonderen Fällen Teile ihrer Verhandlungen für vertraulich erklären. Verhandlungen eines Ausschusses über Unterlagen, die er nach

§ 88 Abs. 1 für vertraulich erklärt hat oder die in den Geheimhaltungsgrad VS-vertraulich oder höher eingestuft sind, sind vertraulich.

(4) Mitteilungen über vertrauliche Verhandlungen eines Ausschusses (Absatz 3) dürfen nur Mitgliedern dieses Ausschusses, anderen Personen, die an diesen Verhandlungen teilgenommen haben, den Fraktionsvorsitzenden und dem Präsidenten gemacht werden.

(5) Ein Ausschuss kann im Einzelfall Abweichungen von Absatz 4 beschließen. Soll etwas der Öffentlichkeit, insbesondere der Presse, mitgeteilt werden, so legt der Ausschuss den Wortlaut der Mitteilung fest. Hat der Ausschuss die Verhandlungen auf Verlangen der Landesregierung für vertraulich erklärt, so bedarf der Beschluss nach Satz 1 oder Satz 2 ihres Einvernehmens.

§ 86

Teilnahme von Personen, die dem Ausschuss nicht angehören

(1) Berät ein Ausschuss über Anträge oder Petitionen von Mitgliedern des Landtages, so kann einer der Antragsteller oder der Petent an der Sitzung mit beratender Stimme teilnehmen. Bei Anträgen von Fraktionen kann die Fraktion ein Mitglied des Landtages hierfür bestimmen.

(2) In besonderen Fällen kann ein Ausschuss auch andere Mitglieder des Landtages zu seinen Verhandlungen mit beratender Stimme hinzuziehen.

(3) Der Präsident kann an allen Ausschusssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.

(4) Im Übrigen können Mitglieder des Landtages, die den Ausschüssen nicht angehören, als Zuhörer an den Ausschusssitzungen teilnehmen, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist. Dies gilt nicht für vertrauliche Verhandlungen (§ 85 Abs. 4) sowie für Sitzungen des Ältestenrates; der Ältestenrat kann Ausnahmen zulassen.

(5) Der Ausschuss kann jederzeit die Anwesenheit eines Mitglieds der Landesregierung verlangen.

(6) Zur Unterstützung von Ausschussmitgliedern kann ein Fraktionsmitarbeiter je Fraktion an den Ausschusssitzungen ohne Rederecht teilnehmen. Dies gilt nicht für vertrauliche Verhandlungen.

§ 86a

Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände

Die Ausschüsse hören die Kommunalen Spitzenverbände des Landes rechtzeitig bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften, die die Belange der Gemeinden oder der Landkreise unmittelbar berühren. Diese Anhörung kann in öffentlicher oder in nicht-öffentlicher Sitzung oder im schriftlichen Verfahren erfolgen.

§ 86b

Beteiligung von anderen Interessenvertretern

Die Anhörung von anderen Organisationen, die Interessen gegenüber dem Landtag vertreten, ist nur zulässig, wenn sich diese in die öffentliche Liste der Interessenvertretung (Lobbyregister) eingetragen haben (Anlage).

§ 86c

Abstimmung außerhalb einer Sitzung

Der Ausschuss kann seine Vorsitzende oder seinen Vorsitzenden einstimmig ermächtigen, über bestimmte Fragen in besonderen Eilfällen eine schriftliche Abstimmung durchführen zu lassen. Macht der Ausschuss von dieser Möglichkeit Gebrauch, leitet die Vorsitzende oder der Vorsitzende den Mitgliedern des Ausschusses den Entwurf einer Beschlussempfehlung zu, über die innerhalb einer bestimmten Frist schriftlich abgestimmt werden kann. § 70 Abs. 1 Satz 1 und § 74 Abs. 2 gelten entsprechend.

§ 87

Niederschriften

(1) Über jede Sitzung eines Ausschusses ist eine Niederschrift zu fertigen. Diese muss die in der Sitzung gefassten Beschlüsse enthalten und soll den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen wiedergeben.

(1a) Die Niederschriften werden an die Ausschussmitglieder und die Fraktionen herausgegeben. Sie gelten mit der Bereitstellung in einem eingeschränkt zugänglichen netzgestützten Informationsangebot des Landtages als herausgegeben, soweit die Berechtigten auf die Übermittlung in Papierform verzichtet haben. Die Niederschriften werden der Landesregierung auf elektronischem Weg übermittelt.

(2) In der Sitzung, die auf die Herausgabe der Niederschrift folgt, ist über die Billigung der Niederschrift zu beschließen.

(2a) Niederschriften über öffentliche Sitzungen werden im allgemein zugänglichen netzgestützten Informationsangebot des Landtages veröffentlicht. Der Schutz personenbezogener Daten der Sitzungsteilnehmer, ausgenommen Mitglieder des Landtages und Mitglieder der Landesregierung, ist zu gewährleisten.

(3) Niederschriften über nichtöffentliche Sitzungen und nichtöffentliche Unterlagen, die Gegenstand dieser Sitzungen waren, dürfen der Presse und anderen Außenstehenden nicht zugänglich gemacht werden.

(4) Über vertrauliche Verhandlungen wird die Niederschrift in einem Stück zur Verwahrung durch die Landtagsverwaltung und in einem weiteren Stück für die Landesregierung hergestellt. Der Ausschuss kann beschließen, dass die Niederschrift, abweichend von Absatz 1 Satz 2, nicht den Inhalt der Verhandlungen wiedergibt. Einsicht in Niederschriften über vertrauliche Verhandlungen gewährt die Landtagsverwaltung nur den Ausschussmitgliedern, anderen Mitgliedern des Landtages, die an der Verhandlung teilgenommen haben, und den Fraktionsvorsitzenden.

(5) Die Beschränkung nach Absatz 3 gilt in der laufenden Wahlperiode. Der Präsident kann Ausnahmen von den Absätzen 3 und 4 zulassen. § 88 Abs. 7 gilt entsprechend.

§ 88

Vertrauliche Unterlagen

(1) Die Ausschüsse können in besonderen Fällen Urkunden, Akten und andere Unterlagen, deren Inhalt zu ihrer Kenntnis bestimmt ist, für vertraulich erklären.

(2) Sind Unterlagen für vertraulich erklärt worden, so regelt der Ausschuss ihre Behandlung. Erfolgt keine Regelung, so sind diese Unterlagen durch die Landtagsverwaltung in entsprechender Anwendung der Regelungen für den Umgang mit in den Geheimhaltungsgrad VS-vertraulich eingestuften Unterlagen zu behandeln. Entsprechendes gilt für Niederschriften über Sitzungen oder Teile von Sitzungen, die gemäß § 85 Abs. 3 für vertraulich erklärt worden sind.

(3) Außerhalb der Verhandlungen des Ausschusses dürfen vertrauliche Unterlagen nur von dessen Mitgliedern sowie von dessen ständigen Stellvertretern und nur bei einem vom Präsidenten bestimmten Beamten des Landtages eingesehen werden. Hat ein Ausschuss bereits über vertrauliche Unterlagen verhandelt, so dürfen diese Unterlagen auch von Mitgliedern des Landtages eingesehen werden, die verhinderte Ausschussmitglieder in dieser Sitzung vertreten haben.

(4) Während der Verhandlungen des Ausschusses dürfen vertrauliche Unterlagen nur von dessen Mitgliedern und von Mitgliedern des Landtages eingesehen werden, die verhinderte Mitglieder vertreten.

(5) Der Ausschuss kann auch anderen Personen die Einsichtnahme in vertrauliche Unterlagen gestatten.

(6) § 85 Abs. 4 und 5 gilt entsprechend.

(7) Der Ausschuss kann die Vertraulichkeit von Unterlagen wieder aufheben. Nach Ablauf der Wahlperiode ist dazu der Präsident befugt.

§ 89

Ergänzende Vorschriften

Im Übrigen gelten die Vorschriften für die Sitzungen des Landtages entsprechend auch für die Sitzungen der Ausschüsse.

§ 90**Sitzungen des Ältestenrates**

Für die Sitzungen des Ältestenrates gelten die §§ 84 bis 89 entsprechend.

Vierter Abschnitt**Auslegung und Änderung der Geschäftsordnung; sprachliche Gleichstellung****§ 91****Auslegung der Geschäftsordnung**

(1) Während einer Sitzung des Landtages auftretende Zweifel über die Auslegung dieser Geschäftsordnung entscheidet der Präsident für den Einzelfall.

(2) Im Übrigen obliegt die Auslegung dieser Geschäftsordnung dem Ältestenrat. Der Präsident, ein Ausschuss, eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages können verlangen, dass die Auslegung dem Landtag zur Entscheidung vorgelegt wird.

§ 92**Abweichungen von der Geschäftsordnung**

Der Landtag kann im Einzelfall von Vorschriften dieser Geschäftsordnung abweichen, wenn nicht acht anwesende Mitglieder des Landtages widersprechen.

§ 93**Änderung der Geschäftsordnung**

(1) Für Änderungen dieser Geschäftsordnung gelten die Vorschriften über Gesetzesentwürfe entsprechend.

(2) Der Ältestenrat kann sich auch ohne besondere Überweisung mit Fragen der Geschäftsordnung befassen und dem Landtag in Beschlussempfehlungen Vorschläge zu ihrer Änderung machen. Derartige Vorschläge behandelt der Landtag sogleich in zweiter Beratung.

§ 94
Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Geschäftsordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form, soweit noch nicht eine ausdrückliche Fassung in geschlechtergerechter Sprache erfolgt ist.

Anlage (zu § 86b)

Führung eines Lobbyregisters

§ 1
Öffentliche Liste der Interessenvertretung

Der Präsident führt eine öffentliche Liste, in der alle Organisationen unabhängig von ihrer Rechtsform oder natürliche Personen, die Interessen gegenüber dem Landtag oder der Landesregierung vertreten, auf Antrag eingetragen werden.

§ 2
Erforderliche Angaben

(1) Eine parlamentarische Anhörung der in § 1 genannten Interessenvertreter kann nur stattfinden, wenn sich diese in die Liste eingetragen und dabei folgende Angaben gemacht haben:

1. Name und Sitz,
2. Zusammensetzung von Vorstand und Geschäftsführung,
3. Interessenbereich,
4. Mitgliederzahl,
5. Anzahl der angeschlossenen Organisationen,
6. Namen der Vertreter der Organisation sowie
7. Anschrift der Geschäftsstelle einschließlich Telefon-, Faxnummer sowie E-Mail-Adresse und Internetadresse.

(2) Die Eintragung in die Liste begründet keinen Rechtsanspruch auf Anhörung.

§ 3**Öffentliche Zugänglichkeit der Liste**

Die Liste ist vom Präsidenten auf der Internetseite des Landtages zu veröffentlichen.

ANGRENZENDE BESTIMMUNGEN



Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache 7/6347
15.07.2020

Unterrichtung

Landtag

Neufassung des Beschlusses Drs. 7/11 in der durch Beschluss Drs. 7/6319 geänderten Fassung - Grundsätze des Ausschusses für Petitionen über die Behandlung von Bitten und Beschwerden

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat den in der 1. Sitzung am 12.04.2016 gefassten Beschluss Drs. 7/11 in der 105. Sitzung am 08.07.2020 durch Beschluss Drs. 7/6319 geändert.

Die anliegende geänderte Fassung gebe ich hiemit bekannt.

Gabriele Brakebusch
Präsidentin

Hinweis: Die Drucksache steht vollständig digital im Internet/intranet zur Verfügung. Bei Bedarf kann Einsichtnahme in der Bibliothek des Landtages von Sachsen-Anhalt erfolgen oder die gedruckte Form abgefordert werden.

(Ausgegeben am 16.07.2020)

Neufassung des Beschlusses Drs. 7/11 aufgrund der Änderung durch Beschluss Drs. 7/6319 am 08.07.2020

Grundsätze des Ausschusses für Petitionen über die Behandlung von Bitten und Beschwerden

Aufgrund der Geschäftsordnung des Landtages (Zweiter Abschnitt VII §§ 47 ff. GO.LT) stellt der Landtag für die Behandlung von Bitten und Beschwerden folgende Grundsätze auf:

- 1 Eingaben
 - 1.1 Petitionen
 - 1.1.1 Petitionen sind Eingaben, mit denen Bitten oder Beschwerden in eigener Sache, für andere oder im allgemeinen Interesse vorgetragen werden.
 - 1.1.2 Bitten sind Forderungen und Vorschläge für ein Handeln oder Unterlassen von staatlichen Organen, Behörden oder sonstigen Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Hierzu gehören insbesondere Vorschläge zur Gesetzgebung.
 - 1.1.3 Beschwerden sind Beanstandungen, die sich gegen ein Handeln oder Unterlassen von staatlichen Organen, Behörden oder sonstigen Einrichtungen wenden, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen.
 - 1.2 Mehrfachpetitionen, Sammelpetitionen, Massenpetitionen
 - 1.2.1 Mehrfachpetitionen sind Eingaben mit demselben Anliegen, die individuell abgefasst sind.
 - 1.2.2 Sammelpetitionen sind Unterschriftensammlungen mit demselben Anliegen.
 - 1.2.3 Massenpetitionen sind Eingaben von mindestens 20 Einreichern mit demselben Anliegen, deren Text ganz oder im Wesentlichen übereinstimmt.
 - 1.3 Sonstige Eingaben

Keine Petitionen sind Auskunftersuchen sowie bloße Mitteilungen, Belehrungen, Vorwürfe, Anerkennungen oder sonstige Meinungsäußerungen ohne materielles Verlangen.
- 2 Petenten
 - 2.1 Das Grundrecht auf Petitionen nach der Verfassung (Artikel 17 des Grundgesetzes, Artikel 19 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt) steht jeder

- natürlichen Person und jeder inländischen juristischen Person des Privatrechts zu.
- 2.2 Geschäftsfähigkeit ist zur Ausübung des Petitionsrechts nicht erforderlich, es genügt, dass der Petent in der Lage ist, sein Anliegen verständlich zu äußern. Das Petitionsrecht ist von persönlichen Verhältnissen des Petenten wie Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit unabhängig.
- 2.3 Wird eine Petition für einen anderen eingereicht, ist eine Legitimation zu verlangen. Ist der andere mit der Petition nicht einverstanden, unterbleibt die weitere Behandlung.
- 3 Schriftform
- 3.1 Petitionen sind schriftlich einzureichen. Die Schriftform ist bei Namensunterschrift gewahrt. Bei elektronisch übermittelten Petitionen ist die Schriftlichkeit gewahrt, wenn der Urheber und dessen Postanschrift ersichtlich sind und das im Internet für elektronische Petitionen zur Verfügung gestellte Formular (Web-Formular) verwendet wird (elektronischer Ersatz der Unterschrift). Einreichungen per E-Mail sind zulässig, sofern diese die genannten Anforderungen, z. B. durch eine eingescannte Unterschrift auf dem als Anlage zur E-Mail beigefügten Schriftsatz, erfüllen. Einfache E-Mails genügen diesen Anforderungen nicht.
- 3.2 Ein Recht, Petitionen mündlich vorzubringen oder persönlich zu überreichen, besteht nicht.
- 4 Zuständigkeit des Petitionsausschusses
- 4.1 Der Petitionsausschuss behandelt Petitionen, die den eigenen Zuständigkeitsbereich des Landtages von Sachsen-Anhalt, insbesondere die Landesgesetzgebung betreffen.
- 4.2 Der Petitionsausschuss behandelt Petitionen, die den Zuständigkeitsbereich der Regierung, von Behörden oder sonstigen Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben im Lande Sachsen-Anhalt wahrnehmen, betreffen. Dies gilt unabhängig davon, inwieweit die Behörden und sonstigen Einrichtungen einer Aufsicht der Regierung unterliegen.
- 4.3 Petitionen, die ein Gerichtsverfahren betreffen, behandelt der Ausschuss nur insoweit, als auf Landesebene
- von den zuständigen Stellen ein bestimmtes Verhalten als Verfahrensbeeteiligte in einem Rechtsstreit verlangt wird.
 - eine gesetzliche Regelung gefordert wird, die eine mit den Petitionen angegriffene Rechtsprechung für die Zukunft unmöglich machen würde.

- die zuständigen Stellen aufgefordert werden, ein ihnen günstiges Urteil nicht zu vollstrecken.
- Soweit ein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit verlangt wird, werden sie nicht behandelt.
- 5 Petitionsinformations- und Petitionsüberweisungsrechte
- 5.1 Aus Artikel 17 des Grundgesetzes und Artikel 19 der Landesverfassung folgt ein Informationsrecht sowohl bei Bitten als auch Beschwerden.
- 5.2 In Angelegenheiten der Landesverwaltung richtet sich das Informationsrecht grundsätzlich gegen die Regierung. Soweit eine Aufsicht des Landes nicht besteht, richtet es sich unmittelbar gegen die zuständige Stelle, die öffentliche Aufgaben des Landes wahrnimmt.
- 5.3 Soweit Ersuchen um Unterlagen, Auskunft oder Zutritt zu Einrichtungen unmittelbar an Behörden des Landes, landesunmittelbare Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gerichtet werden, ist das zuständige Mitglied der Regierung zu verständigen (§ 48 Abs. 2 GO.LT). Für die Einsicht in MfS-/AfNS-Akten gibt es eine noch zu erlassende Sonderregelung.
- 5.4 Überweisungsrecht
- 5.4.1 Zur Erledigung einer Petition kann der Petitionsausschuss mittels einer Beschlussempfehlung für den Landtag beantragen, die Petition der Regierung zu überweisen. Des Weiteren ist gemäß § 51 Abs. 2 der GO.LT zu verfahren.
- 5.4.2 Soweit eine Aufsicht der Regierung nicht besteht, richtet sich das Überweisungsrecht unmittelbar an die Einrichtung der Landesverwaltung oder die zuständige Stelle, die öffentliche Aufgaben des Landes wahrnimmt.
- 6 Bearbeitung der Eingaben durch den Ausschussdienst
- 6.1 Eingehende Petitionen
- 6.1.1 Jede Eingabe wird grundsätzlich gesondert erfasst. Dem Petenten ist der Eingang zu bestätigen. Mit der Eingangsbestätigung ist der Petent aufzufordern, mitzuteilen, ob er mit einer öffentlichen Behandlung seiner Petition einverstanden ist. Liegt das Einverständnis bis zur Behandlungsreife der Petition nicht vor, ist die Petition in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Die Behandlungsreife liegt mit Herausgabe der Tagesordnung vor.
- 6.1.2 Bei Mehrfachpetitionen wird eine Petition als Leitpetition geführt.

- 6.1.3 Massenpetitionen werden als eine Petition (Leitpetition) für die Bearbeitung geführt. Die einzelnen Petitionen werden gesammelt und zahlenmäßig erfasst.
- 6.2 Eingaben, die keine Petition sind (s. Nummer 1.3), werden so weit wie möglich durch eine Mitteilung an den Einsender, insbesondere durch einen Rat oder Hinweis, oder durch Weiterleitung erledigt. Im Übrigen werden sie weggelegt.
- 6.3.1 Zur Erledigung durch den Ausschuss bereitet der Ausschussdienst grundsätzlich Petitionen nicht vor,
- deren Inhalt verworren ist,
 - die unleserlich sind,
 - bei denen Anschrift oder Unterschrift des Petenten falsch oder gefälscht sind,
 - bei denen Anschrift oder Unterschrift des Petenten ganz oder teilweise fehlen, oder wenn bei Verwendung des Web-Formulars die Pflichtfelder nicht korrekt ausgefüllt worden sind,
 - mit denen etwas tatsächlich Unmögliches, eine strafbare Handlung, eine Ordnungswidrigkeit oder eine Maßnahme verlangt wird, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt,
 - die beleidigenden, erpresserischen oder nötigenden Inhalt haben.
- 6.3.2 Sofern ein Mangel der Petition (s. Nummer 6.3.1) vom Petenten nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder von Amts wegen behoben wird, legt der Ausschussdienst die Petition im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden weg.
- 6.4 Soweit für die Behandlung der Petitionen der Bundestag, ein anderes Landesparlament oder andere Stellen zuständig sind, werden die Petitionen in der Regel nach Einholung des Einverständnisses des Petenten dorthin abgegeben.
- 6.5 Leitet der Deutsche Bundestag nach abschließender Beratung eine Petition allen Landesvolksvertretungen zu, wird ein Petitionsverfahren geführt, wenn der Petent dies auf Nachfrage ausdrücklich wünscht. Ansonsten wird die Petition in anonymisierter Form an das sachlich zuständige Ministerium zur Kenntnis übersandt.
- 6.6 Ein Anspruch auf eine erneute sachliche Prüfung einer Petition besteht nicht, wenn der Petent sein Anliegen bereits in einer früheren Petition vorgebracht hat, diese beschieden worden ist und keine neuen entscheidungserheblichen Tatsachen oder Beweismittel vorgebracht werden.
- 6.7 Zu den behandelbaren Petitionen holt der Ausschussdienst in der Regel schriftliche Stellungnahmen der Regierung oder anderer zur Auskunft ver-

- pflichteter Stellen ein. Soweit die persönlichen Daten der Petenten zur Erstellung der Stellungnahmen nicht erforderlich sind, sind die Petitionen anonymisiert an die Regierung oder die zur Auskunft verpflichteten Stellen zu übermitteln. Soweit die Stellungnahmen der Regierung nach Auffassung des Ausschussdienstes nicht ausreichend sind, kann er schriftlich ergänzende Stellungnahmen anfordern.
- 6.8 Betrifft eine Petition einen Gegenstand der Beratung in einem Fachausschuss, wird eine schriftliche Stellungnahme des Fachausschusses eingeholt. Liegt diese Stellungnahme des Fachausschusses nach Ablauf einer angemessenen Frist von vier Wochen nicht vor, ist die Petition dem Petitionsausschuss zur Entscheidung über die weitere Verfahrensweise vorzulegen.
- 6.9 Nach Eingang der Stellungnahmen der Regierung gibt der Ausschussdienst deren Inhalt in der Regel den Petenten zur Kenntnis.
- 6.10 Wird dem Anliegen des Petenten entsprochen, erhält er hierüber eine Benachrichtigung. Der Ausschussdienst erstellt ein Verzeichnis der positiv erledigten Petitionen.
- 6.11 Ist der Ausschussdienst der Auffassung, dass die Petition offensichtlich erfolglos bleiben wird, kann er dem Petenten die Gründe mit dem Hinweis mitteilen, dass das Petitionsverfahren abgeschlossen werde, wenn er innerhalb von sechs Wochen keine Einwendungen erhebe. Äußert sich der Petent nicht innerhalb dieser Frist, so nimmt der Ausschussdienst die Petition in ein Verzeichnis von erledigten Petitionen auf.
- 6.12 Der Ausschussdienst erarbeitet Vorschläge zur weiteren Sachaufklärung (Nummer 6.13) oder zur abschließenden Erledigung (Nummer 6.14) und leitet sie den Berichterstattern zu.
- 6.13 Zur weiteren Sachaufklärung kann insbesondere vorgeschlagen werden,
- eine zusätzliche Stellungnahme anderer zuständiger Stellen einzuholen,
 - einen Vertreter der Regierung zur Sitzung zu laden,
 - von den Befugnissen aus Artikel 61 Abs. 2 und 3 der Landesverfassung Gebrauch zu machen.
- 6.14 Die Vorschläge zur abschließenden Erledigung durch den Landtag können insbesondere lauten:
- 6.14.1 Die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen,
- weil das Anliegen des Petenten begründet und Abhilfe notwendig ist.
- 6.14.2 Die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen,

- weil die Eingabe Anlass zu einem Ersuchen an die Regierung gibt, das Anliegen noch einmal zu überprüfen und nach Möglichkeiten der Abhilfe zu suchen.

6.14.3 Die Petition der Regierung als Material zu überweisen,

- um zum Beispiel zu erreichen, dass die Regierung sie in die Vorbereitung von Gesetzentwürfen, Verordnungen oder anderen Initiativen oder Untersuchungen einbezieht.

6.14.4 Die Petition der Regierung zu überweisen,

- um sie auf die Begründung des Beschlusses des Landtages hinzuweisen oder
- um sie auf das Anliegen des Petenten besonders aufmerksam zu machen.

6.14.5 Die Petition den Fraktionen des Landtages und/oder den zuständigen Ausschüssen zur Kenntnis zu geben,

- weil sie zum Beispiel als Anregung für eine parlamentarische Initiative geeignet erscheint,
- um sie auf das Anliegen des Petenten besonders aufmerksam zu machen.

6.14.6 Das Petitionsverfahren abzuschließen,

- weil das Anliegen inhaltlich bereits in der laufenden Wahlperiode behandelt worden ist,
- weil dem Anliegen entsprochen worden ist,
- weil eine Gesetzesänderung oder Gesetzesergänzung nicht in Aussicht gestellt werden kann,
- weil der Bitte oder Beschwerde nicht entsprochen werden kann,
- weil das Verhalten der Verwaltung nicht zu beanstanden ist,
- weil die Eingabe inhaltlich nicht behandelt werden kann.

6.15 Die zu Nummer 6.14 aufgeführten Vorschläge sind hinsichtlich der Art der Erledigung und hinsichtlich der Stelle, an die sich eine Überweisung richten kann, beispielhaft. Sie sind schriftlich zu begründen.

6.16 Tritt der Ausschuss für mehr als sechs Wochen nicht zu einer Sitzung zusammen, informiert der Ausschussdienst die Petenten darüber.

6.17 Mit Herausgabe der Tagesordnung ist den Petenten der voraussichtliche Behandlungstermin ihrer Petition mitzuteilen. Eine gesonderte Einladung zur Sitzung erfolgt nicht. Es besteht keine Teilnahmepflicht der Petenten.

7 Behandlung der Petitionen durch den Petitionsausschuss

7.1 Der Petitionsausschuss behandelt Petitionen in öffentlicher Sitzung, es sei denn die Öffentlichkeit ist auszuschließen, weil

- Rechtsvorschriften die Bekanntgabe von Daten untersagen,
- die Gefahr besteht, dass Umstände aus dem persönlichen Lebensbereich der beschwerdeführenden Person oder Dritter zur Sprache kommen, durch deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzt würden, oder
- die Person, welche die Petition eingereicht hat oder für die sie eingereicht wurde, ihr Einverständnis zu einer öffentlichen Behandlung der Petition nicht erteilt hat.

7.2 Erklärt sich der Petent mit der Behandlung seiner Petition in öffentlicher Sitzung nicht einverstanden, ist ihm auf seinen Wunsch hin die Möglichkeit einzuräumen, an der nichtöffentlichen Behandlung seiner Petition teilzunehmen, soweit Dritte durch seine Teilnahme an der Beratung nicht in ihren Rechten betroffen sind.

7.3 Der Ausschuss kann dem Petenten sowohl bei öffentlicher als auch nichtöffentlicher Behandlung der Petition die Möglichkeit einräumen, sich mündlich zu seinem Anliegen zu äußern.

7.4 Die Öffentlichkeit ist hergestellt, wenn Vertretern der Medien und sonstigen Zuhörern im Rahmen der Raumverhältnisse des Landtagsgebäudes der Zutritt ermöglicht wird.

7.5 Der Ausschuss behandelt die nicht öffentlichen Beratungsgegenstände in einem nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

7.6 Bild- und Tonaufnahmen

7.6.1 Bis zum Beginn des öffentlichen Teils der Sitzungen sind Bild- und Fernsehaufnahmen durch Medienvertreter gestattet. Unterlagen der Abgeordneten, der ständigen Gäste, des Ausschussdienstes oder der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fraktionen dürfen nicht fotografiert oder gefilmt werden.

7.6.2 Während der Sitzungen sind grundsätzlich keine Bild- und Tonaufnahmen zugelassen. Der Ausschuss kann mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder und mit Einverständnis des anwesenden Petenten oder der anzuhörenden Personen im Einzelfall anderweitige Regelungen treffen.

- 7.7 Berichterstatter
- 7.7.1 Der Petitionsausschuss bestimmt zu jedem zu behandelnden Sachgebiet zwei verschiedenen Fraktionen angehörende Ausschussmitglieder als Berichterstatter. Jede andere Fraktion entscheidet, ob sie zu allen Sitzungen die vollständigen Petitionsunterlagen erhält. Die vorstehenden Festlegungen sind zu Beginn der Wahlperiode zu treffen. Unabhängig davon kann jede Fraktion im Ausschuss ohne eigenen Berichterstatter einen solchen zusätzlich verlangen. Die Berichterstatter legen dem Ausschuss Anträge zur Behandlung der Petitionen vor. Anträgen eines Berichterstatters zur weiteren Sachaufklärung soll der Ausschuss in der Regel stattgeben.
- 7.7.2 Bei Massen- und Mehrfachpetitionen gelten die Anträge der Berichterstatter zur Leitpetition auch für die dazu vorliegenden übrigen Petitionen.
- 7.8 In der Ausschusssitzung werden Petitionen einzeln aufgerufen, mit Ausnahme der Petitionen, die sich erledigt haben,
- aus Gründen der Nummern 6.10 und 6.11,
 - weil sie zurückgenommen wurden,
 - weil die Petenten auf Rückfragen des Ausschusses nicht reagiert haben.
- Über die erledigten Petitionen berichtet der Vorsitzende im Ausschuss, soweit der Ausschuss einen Einzelbericht wünscht.
- 7.9 Umgang mit neuen Mehrfach- und Massenpetitionen nach abschließender Behandlung der Leitpetition
- 7.9.1 Gehen nach dem Ausschussbeschluss über eine Leitpetition von Mehrfachpetitionen weitere Mehrfachpetitionen mit demselben Anliegen ein, werden sie in einer Aufstellung zusammengefasst und im Ausschuss mit dem Antrag zur Leitpetition zur Sammelabstimmung gestellt.
- 7.9.2 Nach dem Ausschussbeschluss über eine Massenpetition (s. Nummer 1.2.3) eingehende weitere Eingaben mit demselben Anliegen werden nur noch gesammelt und zahlenmäßig erfasst. Dem Ausschuss wird vierteljährlich darüber berichtet.
- 7.9.3 Das Verfahren nach den Nummern 7.9.1 und 7.9.2 ist nur während der Wahlperiode anwendbar, in der der Beschluss zur Leitpetition gefasst wurde. Ändert sich während der Wahlperiode die Sach- und Rechtslage oder die Auffassung des Ausschusses, die der Beschlussfassung zum Gegenstand der Leitpetition zugrunde lag, ist das Verfahren nicht mehr anwendbar.
- 7.10 Dem Ausschuss werden zur Bestätigung vorgelegt
- die Verzeichnisse über erledigte Petitionen

- das Protokoll über jede Ausschusssitzung in der auf die Protokollverteilung folgenden Sitzung.
- 7.11 Beschlussempfehlung an den Landtag
- 7.11.1 Der Petitionsausschuss berichtet dem Landtag halbjährlich über die von ihm behandelten Petitionen mit einer Beschlussempfehlung in Form von Sammelübersichten (§ 50 GO.LT).
- 7.11.2 Wird von einer Fraktion eine Aussprache über eine Beschlussempfehlung oder ein Änderungsantrag zu einer Beschlussempfehlung angekündigt, wird die Beschlussempfehlung gesondert ausgedruckt.
- 8 Ausführung der Beschlüsse
- 8.1 Benachrichtigung der Petenten
- 8.1.1 Fasst der Landtag Beschlüsse, die den Vorschlägen der Nummern 6.14.1 bis 6.14.4 entsprechen, teilt der Vorsitzende dem Petenten die Art der Erledigung seiner Petition mit. Die Mitteilung soll einen Hinweis auf die Landtagsdrucksache und - wenn über die Beschlussempfehlung eine Aussprache stattgefunden hat - auch einen Hinweis auf die Aussprache und das Plenarprotokoll enthalten. Die Begründung zur Beschlussempfehlung ist beizufügen.
- 8.1.2 Fasst der Ausschuss nach seiner abschließenden Beratung den Beschluss, dem Landtag zu empfehlen, die Petition für erledigt zu erklären, so wird der Petent bereits vor der Beschlussfassung durch den Landtag über die Beschlussempfehlung mit Begründung unterrichtet. Stimmt der Landtag der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses zu, erfolgt keine weitere Benachrichtigung des Petenten; es sei denn, der Petent wünscht eine Benachrichtigung. In diesem Fall ist entsprechend nach Nummer 8.1.1 zu verfahren. Unter Beachtung datenschutzrechtlicher Regelungen erhält das für die Petitionsangelegenheit zuständige Ministerium eine Kopie der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses.
- 8.1.3 Benachrichtigung bei einer Vielzahl von Petenten mit gleichem Anliegen
- 8.1.3.1 Bei Petitionen, die von einer nichtrechtsfähigen Personengemeinschaft (Bürgerinitiative etc.) unter einem Gesamtnamen oder einer Kollektivbezeichnung eingebracht werden, wird über die Art der Erledigung nur informiert, wer als Kontaktperson anzusehen ist.
- 8.1.3.2 Das Gleiche gilt bei Sammelpetitionen und Massenpetitionen.
- 8.1.3.3 Haben die Petenten keine gemeinsame Kontaktadresse, kann die Einzelbenachrichtigung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Die Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite des Landtages erfolgen. Hierüber sowie über die Art und Weise der öffentlichen Bekanntmachung entscheidet der Ausschuss.

- 8.1.4 Der Ausschuss kann bei den Nummern 8.1.3.1 und 8.1.3.2 zusätzlich eine öffentliche Bekanntmachung beschließen. Nummer 8.1.3.3 Sätze 2 und 3 gilt entsprechend.
- 8.2 Unterrichtung der Regierung und anderer Stellen
- 8.2.1 Beschlüsse des Landtages, eine Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, teilt der Landtagspräsident dem Ministerpräsidenten mit. Beschlüsse des Landtages, eine Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen, teilt der Vorsitzende dem zuständigen Minister mit.
- 8.2.2 Der Regierung wird zur Beantwortung eine Frist von in der Regel zwei Monaten gesetzt.
- 8.2.3 Richtet sich ein Berücksichtigungs- oder Erwägungsbeschluss an eine andere Stelle als die Regierung (s. Nummer 5.4.1), gelten die Nummern 8.2.1 und 8.2.2 entsprechend.
- 8.2.4 Beschlüsse des Landtages, eine Petition der Regierung als Material zu überweisen, teilt der Vorsitzende dem zuständigen Minister mit. Dieser soll dem Petitionsausschuss über die weitere Sachbehandlung spätestens nach einem halben Jahr berichten.
- 8.2.5 Alle anderen Beschlüsse übermittelt der Vorsitzende an die zuständigen Stellen.
- 8.3 Der Ausschussdienst gibt die Antwort der Regierung oder einer anderen Stelle (s. Nummern 5.4.1, 5.4.2) den Ausschussmitgliedern durch eine Ausschussdrucksache zur Kenntnis.
- 9 Tätigkeitsbericht
- Der Petitionsausschuss erstattet dem Landtag jährlich einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit.
- 10 Sprachliche Gleichstellung
- Personen- und Funktionsbezeichnungen in diesen Grundsätzen gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

**Unterrichtung**

Landtag

Magdeburg, 25. Januar 2019

Redezeitstruktur

Der Ältestenrat hat in seiner 33. Sitzung am 24. Januar 2019 folgende Redezeitstruktur für die siebente Wahlperiode beschlossen:

Redezeitabelle

Fraktion	Redezeitstruktur (Angaben in Minuten)									
	A	B	C	D	E	F	G	H	I	K
CDU	3	5	10	12	24	32	49	65	81	97
AfD	3	5	10	8	16	22	33	44	55	66
DIE LINKE	3	5	10	6	13	17	25	33	42	50
SPD	3	5	10	5	9	12	17	23	28	34
GRÜNE	3	5	10	2	4	5	8	10	13	16
Landesregierung ¹	3	5	10	12	24	32	48	65	81	97
Gesamtdebattdauer	18	30	60	45	90	120	180	240	300	360

Gabriele Brakebusch
Präsidentin

¹ Die Redezeiten der Landesregierung stellen eine Orientierung dar.

(Ausgegeben am 25.01.2019)

Landtag von Sachsen-Anhalt
Petitionsausschuss
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

oder per FAX an 0391 / 560 1243

**Einverständniserklärung zur öffentlichen Behandlung der Petition
Akte(Aktenzeichen) – Akte(Betreff)**

des/der Dokument(Adresse)

Hinweise:

Sitzungen des Ausschusses für Petitionen sind grundsätzlich öffentlich. Damit können Presse und interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Sie selbst an der Beratung zu Ihrer Petition teilnehmen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist es jedoch erforderlich, dass Sie Ihr Einverständnis zu einer öffentlichen Behandlung Ihrer Petition erteilen. Dieses können Sie jederzeit widerrufen. Wenn Sie diese Erklärung nicht an den Petitionsausschuss zurücksenden, wird davon ausgegangen, dass Sie nicht an der Sitzung teilnehmen möchten und Ihre Petition wird in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Wenn Sie an der Sitzung teilnehmen, kann Ihnen der Ausschuss Fragen stellen und Ihnen auch die Möglichkeit geben, sich kurz ergänzend zu Ihrem Anliegen zu äußern. Dies erfolgt jedoch nicht zwingend.

Möchten Sie sich umfangreich zu Ihrer Petition äußern, haben Sie die Möglichkeit eine Anhörung zu beantragen. Über dieses Begehren muss der Petitionsausschuss eine Entscheidung treffen.

Nachfolgend bitte das Zutreffende ankreuzen:

Ich bin mit der **öffentlichen Behandlung** meiner Petition ☐ **einverstanden**.

Ich bin mit der **öffentlichen Behandlung** meiner Petition ☐ **nicht einverstanden**.

Ich möchte an der **Behandlung** meiner Petition ☐ **teilnehmen**.*

☐ **nicht teilnehmen**.*

Ort, Datum
(Einzelfelder)(Name)

Adresse (Einzelfelder)(Vorname) Adresse

Unterschrift

* Wenn Sie hinsichtlich Ihrer Teilnahme keine Angaben machen (kein Kreuz setzen), wird davon ausgegangen, dass Sie nicht an der Sitzung teilnehmen möchten und Sie erhalten keine Information über den Behandlungstermin.

Landtag von Sachsen-Anhalt
Petitionsausschuss
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

oder per FAX an 0391 / 560 1243

**Einverständniserklärung zur öffentlichen Behandlung der Petition
Akte(Aktenzeichen) – Akte(Betreff)**

des/der >>NAME, VORNAME<<
>>STRASSE HAUSNUMMER<<
>>PLZ WOHNORT<<

über Vertreter/in Dokument(Adresse)

Hinweis:

Sitzungen des Ausschusses für Petitionen sind grundsätzlich öffentlich. Damit können Presse und Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Ihr Vertreter sowie Sie selbst an der Beratung zu der Sie betreffenden Petition teilnehmen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist es jedoch erforderlich, dass Sie Ihr Einverständnis zu einer öffentlichen Behandlung Ihrer Petition erteilen. Dieses können Sie jederzeit widerrufen. Wenn Sie diese Erklärung nicht an den Petitionsausschuss zurücksenden, wird davon ausgegangen, dass Sie und/oder Ihr Vertreter nicht an der Sitzung teilnehmen möchten und Ihre Petition wird in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Wenn Sie und/oder Ihr Vertreter an der Sitzung teilnehmen, kann Ihnen der Ausschuss Fragen stellen und Ihnen auch die Möglichkeit geben, sich kurz ergänzend zu Ihrem Anliegen zu äußern. Dies erfolgt jedoch nicht zwingend.

Möchten Sie oder Ihr Vertreter sich umfangreich zu Ihrer Petition äußern, haben Sie die Möglichkeit eine Anhörung zu beantragen. Über dieses Begehren muss der Petitionsausschuss eine Entscheidung treffen.

Nachfolgend bitte das Zutreffende ankreuzen:

Ich bin mit der **öffentlichen Behandlung** der Petition ☐ **einverstanden.**

Ich bin mit der **öffentlichen Behandlung** der Petition ☐ **nicht einverstanden.**

Ich möchte an der **Behandlung** meiner Petition ☐ **teilnehmen.**
☐ **nicht teilnehmen.**

* Wenn Sie hinsichtlich Ihrer Teilnahme oder der Teilnahme Ihres Vertreters (Seite 2) keine Angaben machen (kein Kreuz setzen), wird davon ausgegangen, dass Sie und/oder Ihr Vertreter nicht an der Sitzung teilnehmen möchten und Sie erhalten keine Information über den Behandlungstermin.

Mein **Vertreter** nimmt an der **Behandlung** der Petition ☐ **teil.**^{*}

☐ **nicht teil.**^{*}

Ort, Datum

VORNAME NAME

Unterschrift der vertretenen Person

^{*} Wenn Sie hinsichtlich Ihrer Teilnahme oder der Teilnahme Ihres Vertreters keine Angaben machen (kein Kreuz setzen), wird davon ausgegangen, dass Sie und/oder Ihr Vertreter nicht an der Sitzung teilnehmen möchten und Sie erhalten keine Information über den Behandlungstermin.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Mehr Demokratie e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Trommsdorffstr. 8</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>5</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Mehr Demokratie e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Trommsdorffstr. 8	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	5	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		Mehr Demokratie e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Trommsdorffstr. 8									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	5									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgerbeteiligung, Bürgerrechte	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Novellierung wird begrüßt Einige Verbesserungen vorgebracht Reform bedarf für Bürgeranträge besteht	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
11.4.2021 Bissau	



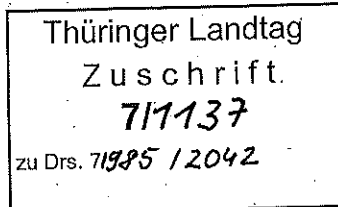
**MEHR
DEMOKRATIE**

THÜR. LANDTAG POST
12.04.2021 07:06

8957/2021

An den
Thüringer Landtag
- Petitionsausschuss -
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Mehr Demokratie in Thüringen



www.thueringen.mehr-demokratie.de

11.4.2021

Den Mitgliedern des

PetA

Anhörung zum

**Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DS
7/2042) und Gesetzentwurf der FDP (DS 7/985)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Petitionsausschuss des Thüringer Landtages hat mich mit Schreiben vom 1. März 2021 als Vertreter von Mehr Demokratie e.V. zur schriftlichen Anhörung zu oben aufgeführten Gesetz-entwürfen eingeladen. Dafür danken wir und nehmen wie folgt Stellung:

Das Vorhaben, das Petitionsrecht in Thüringen nachzubessern und auszubauen, wird begrüßt.

A. Stellungnahme zu den vorliegenden Gesetzentwürfen¹

1. Frist für Stellungnahme der Landesregierung: 6. – § 10 Abs. 3

Die Verkürzung der Frist von 8 auf 6 Wochen wird begrüßt.

2. Anonymisierte Mitzeichnung von Öffentlichen Petitionen: 7. c) – § 14 Abs. 6

Die Pflicht aufzuheben, dass Mitzeichnende ihren Namen und Wohnort veröffentlichen müssen, wird begrüßt; wir teilen die Einschätzung und Begründung für den Vorstoß. Die vorgeschlagene Lösung einer wahlweise anonymisierten Mitzeichnung, wobei Name und

¹ Die Anmerkungen beziehen sich auf DS 7/2042.

Wohnort bei der Landtagsverwaltung hinterlegt werden, scheint schlüssig. Hier ist der DS 7/2042 zu folgen; DS 7/985 bleibt mit der alleinigen Wahlmöglichkeit dahinter zurück.

3. Diskussionsforum: 7. d) – § 14 Abs. 7

Die hier vorgeschlagene Möglichkeit, Petitionen auf der Petitionsplattform diskutieren zu können, wurde von uns bereits bei der Einführung Öffentlicher Petitionen 2012 vorgeschlagen, ist überfällig und wird ausdrücklich begrüßt. Mitzeichnende können über Diskussionsbeiträge ins Gespräch kommen, die Beiträge könnten eine Entscheidungshilfe sein, eine Petition mit zu unterzeichnen oder es eben nicht zu tun, und auch der Ausschuss könnte so Anregungen für die Bearbeitung der Petition erhalten. Vorbild ist der Bundestag; hier wird das Diskussionsforum rege genutzt und auch ausgewertet.

Die Zivilgesellschaft ist auf solche Diskursimpulse und -räume angewiesen, um ihre Diskursfähigkeit (neu) einzuüben. Das Forum sollte verhalten moderiert werden, um mindestens die Einhaltung der Netiquette sicherzustellen.

Zu überlegen wäre, wie Möglichkeiten geschaffen werden könnten, die Diskussionen über das Portal hinaus in den Social Media zu führen. Gegebenenfalls ist dies auch ein Punkt der mit dem Vorschlag 7. e) – § 14 Abs. 10 – korrespondiert, wonach immer wieder auf neueste Entwicklungen und Möglichkeiten abzustellen ist.

4. Öffentliche Ausschusssitzungen: 8. – § 15 Abs. 1

Die Sitzungen des Petitionsausschusses als grundsätzlich öffentlich vorzusehen, sofern der Petent zustimmt, wird begrüßt. Dies ist schon deshalb zwingend notwendig, weil dem Ausschuss nach Artikel 65 Abs. 1 Satz 1 ThürVerf die Entscheidung, „über die an den Landtag gerichteten Eingaben obliegt“. Da die Beratung von Petitionen mit Beschlüssen des Petitionsausschusses faktisch beendet werden kann, ohne dass das Plenum vor den Ausschussberatungen oder nachträglich damit befasst wird, ist das Verfassungsgebot der Öffentlichkeit parlamentarischer Beratungen hier nur mit öffentlichen Ausschusssitzungen zu wahren.

5. Sammellisten für Öffentliche Petitionen: 9. – § 16 Abs. 1

Neben der Online-Unterzeichnung von Öffentlichen Petitionen auch die Offline-Unterzeichnung auf Listen zu ermöglichen, ist eine sinnvolle Ergänzung und wird begrüßt. Auch der Bundestag ermöglicht dies, auch wenn die dortigen Regularien es offiziell (noch) nicht vorsehen.

Allerdings sollte nicht verlangt werden, dass die Sammellisten „spätestens nach Ende der Mitzeichnungsfrist im Landtag eingegangen sein“ müssen. Damit tatsächlich die gesamte Sammlungsfrist von 6 Wochen auch für die Offline-Sammlung genutzt werden kann, sollte der Postweg mit bedacht werden. Dies könnte wie folgt geregelt werden: „Die Sammellisten müssen spätestens nach drei Werktagen nach Ende der Mitzeichnungsfrist im Landtag eingegangen sein.“ Auch bei der Unterschriftensammlung zu Volksbegehren ist eine Abgabe nach Ablauf der Sammlungsfrist vorgesehen und üblich.

In dem der Einladung zur Anhörung angehängten Fragenkatalog ist angedeutet, ob und wie eine Zusammenarbeit mit privaten Petitionsplattformen gestaltet werden sollte. Angesichts des moderaten Quorums von 1.500 Unterschriften für Öffentliche Petitionen, mit denen eine Anhörung ermöglicht werden kann, ist eine Zusammenarbeit mit privaten Petitionsplattformen nicht zwingend notwendig bzw. könnte dies sogar dazu führen, das Quorum perspektivisch erhöhen zu müssen, da es über die privaten Plattformen, die mitunter über Hunderttausende E-Mail-Adressen verfügen, die beworben werden können, leichter zu erreichen ist.

Ein Grund für Initiativen, für die Unterschriftensammlung zu Öffentlichen Petitionen auf private Plattformen auszuweichen, ist, dass die Adressen der Mitzeichnerinnen und Mitzeichner erfasst und weiter genutzt werden können, vorausgesetzt diese sind damit einverstanden. Dies ist einer der wesentlichen Mechanismen, über die sich zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen erhalten, erweitern und vernetzen. Dies sollte unterstützt werden, und zwar indem die vorgesehenen „auf der Internetseite des Landtags zur Verfügung gestellten Formulare“ bei jedem Unterzeichnungs-Feld die Möglichkeit bieten, ankreuzen zu können, dass Mitzeichnerinnen und Mitzeichner von der Initiative weiter informiert werden wollen. Nur dann hätte die Initiative die Möglichkeit, die Adressen gesondert zu erfassen, um weiter mit ihnen zu arbeiten.

B. Weitere Aspekte, auf die der Gesetzentwurf nicht eingeht

1. Anhörung: § 16 ThürPetG

Die Anhörung der Vertrauensperson wird lediglich mit einer Soll-Vorschrift angeboten, wenn das Quorum von 1.500 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern erreicht wurde. Zudem kann mit einfacher Mehrheit der Ausschussmitglieder davon Abstand genommen werden. Petitionen können nach § 1 Abs. 3 ThürPetG das Handeln von staatlichen Organen und Behörden beanstanden, also eine Überprüfung von Regierungshandeln verlangen. Überlegenswert scheint, das hier eröffnete Anhörungsrecht nicht allein mit der Mehrheit der Ausschussmitglieder (aus den regierungstragenden Fraktionen) verweigern zu können, sondern dafür eine qualifizierte Mehrheit vorzusehen. Leider gibt der Arbeitsbericht des Petitionsausschusses 2019 zwar Auskunft darüber, für wie viele Petitionen die Veröffentlichung beantragt worden

ist und wie viele das Quorum für die Anhörung erreicht haben, nicht aber, zu wie vielen Anhörungen es daraufhin gekommen ist.² Sinnvoll erscheint, dies zukünftig mit anzugeben, um die Praxis überprüfen zu können.

2. Verhältnis Öffentliche Petition und Bürgerantrag: § 16 ThürPetG vs Art. 68 ThürVerf

Mit 1.500 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern *kann* eine Initiative die Anhörung vor dem Petitionsausschuss erreichen. Für einen erfolgreichen Bürgerantrag, mit dem sich der Landtag befassen *muss*, werden nach Art. 68 Abs. 3 ThürVerf insgesamt 50.000 Unterschriften verlangt; eine Online-Unterzeichnung ist nicht vorgesehen. Dieser „Abstand“ zwischen den Quoren ist nicht vermittelbar. Der Arbeitsbericht des Petitionsausschusses 2019 markiert angesichts der 32 Öffentlichen Petitionen, die das Quorum von 1.500 Unterschriften erreicht haben als „erfreulich, dass die Petitionsplattform mit der Möglichkeit zur Veröffentlichung und Mitzeichnung von Petitionen von den Bürgerinnen und Bürgern so gut angenommen wird“³. Demgegenüber hat es seit Einführung der Thüringer Verfassung noch nie einen an den Landtag gerichteten Bürgerantrag gegeben. Der Landtag vernachlässigt hier seine Aufgabe, Bürgerrechte anzubieten, die von den Bürgern auch genutzt werden können. Ein Quorum von 5.000 Unterschriften wäre – auch vor dem Hintergrund des Quorums von 1.500 Unterschriften für Öffentliche Petitionen – angemessen.

² S. 27.

³ Ebenda.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, Drs. 7/985											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Unter den Linden 11</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">10117 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Unter den Linden 11	Postleitzahl, Ort	10117 Berlin
	Name	Organisationsform									
	Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Unter den Linden 11									
Postleitzahl, Ort	10117 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>PD DR. SÜEN SIEFKE</td> <td>MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>POSTFACH</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>06108 HALLE</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	PD DR. SÜEN SIEFKE	MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	POSTFACH	Postleitzahl, Ort	06108 HALLE
Name	Organisationsform										
PD DR. SÜEN SIEFKE	MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	POSTFACH										
Postleitzahl, Ort	06108 HALLE										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	SIEFFKEN	SÜEN
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	POLITIKWISSENSCHAFTLER FORSCHUNG & LEHRE	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	GRUNDSÄTZLICHE ZUSCHIMMUNG ZU VOR- GESEHENEN VERÄNDERUNGEN IN BEZUG AUF MITZEICHNUNG + ÖFFENTLICHKEIT DER SITZUNGEN; SKEPSIS BEZÜGLICH DISKUSSIONS- PLATTFORM; EMPFEHLUNG ZU ERWEITERTER DOKUMENTATION UND EVALUATION.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiliguentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mannheim, 6.4.2021	



Martin-Luther-Universität Halle - Wittenberg, D-06099 Halle (Saale)

Thüringer Landtag
Petitionsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Halle, den 8.4.2021

Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung zur Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen (Drucksache 7/985 und Drucksache 7/2042) danke ich Ihnen sehr herzlich.

Im Folgenden übersende ich Ihnen meine Einschätzungen und die Antworten auf die gestellten Fragen. Bei Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sven T. Siefken

Postanschrift:
06099 Halle (Saale)
Hausanschrift:
Emil-Abderhalden-Straße 26-27
06108 Halle (Saale)

Tel: (03 45) 55-2 42 22
(03 45) 55-2 42 21 (Schr.)
Fax : (03 45) 55-2 71 45

Internet:
www.regierungslehre.politik.uni-halle.de

Vorbemerkung

Das Petitionswesen hat eine lange Tradition, die auf vordemokratische und vorparlamentarische Zeiten zurückgeht¹. Heute sind diese Verfahren in sehr unterschiedlichen Formen in vielen Parlamenten auf der ganzen Welt etabliert.

Petitionsverfahren sind im Kontext unterschiedlicher Parlamentsfunktionen von Bedeutung und dementsprechend zu bewerten:

- Petitionen können ein wichtiger Impuls für sich anschließende Gesetzgebungsprozesse sein. Dabei können Sie eine bedeutsame Innovationsfunktion wahrnehmen.
- Petitionen können im Rahmen der Kontrollfunktion der Parlamente Informationen über Umsetzungsmängel durch die öffentliche Verwaltung liefern.
- Petitionen sind ein bedeutsames Instrument der Kommunikation, indem sie einen strukturierten Weg der Aufnahme von Meinungen, Stimmungen und Wünschen aus der Bevölkerung schaffen.
- Damit können sie im Ergebnis auch zu einer verbesserten Repräsentation führen, und zwar sowohl in Bezug auf politische Inhalte wie auf das Vertretenheitsgefühl in der Demokratie.

Für all diese Verfahren ist es wichtig zu sehen, dass Petitionen jeweils lediglich einen Startpunkt im entsprechenden politischen Prozess darstellen. Insofern ist es für eine gesamthafte Betrachtung erforderlich, stets auch die weitere Behandlung der jeweiligen Themen mit in den Blick zu nehmen. Dies wird in der Praxis bislang häufig vernachlässigt, indem die Petitionsverfahren mit Abschluss der Behandlung durch den Petitionsausschuss als „beendet“ angesehen werden. Auch im vorliegenden Gesetzentwurf Drs. 7/2042 ist der Bereich der Eingabe und Behandlung von Petitionen recht detailliert geregelt, die sich daran im Falle einer erfolgreichen Petition anschließenden Schritte hingegen bleiben unterbelichtet.

Damit verbunden ist weiterhin ein grundsätzliches Dilemma für veränderte und intensivierte Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie kann bei den sich daran Beteiligten leicht falsche Erwartungen wecken – und infolge dessen sogar gegenläufige Wirkungen entfalten, wenn sie zu Enttäuschungen führt. Eine weitere Gefahr entsprechender Verfahren liegt darin, dass sie gezielt von speziellen Interessengruppen und gesellschaftlichen Bewegungen instrumentalisiert werden können. Schließlich können die Verfahren auch durch die Entstehung und Begünstigung von parallelen Öffentlichkeiten zu Fehlwahrnehmungen bei politischen Entscheidungsträgern beitragen.

Aus diesen Gründen ist es stets erforderlich, dass Petitionen durch klare Kommunikation über die entsprechenden Prozesse und das jeweilige Verfahren und seine Ergebnisse begleitet werden. Auf diesem Wege kann über die Prozessdarstellung von Anfang an darauf hingewirkt werden, dass die Erwartungen der Beteiligten realistisch bleiben und Enttäuschungen vermieden werden. Wichtig ist es auch, die parlamentarische Behandlung der entsprechenden Petition transparent zu machen. Insofern ist es sinnvoll, für den Petitionsausschuss grundsätzlich Öffentlichkeit der Beratung vorzusehen.

¹ Vgl. Sven T. Siefken, *Parlamentarische Kontrolle im Wandel. Theorie und Praxis des Deutschen Bundestages*, Baden-Baden 2018, S. 198 ff.

Der materielle Erfolg einer Petition ist nicht im Petitionsausschuss festzustellen, sondern in aller Regel in einem nachgelagerten parlamentarischen Prozess im entsprechenden Fachausschuss. Hierauf sollte in den entsprechenden Berichten des Petitionsausschusses näher eingegangen werden. Denkbar ist auch eine Verknüpfung der Verfahren im Parlamentsinformationssystem.

Bislang nur wenig betrachtet wird die kommunikative Komponente der Petitionsverfahren. Es empfiehlt sich, eine strukturierte und regelmäßige Befragung von Petenten und Mitzeichnenden durchzuführen, um auch Effekte jenseits der unmittelbaren inhaltlichen Vorstellungen aus der jeweiligen Petition erheben zu können. So sind Petitionsverfahren grundsätzlich geeignet, das Vertrauen in Parlamente, politische Institutionen und die Demokratie insgesamt zu steigern. Doch wie genau diese Effekte aussehen, wovon sie abhängen und ob sie entsprechend wirken, ist bislang selten klar. In Großbritannien, wo das strukturierte parlamentarische Petitionsverfahren erst vor wenigen Jahren eingeführt wurde, sind mit solchen Herangehensweisen gute Erfahrungen gemacht worden.

Ebenfalls verweise ich an dieser Stelle bereits auf die anstehenden Ausführungen im gegenwärtig von der Inter-Parlamentarischen Union und dem United Nations Development Program erstellten „Third Global Parliamentary Report“, den ich in dessen Beirat als wissenschaftlicher Sachverständiger begleite. Der Bericht wird voraussichtlich im Oktober 2021 vorgelegt und auch zum Thema der Petitionsverfahren Aussagen enthalten.

Grundsätzlich ist es erforderlich, nicht nur das Petitionsverfahren selbst klarer zu strukturieren, sondern die entsprechenden Vorgänge durch umfassende Kommunikationsprozesse zu begleiten. So können Wirkungen in allen relevanten Dimensionen der Parlamentsfunktionen – Gesetzgebung, Kontrolle, Kommunikation und Repräsentation – aufgenommen werden und entsprechende Lernprozesse auch zur Verbesserung der Petitionsverfahren in Gang gesetzt werden. Die begleitende Evaluation ist ein wichtiges Instrument, das nicht zu eng angelegt werden sollte.

Gesamteinschätzung zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, Drs. 7/985

Der Gesetzentwurf beschränkt sich darauf, durch eine Anpassung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen festzulegen, das Mitzeichnende das Wahlrecht haben, ob ihr Name und ihr Wohnort bei einer Veröffentlichung der Petition ebenfalls veröffentlicht werden sollen. Dies ist sinnvoll und verbessert die aktuelle Rechtslage, denn die Veröffentlichungspflicht ist in der Tat geeignet, abschreckende Wirkung zu entfalten.

Vor dem Hintergrund der eingangs formulierten Ausführungen zum parlamentarischen Petitionswesen ist es aber empfehlenswert, weitergehende Veränderungen vorzunehmen, wie sie im zweiten Gesetzentwurf (Drs. 7/2042) enthalten sind.

Gesamteinschätzung zum Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, Drs. 7/2042

Der Gesetzentwurf nimmt sinnvolle Verbesserungen an der Rechtslage vor, die grundsätzlich zu begrüßen sind. Diese betreffen insbesondere die derzeit vorhandenen technischen Hürden, die gegenwärtige Veröffentlichung von Namen und Anschriften der Mitzeichnenden sowie die

Öffentlichkeit der Sitzungen des Petitionsausschusses. Ebenfalls ist es sinnvoll, die angelegte Evaluierung und Spezifizierung des regelmäßigen Berichtes des Ausschusses vorzugeben.

Die Einbindung von diskursiven Elementen über die Beteiligungsplattform ist hingegen mit Nachteilen und Gefahren verbunden. Sie können zu gezielter Manipulation genutzt werden, aber auch zu Fehlwahrnehmungen öffentlicher Meinung führen. Bisherige Erfahrungen in Parlamenten (etwa im Bundestag²) und Parteien zeigen überdies, dass solche Instrumente insgesamt nur von sehr wenigen Teilnehmenden tatsächlich genutzt werden.

Im einzelnen klärungsbedürftig sind nach meiner Einschätzung folgende Regelungen:

- §3 Abs. 2, der in der jetzigen Formulierung nach einem Beamtenprivileg aussieht und ihnen weitergehende Rechte zuzuschreiben scheint als „jedermann“ gemäß Abs. 1. Dies ist wohl nicht die Intention der Regelung, aber die Notwendigkeit von Abs. 2 sollte geprüft werden und ggf. klarer gefasst werden.
- §15 Abs. 1 sollte ebenfalls überdacht werden:
 - Satz 2: Das Einverständnis des Petenten zur öffentlichen Beratung ist als Voraussetzung für eine öffentliche Beratung anzusehen, wie in der Erläuterung ausgeführt wird. Unklar im Gesetzestext bleibt derzeit, welches Verfahren gewählt wird, wenn dieses Einverständnis nicht gegeben ist.
 - Satz 3: die Kann-Regelung verwirrt, denn sie besagt ja nur, dass die genannten Berichte öffentlich behandelt werden *können*; dies ist aber bereits durch den Satz 1 abgedeckt. Insofern ist dieser Satz 3 entbehrlich, oder er sollte klarer gefasst werden.

Zu weiteren Details nehme ich unten bei der Beantwortung der Einzelfragen Stellung.

Antworten auf Einzelfragen

1. Wie bewerten Sie den derzeitigen Gesetzestext des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen, § 14 a Abs. 6 „Bei einer Veröffentlichung werden zusammen mit der Petition Name und Wohnort des Petenten sowie im Fall der Mitzeichnung Name und Wohnort der Mitzeichnenden veröffentlicht“ unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Persönlichkeit?

Diese Regelung bewerte ich aus zweierlei Gründen kritisch. Sie kann erstens in der Tat Persönlichkeitsrechte der Petenten und Mitzeichnenden verletzen. Schwerer wiegt, dass die Veröffentlichung abschreckende Wirkung auf die freie Meinungsäußerung entfalten kann, wenn etwa befürchtet wird, dass hieraus im persönlichen, gesellschaftlichen oder beruflichen Umfeld negative Konsequenzen folgen können.

2. Sehen Sie durch diesen Gesetzestext ein Hemmnis für die Mitzeichnung von Petitionen?

Aus den eben angeführten Gründen (siehe Frage 1) kann diese Regelung in der Tat ein Hemmnis für die Mitzeichnung von Petitionen darstellen.

3. Wie bewerten Sie eine Änderung des Gesetzestextes hin zu einem Wahlrecht der Mitzeichnenden, mit Namen und Wohnort oder einem Pseudonym mitzuzeichnen?

² Vgl. Stephan Eisel, E-Petitionen beim Deutschen Bundestag. Sinnvolles Angebot mit begrenzter Reichweite. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47. Jg. (2016), H. 4, S. 867–877.

Die vorgeschlagene Regelung, ein Wahlrecht der Mitzeichnenden einzuführen, ist vor diesem Hintergrund sinnvoll und in der vorgeschlagenen Form praktikabel.

4. Wie bewerten Sie die bisherige Regelung, dass Mitzeichnungen nur online auf dem Petitionsportal des Thüringer Landtags vorgenommen werden können und Unterschriftenlisten ohne Rechtsgrundlage akzeptiert werden können?

Die Regelung, dass Petitionen und Mitzeichnungen nur über das Onlineverfahren erfolgen können, halte ich nicht für sinnvoll. Es ist geeignet, bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch auszuschließen, weil ihnen etwa die technischen Voraussetzungen oder das entsprechende Know-how nicht zur Verfügung stehen, oder weil sie aufgrund einer grundlegenden Skepsis persönliche Daten nicht über das Internet verbreiten wollen. Alle drei Gründe sind zu respektieren, daher sollte ein alternativer Weg der „Papierpetition“ möglich gemacht werden.

5. Wie bekannt ist Ihrer Meinung nach in der Bevölkerung die Tatsache, dass alle Petitionen ausschließlich beim Thüringer Landtag einzureichen sind und die Mitzeichnungen bei privaten Petitionsplattformen nicht anerkannt werden?

Dies kann ich nicht beurteilen. Auf der Homepage des Landtages wird darauf deutlich hingewiesen.

6. Wie gut fühlen Sie sich von der Landtagsverwaltung zu diesen Bestimmungen informiert?

Das Verfahren der Petition ist in den Grundzügen auf der Homepage des Landtages klar dargestellt, setzt in dieser Form allerdings schon ein Grundwissen über parlamentarische Prozesse voraus. Eine lebhaftere und leichtere Darstellung des Verfahrens insgesamt wäre sinnvoll.

Die vorhandenen Flyer in leichter Sprache und für Kinder bieten im Grundsatz eine zielgruppenadäquate Darstellung. Doch setzen sie voraus, dass sich die Bürgerinnen und Bürger dort bereits selbstständig orientieren können.

Insgesamt machen es die entsprechenden Informationen allerdings notwendig, dass sie in den Unterstrukturen der Homepage erst einmal gefunden werden auf der Seite „Mitgestalten“. Diese könnten auf der Startseite prominenter platziert und verlinkt werden in Verbindung mit weiteren Instrumenten von „Public Engagement und Outreach“, die auch den klassischen Weg der Kommunikation über Abgeordnete und Parteien enthalten sollte.

7. Wie bewerten Sie die bislang fehlende Zusammenarbeit des Petitionsausschusses des Thüringer Landtags mit privaten Petitionsplattformen?

Es ist sinnvoll, dass parlamentarische Petitionen nicht über private Dritte mitgezeichnet und formal eingereicht werden können. Dennoch ist es natürlich völlig legitim, dass entsprechende Verfahren von Petitionsplattformen ebenfalls in den politischen Prozess eingebracht werden. Eine direkte und offizielle Verknüpfung mit den parlamentarischen Petitionsverfahren halte ich hingegen nicht für sinnvoll, wie in der Beantwortung von Frage 8 näher ausgeführt wird.

8. Würden Sie eine solche Zusammenarbeit grundsätzlich befürworten?

Gegen eine grundsätzliche Offenheit auch des Petitionsausschusses gegenüber Petitionsverfahren von privaten Plattformen spricht aus meiner Sicht nichts. Sie könnten beispielsweise als eigene Tagesordnungspunkte des Ausschusses behandelt werden.

Dennoch sollte eine klare Differenzierung bestehen bleiben und die verfassungsrechtlichen Privilegien des Petitionsverfahrens alleine auf den parlamentarischen Weg beschränkt werden.

9. Welche Hemmnisse im bestehenden Petitionswesen sehen Sie noch für den Erfolg von Petitionen?

Der „Erfolg“ von Petitionen lässt sich nicht einfach bewerten. Petitionerfolg kann in drei Dimensionen gemessen werden:

- (1) Dass eine hohe Zahl von Petitionen eingereicht und mitgezeichnet wird, mag vordergründig als Erfolgskriterium gelten. Doch ist es automatisch ein gutes Zeichen für eine Demokratie, wenn es sehr viele Beschwerden gibt?
- (2) Selbst mit Unterstützung durch den Petitionsausschuss ist unmittelbar noch kein materieller Erfolg verbunden; der eigentliche Erfolg von Petitionen zeigt sich erst, wenn in Folge einer Petition exekutives Handeln oder die jeweilige Rechtslage verändert wird. Dies liegt aber in aller Regel nicht in den Händen des Petitionsausschusses.
- (3) Petitionen können auch unter symbolischen Aspekten Wirkung entfalten. Die Tatsache, dass sie nur beim Parlament eingereicht werden können, hebt dessen Rolle hervor. Positiv ist es somit, dass entsprechende Wünsche und Anregungen überhaupt den Weg dorthin finden.

Sinnvoll ist es daher, die Hürden zum Einreichen und Mitzeichnen von Petitionen abzubauen, wie es im jetzigen Gesetzentwurf Drs. 7/2042 vorgesehen ist. Überdies sollte in der Betrachtung des Gesamtprozesses verstärkter Wert auf den weiteren Verlauf nach der Behandlung durch den Petitionsausschuss gelegt werden. Schließlich ist mit einer Nachbefragung von Petenten und Mitzeichnenden die Wirkung des Verfahrens, jenseits des unmittelbaren Gegenstandes, zu erheben und zu prüfen.

10. Wie wichtig bewerten Sie das Vorhandensein eines geschützten Raumes durch Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Behandlung von Petitionen?

Petitionen sind ein zentrales Instrument der Verknüpfung politischer Entscheidungsträger mit der Öffentlichkeit. Es ist daher geboten, diese auch öffentlich zu behandeln. Ausnahmen davon sollten im Einzelfall möglich sein. Dies ist im gegenwärtigen Gesetzentwurf Drs. 7/2042 gegeben.

11. Welche Konflikte könnte es geben, wenn grundsätzlich alle Sitzungen des Petitionsausschusses öffentlich sind und der Petent selbst die nichtöffentliche Behandlung seines Anliegens beantragen muss?

Wie in der Gesamteinschätzung zum Gesetzentwurf Drs. 7/2042 ausgeführt, bedarf es hierzu einer klaren Regelung im Gesetz. Sinnvoll erscheint mir eine Abstufung in der Form, dass als Zwischenlösung auch eine allgemeine Behandlung in öffentlicher Sitzung erfolgt, bei der der Gegenstand des Einzelfalles „anonymisiert“ wurde, soweit dies möglich ist. Grundsätzlich zielen Petitionsverfahren ja anders als etwas das Begnadigungsrecht nicht auf Einzelfall-Ausnahmen von Recht und Gesetz³, sondern sollen grundsätzlichen Änderungsbedarf an Verwaltungspraxis oder Rechtslage herausarbeiten.

³ Vgl. Wolfgang Finger, Petitionsausschuss, in: Martin Morlok / Utz Schliesky / Dieter Wiefelspütz (Hrsg.), Parlamentsrecht. Handbuch, Baden-Baden 2016, S. 845–856.

12. Sehen Sie rechtliche Bedenken bei einer grundsätzlichen öffentlichen Behandlung von Petitionen im Petitionsausschuss?

Nein, da das Parlament ohnehin öffentlich tagt (Art. 60 Verfassung Land Thüringen) ist die Nichtöffentlichkeit einzelner Gremien eher begründungsbedürftig als die öffentliche Sitzung.

13. Die notwendige Anzahl von Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern, die für eine öffentliche Anhörung einer Petition notwendig ist, liegt derzeit bei 1.500 Unterschriften. Halten Sie diese Anzahl für angemessen?

Diese Zahl ist hinreichend hoch, um die Instrumentalisierung durch besondere Interessengruppen zu begrenzen; zugleich ist sie aber auch realistisch erreichbar. Zu beachten ist auch, dass diese Unterschriftenzahl nicht Voraussetzung für eine öffentliche Anhörung ist, denn diese kann ja auch auf Initiative des Ausschusses selbst erfolgen.

Auf Basis bislang eingereichter Petitionen kann geprüft werden, ob die Zahl von 1.500 Mitzeichnenden zu hoch ist und möglicherweise moderat abgesenkt werden kann, z.B. auf 1.000. Eine Durchsicht der auf der Petitionsplattform dokumentierten Verfahren zeigt, dass diese Hürde vielfach erreicht wurde. Die Verteilung der Mitzeichnungen erscheint bimodal: Eine große Zahl von Petitionen erreicht dort unter 500 Mitzeichnungen, aber auch über 1.500 werden vielfach erreicht. Eine systematische Auswertung ist sinnvoll.

14. Wie bewerten Sie den Umstand, dass bisher für eine öffentliche Anhörung nur Unterschriften ausschlaggebend sind, die auf der Petitionsplattform des Thüringer Landtags erfolgt sind?

Aus den oben aufgeführten Gründen (siehe Fragen 7 und 8) halte ich diese Regelung für sinnvoll; parlamentarische Petitionen sollten nur auf parlamentarischem Wege eingebracht werden können.

15. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass viele Petentinnen und Petenten selbständig handschriftliche Unterschriften auf analogen SammelListen an den Petitionsausschuss übergeben haben. Wie bewerten Sie die vorgesehene Anerkennung handschriftlicher Unterschriften?

Dieses Vorgehen halte ich ebenfalls für sinnvoll, wie bereits oben (Frage 4) ausgeführt. Ein rein digitales Verfahren ist geeignet, bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch auszuschließen bzw. die Beteiligung an Petitionsverfahren zu reduzieren.

16. Kann es Ihrer Auffassung nach eine Hürde darstellen, wenn wie bisher bei einer Mitzeichnung Name und Wohnort der Mitzeichnerin bzw. des Mitzeichners im Internet veröffentlicht werden?

Ja, denn dies kann zu Sorge über Nachteile im privaten, gesellschaftlichen oder beruflichen Kontext führen, wie in der Beantwortung von Frage 1 ausgeführt. Für die Kraft einer Petition kommt es im Übrigen weniger auf die individuelle Perspektive der Petenten und Mitzeichnenden an als auf der Gesamtzahl – und die Inhalte ihrer Argumente.

17. Wie bewerten Sie die Einführung der Möglichkeit einer Mitzeichnung unter Pseudonym?

In dem im Gesetzentwurf Drs. 7/2042 skizzierten Verfahren halte ich dies für einen sinnvollen Weg. Vgl. dazu auch die Beantwortung der Frage 1.

18. Halten Sie weitere Erleichterungen bei der Mitzeichnung von Petitionen für notwendig und falls ja, welche?

Weitere Erleichterungen halte ich nicht für notwendig. Das Petitionsverfahren soll auch die Ernsthaftigkeit des Gegenstandes und die zentrale Rolle des Parlaments bei dessen Behandlung hervorheben.

19. Sollte der Petitionsausschuss mit privaten Petitionsportalen zusammenarbeiten oder sehen Sie eher Gefahren in einer solchen Zusammenarbeit? Welche rechtlichen Bedingungen müssten für eine Zusammenarbeit erfüllt werden?

Wie ausgeführt in der Beantwortung von Fragen 7 und 8 halte ich eine Zusammenarbeit mit privaten Petitionsportalen grundsätzlich für denkbar, aber nicht in dem Sinne, dass sie ein formales Petitionsverfahren eröffnen können. Dennoch erscheint es mir angemessen, den Petitionsausschuss im Rahmen von Selbstbefassung die Möglichkeit zu geben, sich auch mit entsprechenden Verfahren von privaten Petitionsportalen zu beschäftigen. Dennoch sollte dabei hervorgehoben werden, dass es sich nicht um parlamentarische Petitionen handelt.

20. Wie bewerten Sie eine grundsätzliche Öffentlichkeit der Sitzungen des Petitionsausschusses, insbesondere im Hinblick auf das Interesse der Petentinnen und Petenten an der Bearbeitung ihrer eigenen Petitionen durch den Petitionsausschuss?

Vgl. hierzu die Antwort zu Fragen 10 bis 12 sowie die allgemeinen Ausführungen (Gesamteinschätzung zum Gesetzentwurf Drs. 7/2042). Ich halte die grundsätzliche Öffentlichkeit der Sitzungen des Petitionsausschusses für geboten. Schutz individueller Interessen von Petenten muss durch das Verfahren sichergestellt sein. Dies kann durch Anonymisierung oder durch Nichtöffentlichkeit einzelner Sitzungen erfolgen.

21. Welche rechtlichen Bedenken bestehen gegenüber der Öffentlichkeit von Sitzungen, insbesondere mit Blick auf die geltende Rechtslage in Thüringen?

Eine rechtliche Bewertung kann ich nicht vornehmen.

22. Hat in dem Zusammenhang das Urteil des EuGHs vom 09.07.2020, Az. C-272/19 eine Auswirkung auf die Öffentlichkeit des hiesigen Petitionsausschusses?

Eine rechtliche Bewertung kann ich nicht vornehmen; es dürfte kein Zweifel daran bestehen, dass das Urteil des EuGH auch für den Landtag von Thüringen gilt.

23. Halten Sie die vorgesehenen Mechanismen zum Schutz der Privatsphäre und Daten der Petentinnen und Petenten im Zusammenhang mit der Öffentlichkeit von Sitzungen für ausreichend (Einwilligungsvorbehalt der Petentinnen und Petenten sowie Herstellung der Nicht-Öffentlichkeit durch Zwei-Drittel-Mehrheit)?

Die Kombination dieser Mechanismen ist sinnvoll. Im Gesetzestext sollte sie aber – wie oben in der Gesamteinschätzung zum Gesetzentwurf Drs. 7/2042 ausgeführt – klarer formuliert werden.

24. Wie bewerten Sie die Attraktivität der Thüringer Petitionsplattform und welche Hürden sehen Sie gegebenenfalls für Petentinnen und Petenten sowie für mitzeichnungswillige Menschen bei der Nutzung der Plattform?

Die eingesetzte Petitionsplattform ist grundsätzlich übersichtlich und klar aufgebaut. Allerdings stören einige Fehler in der Rechtschreibung auch in den vorgegebenen Rubriken (etwa „Richtet sich die Petition auf die Änderung (sic) eines Gesetzes?“). Auch ist die Bedeutung der Anzeigen auf der Skala von 0 bis 6 nicht intuitiv klar, zumal sie der Skalierung der bislang erfolgten Mitzeichnungen nicht entspricht. Die hervorgehobene Darstellung der 1.500 Mitzeichnungen wird deren faktischer Rolle nicht gerecht, deren Bedeutung sollte klar erläutert werden.

Beim Versuch, eine Petition einzureichen, wird direkt eine Anmeldung oder Registrierung gefordert. Es wäre sinnvoll, an dieser Stelle die Hintergründe dafür näher zu erläutern bzw. entsprechende Verknüpfungen anzulegen.

Denkbar wäre auch eine Verwendung digitaler Signaturen und entsprechender Verfahren bei der Anmeldung, wenngleich diese bislang in Deutschland vergleichsweise wenig Verbreitung haben.

In Teilen scheinen die Ladevorgänge der Seite sehr langsam.

Insgesamt bietet die Petitionsplattform aber einen guten Überblick zu den jeweiligen Verfahren und damit eine gelungene Basis für das Petitionswesen. Sie setzt aber voraus, dass sie überhaupt in der Unterstruktur der Landtags-Seite gefunden wird. Eine prominentere Verlinkung wäre sinnvoll (vgl. Antwort auf Frage 6).

25. Sehen Sie Sicherheitsprobleme oder Missbrauchsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Thüringer Petitionsplattform und falls ja, wie könnten diese beseitigt werden?

Eine technische Bewertung der Plattform kann ich nicht vornehmen; es fällt aber auf, dass einzelne Seiten sehr langsam laden.

26. Wie bewerten Sie die Einführung einer Online-Diskussionsmöglichkeit bei Petitionen, die sich in der Mitzeichnungsphase befinden?

Aus den in den allgemeinen Ausführungen (Gesamteinschätzung zum Gesetzentwurf Drs. 7/2042) genannten Gründen halte ich die Online-Diskussionsmöglichkeit in der Mitzeichnungsphase nicht für sinnvoll, da sie voraussichtlich nur von wenigen Personen genutzt wird, falsche Erwartungen wecken kann und manipulationsanfällig ist.

27. Haben Sie weitere Vorschläge, die Attraktivität der Thüringer Petitionsplattform zu steigern?

Die Petitionsplattform ist in dieser Form recht technisch orientiert, eine stärkere kommunikative Gestaltung könnte die Attraktivität steigern. Dabei sollte eine verstärkte Erläuterung der Inhalte und Verfahren erfolgen, eine ansprechendere Gestaltung gewählt werden und auch zielgruppengerechte Ansätze verfolgt werden. Zudem ist eine prominentere Verlinkung sinnvoll (vgl. Antworten auf Frage 6 und 24).

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Kultur- und Heimatverein Oberstadt e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Am Knotenberg 10</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98530 Oberstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kultur- und Heimatverein Oberstadt e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Knotenberg 10	Postleitzahl, Ort	98530 Oberstadt
Name	Organisationsform										
Kultur- und Heimatverein Oberstadt e.V.	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Knotenberg 10										
Postleitzahl, Ort	98530 Oberstadt										

THÜR. LANDTAG POST
12.05.2021 10:51

11957/2021

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Lehrer an einer Regelschule Fächer: Deu, Ku, Fw	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- mehr Transparenz im Petitionswesen - Anerkennung digitaler, als auch handschriftlicher Zeichnungen - Zf mit anderen Plattformen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

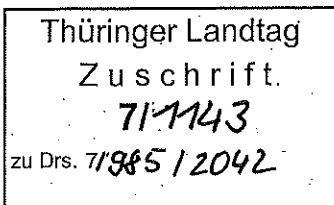
Ort, Datum	Unterschrift
Oberstadt, den 7.5. 21	

Kultur-und Heimatverein e.V.

THUR. LANDTAG POST
12.04.2021 13:02

9027/2021

Holunderweg 7
98530 Oberstadt



TH. LANDTAG GB-PA
12.04.2021 10:13

An

Den Mitgliedern des

Thüringer Landtag

PetA

Petitionsausschuss

Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 ERFURT

Auffassungen zu den Gesetzesentwürfen der Fraktion der FDP- Drucksache 7/985 und der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN --Drucksache 7/2042

Sehr geehrter Dr. Burfeind,

hier: meine Auffassung zu o.g. Entwürfen

Mit Ihrem Anschreiben bitten Sie um eine Stellungnahme zur Änderung des Petitionsgesetzes. Im Auftrag des Kultur-und Heimatvereines Oberstadt e.V. und ebenfalls als aktive Petentin möchte ich gerne meine Meinung darlegen.

Immer mehr Bürger/innen haben das Gefühl, dass über ihre Köpfe hinweg regiert wird. Sie glauben, Entscheidungen von großer Tragweite fallen hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss der Betroffenen. Politikverdrossenheit und die damit einhergehende geringe Wahlbeteiligung sind dabei wichtige Schlagworte. Aufgrund dieser Tatsachen hat sich ein Vertrauensverlust in unser demokratisches System entwickelt, welcher nicht von der Hand zu weisen ist. Wir, als mündige Bürger und allgemeingebildete Menschen möchten daher, dass mehr Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden. Denn nur in einer Demokratie, wo sich der Bürger aktiv am politischen Handeln beteiligen kann, ist eine gelebte Demokratie. Deshalb ist es dringend notwendig, einen konstruktiven Austausch von Informationen zwischen Regierung und Regierten zu ermöglichen.

Das Landesparlament sollte unbedingt aufmerksamer auf Bürgeranliegen reagieren, deshalb braucht es einen Mittler zwischen dem Bürger und dem Parlament. Diese Rolle kommt dem Petitionsausschuss zu. Gleichzeitig muss jeder Bürger auf unkomplizierte Art und Weise natürlich seine Anliegen, Wünsche, Bittgesuche und Hinweise auf etwaige Missstände uneingeschränkt äußern können. Er sollte immer wissen, wie und wo dies möglich ist. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn eine umfassende Information der Öffentlichkeit ist in Thüringen momentan nicht erkennbar. Nur Jemand, der intensiv und mit hohem Zeitaufwand recherchiert und sich mit der Thematik beschäftigt, findet Wege und Lösungen. Der Thüringer Landtag sollte hier alle digitalen und medialen Möglichkeiten

ausnutzen, um über die aktuellen Stände zu informieren. Außerdem wäre eine Schrittfolgenliste für einen erfolgreichen Petitionsstart sehr hilfreich.

Gerade die momentane Situation der Landesregierung in Thüringen, die aus geschlossenen Koalitionen von Minderheitsparteien hervorgegangen ist, zeigt dem Wähler, dass hier Parteien die Führung des Freistaates in Anspruch nehmen, die allerdings vom Großteil der Wählerschaft gar nicht gewählt wurden und sie sich dementsprechend auch nicht in den Wahlprogrammen wiedererkennen. Weiterführend betrachtet, bedeutet es auch, dass man gerade deshalb Petitionen startet, weil man sich nicht ausreichend vertreten fühlt und daher Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen möchte. Deshalb ist meiner Meinung nach die Zusammensetzung des Petitionsausschusses, die sich nach Fraktionsstärke der Parteien ergibt und der Ausschussvorsitzende aus den Reihen der Regierungspartei ernannt wird, ungünstig für eine objektive Arbeitsweise ohne parteipolitische Einflussnahme.

In Artikel 17 der Verfassung ist geregelt, dass sich Jedermann schriftlich an den Bundestag, Landtag, Kreistag etc. mit Bitten und Beschwerden richten kann. Das bedeutet, dass selbst Minderjährige, als auch Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder Wohnsitz in Deutschland eine Petition starten dürfen.

Unabhängig von der Anzahl der Unterschriften ist die Regierung jedoch nicht gezwungen, einer Bitte oder Beschwerde nachzukommen. Deshalb könnte man pauschal behaupten, dass Petitionen sinnlos sind, denn die Volksvertreter können per Petition nicht zum Handeln gezwungen werden. Und wenn die Unterschriften nicht auf der Landtagsseite eingegangen sind, haben sie nur eine rein populistische Wirkung, die allenfalls das öffentliche Interesse generieren, aber eine öffentliche Anhörung von vornherein nicht garantiert ist. Eine gesetzliche Umsetzung der Bittgesuche ist nicht vorgesehen und muss auch nicht gewährleistet werden, denn man hat sich eine gesetzliche Unverbindlichkeit vorbehalten. Also wozu eine Vorgabe von Unterzeichnerzahlen und einem vierwöchigen Zeitraum der Erbringung? Wozu diese Hürden erschaffen, wenn nach dem Bewältigen der Hürden doch kein Ergebnis herauskommen soll, keine Veränderung bewirkt wird, das konsequente Handeln ausbleibt? Es bleibt beim Erbitten und am Ende entscheiden nur wenige Petitionsausschussmitglieder über das Anliegen vieler Tausend Menschen. Deshalb muss es hier dringend zu einer Gesetzesänderung kommen, um das vorherrschende Meinungsbild in der Bevölkerung der „Scheindemokratie“ zu entkräften, das Gefühl der Machtlosigkeit hin zu einer vielschichtigen Mitwirkung, Gestaltung und Mitsprache zu entwickeln.

Aus eigener Erfahrung bei der Erstellung einer Petition, kann ich die Tatsache wahrheitsgemäß bestätigen, dass viele Mitzeichner es als verständliche Hemmschwelle ansahen, ihre persönlichen Daten komplett preiszugeben und deshalb sehr häufig von einer Mitzeichnung zurückgetreten sind. In ebenso vielen Fällen haben Mitzeichner nur ihren Namen und den Wohnort eingetragen, aber die Straßenbezeichnung und Hausnummer weggelassen. Ich als Petentin, versuchte mit Überzeugungsarbeit noch die vollständigen Angaben einzufordern, da ich sonst die Unwirksamkeit der Mitzeichnung befürchtete. Aber für Viele war dies eine Art Sicherheitsfaktor. Also ein Wahlrecht für die Mitzeichner einzubauen, ob Name und Wohnort veröffentlicht werden, ist überlegenswert, aber zeigt keinerlei Identifikation mehr. No name !?

Das bestimmte Punkte im derzeitigen Petitionsrecht Änderungsbedürftig sind, dem stimme ich unbedingt zu. Die Bezeichnung **Hürden zu überwinden** ist sehr zutreffend, vor denen

man sich befindet, wenn man erstmals eine Petition ins Leben ruft. Die strenge Auslegung des Gesetzes nur auf elektronischem Wege und nur auf der Landtagsseite zeichnen zu können, ist hier nur die eine Seite. Die erste Schwierigkeit bestand allein darin, dass man überhaupt erst einmal Kontakt zu Mitarbeitern des Landtages herstellen konnte, lange auf Rückantworten warten musste oder gar keine Antwort erhielt und letztendlich unterschiedliche Auskünfte zur Vorgehensweise bekommen hat. Ist eine Mitzeichnung nur analog möglich oder gibt es eine Kombination zwischen analog und digital, gelten auch andere Petitionsplattformen oder ist nur die Landtagsplattform gültig? Ein Wirrwarr an Informationen, bei dem man den Durchblick verlor und total verunsichert dem Grundrecht auf „Eingabe“ gegenüber stand. Deshalb sollte es unbedingt zukünftig nur so sein, dass eine Sammlung und Einreichung handschriftlicher Petitionsmitzeichnungen möglich ist und diese auf das Quorum angerechnet werden. Das Hinterlegen der Listen und nur die Veröffentlichung bzw. Verrechnung der Anzahl der Stimmen macht Sinn.

Fragekatalog:

1. / 3. Schutz der Persönlichkeit / Pseudonym

Wenn ich als Petent eine Petition einreiche, dann stehe ich mit der eigenen tiefsten Überzeugung für Wahrheit und Richtigkeit zu allen aufgezeigten Punkten, Fakten und dem Gesamtinhalt. Deshalb ist es meiner Meinung nach dringend notwendig den vollständigen Namen und den Wohnort zu veröffentlichen. Und sich nicht hinter dem Deckmantel eines Pseudonyms zu verstecken. Gleiches gilt für die Mitzeichner, denn nur so wird die wahre Identifikation mit dem Inhalt offensichtlich. Einer Manipulation und Ernsthaftigkeit kann so auch entschieden entgegengewirkt werden. Außerdem ist für den Petitionsausschuss auch immer sofort die Spannweite eines Themas zu erkennen. Sind es nur ortsbedingte Probleme oder spiegelt sich eine regionale oder sogar landesumfassende Beteiligung wider. Würden die persönlichen Daten der Mitzeichner entfallen, gäbe es diesen sofortigen Überblick nicht mehr. Allerdings sollte man berufsspezifische Besonderheiten beachten, bei denen Repressalien für die berufliche Laufbahn eventuell zu erwarten wären.

2. Hemmnis für Zeichnung

Aus persönlicher Erfahrung stellt es ein Hemmnis dar, aber ich würde den Text so beibehalten. s.o.

4. Regelung nur online

Das Handling der Landtagsseite ist sehr umständlich, das Anmelden und Überprüfen der Daten nimmt kostbare Zeit in Anspruch und es dauert sogar mehrere Tage. Außerdem muss eine Email-Adresse angegeben werden. Damit benachteiligt man schon von vornherein bestimmte Bevölkerungsschichten, die diese digitale Möglichkeit nicht besitzen und schließt sie aus. openpetition bietet die Möglichkeit, Unterschriften on- und offline zu sammeln. Die offline-Listen können dort problemlos in Sekunden hochgeladen werden. Es gibt es also die Möglichkeit, Online-Aktivismus mit Straßenprotest zu vereinen und somit in mehreren Sphären gleichzeitig zu mobilisieren. Deshalb sollte die einseitige Regelung abgeändert werden. Online-Unterschriften und analoge Unterschriften müssen gleichberechtigt zugelassen sein und nicht nur ohne Rechtsgrundlage akzeptiert werden.

5. Bevölkerungswissen

Der Bevölkerung, die sich nicht intensiv mit der Sachlage befasst und beschäftigt, ist diese Tatsache überhaupt nicht bewusst, da es sich ja vordergründig um dieselbe Thematik handelt. Auch die Doppelzeichnung wird verkannt. Es müsste der breiten Öffentlichkeit über allgemein zugängliche Medien bekannt gemacht werden, welchen Stellenwert die privaten Plattformen beim Thüringer Landtag besitzen. Ob man sie offiziell anerkennt oder ob die Zeichnung dann ungültig ist. Diese Information müsste auffällig sichtbar auf die Landtagsseite eingestellt werden, damit jeder Nutzer sofort in Kenntnis ist.

6. Information von Landtagsverwaltung

Die Information wurde nicht gegeben.

7. / 8. Fehlende ZA mit privaten Plattformen

Es könnte eine ungemein bereichernde Arbeit auch für den Ausschuss sein, denn es würden sich viele Bevölkerungsschichten bei Ihnen zu Wort melden. Denn gerade die Jugend ist auf den privaten Plattformen sicher unterwegs. Besonders interessant ist dabei auch die weltweite Vernetzung. Denn es ergeben sich auch internationale Mitzeichner. Außerdem bieten private Plattformen oft die Möglichkeit, Petitionen über Newsletter oder Social-Media Aktivitäten zu bewerben. Und es ist gleichzeitig ein Diskussionsforum angegliedert. Zusätzlich besteht jedoch die Gefahr des Nutzeraustausches für alle Thematiken mit dem Ziel des Stimmenhaschens. Allerdings fehlt eine verbindliche Rechtsgrundlage.

9. Hemmnisse

Der Petitionsausschuss kann Anhörungen durchführen, er kann beraten und tagen, aber kann er wirklich Einfluss nehmen auf Regierungsangelegenheiten? Arbeitet er wirklich neutral?

Der problemlose Ablauf eines Petitionsprozesses von der Einreichung und der online-Zeichnung bis zur erhofften Anhörung ist durch die digitalen Rahmenbedingungen sichtlich erschwert. Teilweise ist der Zugang gestört, die Mitzeichnung nicht möglich, eine Problembehebung nicht gewollt oder hinausgezögert, trotz schriftlicher Eingabe erfolgte keine Weiterleitung an die IT-Abteilung. Die Programmierung ist auf 1500 Unterschriften eingestellt, bei Nichterreichen der Unterschriften erfolgt der Schriftzug: Petition hat es nicht geschafft! Obwohl die Zusage zur Anerkennung der analogen Unterschriften bereits erfolgte, wird Chaos und Verunsicherung gestiftet.

Die Bearbeitungszeit der Petitionen ist definitiv zu lang, somit verliert der Petent und die Mitzeichner die unmittelbare Betroffenheit, die Wichtigkeit des Anliegens wird durch neue Zeitprobleme herabgesetzt. Man hat das Gefühl einer Verzögerungstaktik zum Besänftigen der Massen.

Bei einer öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses sollten sich die Mitglieder im Vorfeld intensiv mit der Bitte befassen und nicht erst während der Veranstaltung und somit über ein Basiswissen verfügen, um die Sachlage zu durchdringen. Im Gegenzug sollte den Petenten so viel Zeit gestattet werden, damit durch die Redebeiträge der Experten, die Hintergründe und Zusammenhänge detailliert dargestellt werden können, um im Idealfall ein breites Verständnis der Petition zu erreichen und diesbezügliche Widersprüche oder

Missverständnisse aufzuklären oder Problemlösungen anzustreben. Die man in einem konstruktiven Diskurs miteinander angeht in gegenseitiger Toleranz und Achtung gegenüber allen Meinungen und Standpunkten. Das würde eine wirkliche Bürgernähe auszeichnen. Man hört sich aus der Sicht des Bürgers das Anliegen an, vergleicht es mit den Verwaltungsvorgängen und Beschlüssen der Ministerien, erkennt Fehlentscheidungen und versucht abzuwägen oder zu revidieren. Im positiven Fall zeigen sich keine gravierenden Probleme und es kommt zu Übereinstimmungen und Kompromissen. Dabei spielt der Faktor Zeit eine sehr große Rolle im gegenseitigen Verständnis, deshalb darf keine Redezeitbegrenzung vorliegen.

11. Konflikte

Jeder Petent möchte doch die breite Öffentlichkeit, ansonsten hätte er den Weg des Bittgesuchs nicht gewählt und mit der Maßgabe einer hohen Unterzeichnerzahl ist sein Anliegen doch schon von großem Interesse geprägt.

12. Rechtliche Bedenken

Es dürften keine Bedenken bestehen, wenn eine Antragsmöglichkeit auf Ausschluss der Öffentlichkeit verankert wird, die natürlich bestimmten Maßgaben unterliegen sollte und vom Landtag klar vorgegeben sind.

13. Anzahl 1500 ?

Unter den bisherigen Bedingungen ist diese Zeichnungszahl im ländlichen Raum Thüringens eindeutig zu hoch. In den Ballungsräumen Erfurt, Weimar, Jena ist diese Zahl sicherlich umsetzbar, aber in den Dörfern und Kleinstädten müsste dann Jeder zeichnen vom Baby bis zum ältesten Senior. Also die Bevölkerungsdichte ist nicht gegeben und dann noch den Idealfall zu erreichen, dass sich ausnahmslos alle Bürger für diese petierte Thematik interessieren. Und eine Doppelzeichnung ist ebenfalls ein Problem. Hat Jemand auf einer analogen Liste bereits gezeichnet und tätigt es nochmals auf der digitalen Plattform, wurde auf eine Ungültigkeit verwiesen. Allerdings ist auch zu bedenken, dass der Ausschuss ein großes Interesse erkennen sollte, um sich überhaupt mit der Petition zu beschäftigen.

14. Öffentliche Anhörung nur mit Landtagspetitionszeichnung

Es ist unbedingt notwendig diesen Umstand abzuändern und neu zu regeln, dass beide Formen der Zeichnung, ob online oder in Listenform zur Erreichung des Quorums akzeptiert und gewertet werden.

15. Persönliches Übergeben von analogen Listen

Das ist sicherlich auch noch einmal die Garantie dafür, dass diese Listen mit wichtigen Unterschriften auch den richtigen Empfänger persönlich erreichen. Da die Handhabung nicht geregelt ist oder war. Außerdem macht dies eine wahre Bürgernähe aus. Wenn Menschen aus allen Teilen Thüringens in die Landeshauptstadt fahren, um den Petitionsausschussmitgliedern gegenüberzustehen, sich kennenzulernen, sich zu interessieren, rein menschlich

miteinander zu kommunizieren, um eine wertschätzende und hoffnungsvolle Basis zu schaffen für die Bearbeitung und letztendlich den erfolgreichen Ausgang der Petition. Im Umkehrschluss ist es natürlich auch sehr symbolisch, wenn der/die Petitionsausschussvorsitzende persönlich in die entsprechenden Regionen reist, um die Listen in Empfang zu nehmen. Auch hier zeigt sich eine große Verbundenheit zum „Kleinen Mann“, ein Wahrnehmen seiner Sorgen und Nöte und ein Mitnehmen in die Landesregierung.

16. Mitzeichnungshürde

Mit Sicherheit hält das Veröffentlichen einige Mitzeichner ab. Aber leider ist das mittlerweile die gängige Kommunikation des modernen Zeitgeistmenschen, der sich nur noch in geschützten Räumen anonym unterhält und seine Meinung zum Besten gibt, ohne sich mit Jemandem in echt gegenüber zu stehen und eventuell auch einen Konflikt auszutragen und seine Meinung und seinen Standpunkt vehement zu verteidigen.

17. Pseudonym

Das ist genau die falsche Entwicklung. S.o. Nr. 16

18. Erleichterung

Die Plattform muss einfach zu bedienen und funktionsfähig sein. Die Handhabung muss verständlich erklärt und für den Normalbürger umsetzbar sein. Es darf keine Wartezeit zwischen Anlegen der Daten und dem Zeichnen sein.

19. ZA

23. Schutz durch Einwilligungsvorbehalt

Alle Sitzungen des Petitionsausschusses sollten öffentlich stattfinden und auch im Livestream verfolgbar sein. Schutz bei sensiblen Themen sollte möglich sein.

25. Sicherheitsprobleme ?

Wenn diese Plattform für und von einer Landesregierung eingerichtet wurde, hegt man als Bürger dieses Landes erst einmal keine Bedenken hinsichtlich der Sicherheit. Es wurde sicherlich von einer kompetenten und seriösen Firma umgesetzt. Vielleicht sollte der Name im Impressum erscheinen.

26. Online-Diskussionsmöglichkeit in der Mitzeichnungsphase

Hier kann ich nur wieder beispielhaft auf die Möglichkeit bei openpetition hinweisen. Wobei es als Pro-Kontra-Runde ausgewiesen ist. Wenn man sich nicht den oft umfangreichen Petitionstext durchlesen möchte, bekommt man durch die Meinungsäußerungen zum Sachverhalt viele inhaltliche Inputs bereits wörtlich dargestellt und sieht sofort die vorherrschende Meinungswertung und den Gesamteindruck der Unterzeichner zur Thematik. Das diese Diskussionsplattform besteht, ist sehr gut. Allerdings ist auch diese Möglichkeit des Meinungsaustausches der breiten Öffentlichkeit noch nicht ausreichend bekannt. Der folgende Text steht so auf der Plattform:

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das Diskussionsforum ist eine Internet-Plattform, über die sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Debatte zu Gesetzentwürfen beteiligen können. Sie können sich im Diskussionsforum über Gesetzentwürfe informieren, Ihre Meinung dazu äußern sowie Hinweise und Anregungen geben.

Zur Diskussion werden Gesetzentwürfe gestellt, die aktuell in den Fachausschüssen des Landtags beraten werden. Die federführenden Ausschüsse wählen die Gesetzentwürfe aus, zu denen eine Diskussion stattfinden soll. Diese werden im Diskussionsforum eingestellt.

Die Beiträge der Nutzer werden nach Abschluss der Diskussion im zuständigen Fachausschuss ausgewertet. Die Forumsbeiträge werden von den Ausschussmitgliedern in der parlamentarischen Beratung ebenso berücksichtigt, wie die Stellungnahmen von Sachverständigen und Verbänden.

Beteiligen Sie sich - wir freuen uns auf Ihre Beiträge

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Bürgerinitiative</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>36466 Dornboch</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Bürgerinitiative	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	36466 Dornboch
Name	Organisationsform										
	Bürgerinitiative										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	36466 Dornboch										

TH. LANDTAG GB-PA
20.04.2021 13:03

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Rechtner	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligungsmöglichkeiten müssen für alle Bürger ausgeschöpft sein • Gesetzgebungsanhörung wurde mit Änderungen im wesentlichen zugestimmt. • Aufbereitung muß verbessert werden. (besonders § 17; § 18; der Bericht über die Petitionsreisen) • Petitionsverfahren ist zu anonym, keine Infos über Verfahrensbefolgung an den Petenten. Verfahren dauert zu lange! 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
19.04.2021	

9025/2021

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Petitionsausschuss des Thüringer Landtages hat die „Bürgerinitiative gegen das Windvorranggebiet W4 Stadtlengsfeld“ mit Schreiben vom 01. März 2021 gebeten, zu den beigefügten Gesetzentwürfen der FDP und der Linke, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen eine Stellungnahme zu geben. Wir erlauben uns darauf hinzuweisen, dass wir eigene kritische Anmerkungen zum Änderungsgesetz angeführt haben.

Im Rahmen dieser Anhörung beantworten wir auch gern die beigefügten Fragen.

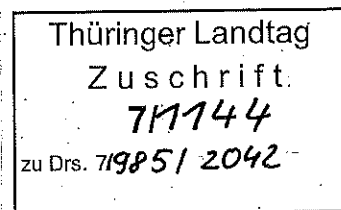
Wir begrüßen, dass wir Bürgerinnen und Bürger an dieser Diskussionsrunde teilnehmen können.

Mit freundlichem Gruß

(Sprecher der Bürgerinitiative)

Anlage:

1. Beantwortung Fragenkatalog
2. Stellungnahme zu den beigefügten Gesetzentwürfen (Anlage 2 und 3)



Den Mitgliedern des

PetA

TH. LANDTAG GB-PA
12.04.2021 10:10

Anlage 1: Beantwortung Fragenkatalog

1. Aus Datenschutzgründen sollten Mitzeichner Wahlrecht haben
2. ja, Schutz der eigenen Person
3. Positiv, Pseudonym sollte wegfallen
4. beides muss gewertet und akzeptiert werde
5. in Ordnung
6. Eher mangelhaft, Informationen erreichen nicht alle Bevölkerungsschichten
7. Liegen keine Erfahrungen vor
8. ?
9. Petitionswesen sollte Schnittstelle zwischen Parlament und Bürger sein. ist offensichtlich, aber parteiabhängig und nicht neutral (ersichtlich aus der Bearbeitungszeit der unterschiedlichen Petitionen Wolf, Oberhof Golfplatz, Windkraft im Wald)
10. nicht wichtig eher bedauerlich
11. keine
12. keine Bedenken
13. angemessen, wenn Zeichnung unabhängig online oder handschriftlich
14. nicht akzeptabel, ältere Personen, Landbevölkerung hat flächendeckend immer noch keinen Internetzugang bzw. Eigene E-Mail
15. positiv, ernst zu nehmender Bürgerwille
16. Datenschutz, öffentliche Bekanntgabe persönlicher Daten
17. ist nicht notwendig
18. nein
19. ?
20. wünschenswert
21. soweit sie der Transparenz und Nachverfolgung nicht im Wege stehen, positiv Lobbyismus ausschließen
22. ?
23. solange die Mechanismen so bleiben, vollkommen ausreichend
24. siehe Pkt. 14, nicht jeder im Haushalt besitzt eine eigene E-Mail-Adresse, somit ist die Mitzeichnung/Zählung automatisch verhindert eigene Erfahrung: Mitzeichnung war anfangs mehrere Tage nicht möglich (E-Mail vom 31.10.2019 petitionsausschuss@landtag.thueringen.de trotz Hinweis an zuständige Stelle keine Antwort oder Benachrichtigung. Ebenso keine Verlängerung des Mitzeichnungszeitraums (Schreiben an Präsidentin Frau Keller) schade, bedauerlich, nicht zufrieden stellend, nicht ernst genommen
25. nicht
26. solange sie vor Missbrauch geschützt werden kann wünschenswert
27. schnelleren Zugang, lädt zu langsam, einfache Handhabung, mehr Öffentlichkeitsarbeit, mehr Informationen an den Petenten zu den Beschlüssen von Petitionsausschuss und Landesregierung, siehe Gesetz über das Petitionswesen.

Anlage 2: Stellungnahme zu den beigegeführten Gesetzentwürfen (Anlage 2 und Anlage 3)

Das Petitionsrecht ist ein wesentlicher Bestandteil unserer lebenden Demokratie, der Petitionsausschuss die wichtigste Schnittstelle zwischen dem Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern. Wir sind selbstbewusste Menschen, die mehr Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen wollen und verstehen uns als Team, mit dem der Thüringer Landtag arbeiten soll. Aus diesem Grund müssen die Beteiligungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten unkompliziert und nachvollziehbar sein. Das betrifft sowohl die Möglichkeit das elektronisch als auch listenförmig mitgezeichnet werden kann. Der Zugang und die Nutzung der Petitionsplattform müssen für jedermann (auch Senioren) möglich sein. Bei allem Streben nach einem Mehr an Digitalisierung muss das Beachtung finden.

Im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung

Öffentliche Petitionen

Die Aussagen zum Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke, der SPD und Bündnis 90/ Grüne ist zu unklar und kann nicht ausreichend verstanden werden. Wir stimmen mit der Aussage der FDP überein, die eine Änderung des §14a Abs.6 klar definiert.

Text „Bei der Veröffentlichung werden zusammen mit der Petition, Name und Anschrift des Petenten veröffentlicht. Mitzeichnende haben die Wahl, ob Name und Anschrift veröffentlicht wird.“

Bedingungen für die Veröffentlichung

Die vorgeschlagenen Bedingungen für die Veröffentlichung werden grundsätzlich unterstützt. Lediglich muss gesichert sein, dass für die Mitzeichnungsfrist von 6 Wochen der Zugang zur Petitionsplattform garantiert ist. Bei Störungen muss die Ausfallzeit angerechnet werden.

Mitzeichnung der Petition

Zum Gesetzentwurf der FDP gibt es dazu keine Ausführung. Den Lösungsvorschlag von Die Linke, der SPD und Bündnis 90/ Grüne unterstützen wir, weil er aus praktischen Erkenntnissen heraus entstanden ist.

Text mit Änderung „Die Sammlung und Einreichung handschriftlicher Mitzeichnungen der Petition sind in Zukunft auf das Quorum anzurechnen. Die handschriftlichen Mitzeichnungen

werden bei der Landesregierung hinterlegt. Die Zahl der handschriftlichen Mitzeichnungen werden gemeinsam mit dem erzielten Quorum auf der Petitionsplattform veröffentlicht." Bei der Erreichung von 1500 Unterschriften soll eine Anhörung vor dem Petitionsausschuss stattfinden. Allerdings sollte bei Nichterreichung der 1500 Unterschriften die Anhörung nicht automatisch verweigert werden."

Sitzungen des Petitionsausschusses

Text mit Änderung „Die Sitzungen des Petitionsausschusses sind grundsätzlich öffentlich durchzuführen. Bei Teilnahme eines Petenten muss der Petent zustimmen."

§17 Beschlüsse des Petitionsausschusses

Text mit Änderung „Die Beschlüsse des Petitionsausschusses zu den Petitionen müssen den Beteiligten zur Verfügung gestellt werden. Die Einführung einer Frist ist zwingend notwendig. Nach Anhörung der Petition durch den Petitionsausschuss ist mit einer Frist von 6 Wochen ein Abschlussprotokoll (Bescheid) den Petenten zu übergeben. Inhaltlich ist eine umfassende Bewertung der Petition vorzunehmen. Wir sehen hier ein wirksames Mittel, um den Dialog zwischen Petitionsausschuss und Bürger zu fördern."

§18 Bericht der Landesregierung

Die Beschlüsse der Landesregierung müssen hinsichtlich der Beschlüsse des Petitionsausschusses öffentlich sein und sind den Petenten zur Verfügung zu stellen. Die Prüfung der vorgegebenen Frist von 8 Wochen ist zwingend erforderlich, um die Wartezeiten zu verkürzen.

Schlussfolgerungen

Wir sehen diese Form der Beteiligung als ein gutes Beispiel, wie sich Bürgerinnen und Bürger in ein Gesetzgebungsverfahren einbringen können. Nun gilt es abzuwarten inwieweit unsere Vorschläge auch Gehör finden. Uns wäre es nicht einsichtig, wenn die hier vorgeschlagenen Veränderungen nicht abgehandelt und beschlossen werden können. Die Außendarstellung des Petitionswesens muss weiter verbessert werden, aber auch die internen Abläufe zwischen Petitionsausschuss und Landesregierung (Beschlüsse und Stellungnahmen) müssen verändert werden. Petitionsverfahren dauern zu lange und sind für den Petenten und Mitzeichner viel zu anonym.

Bürgerinitiative Stadtlengsfeld

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?									
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 - +									
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 - +									
zu Beiden Gesetzesentwürfen									
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)								
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td rowspan="3" style="vertical-align: middle; color: blue; font-size: 1.5em;">nein</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse	nein	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postleitzahl, Ort
Name	Organisationsform								
Geschäfts- oder Dienstadresse	nein								
Straße, Hausnummer (oder Postfach)									
Postleitzahl, Ort									

TH. LANDTAG GB-PA
20.04.2021 13:02

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name <u>Bärthel</u>	Vorname <u>Kerstin</u>
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<u>Angestellte</u>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> • gleichberechtigte Zeichnung einer Petition online und Unterschriftenliste • Sitzungen bzw. Anhörung des Petitionsausschusses in der Regel öffentlich • Petent und Mitzeichner Name und Wohnort angeben nicht anonym, kein Pseudonym verwenden 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
12.4.2021	

Kerstin Bärthel

THÜR. LANDTAG POST
12.04.2021 12:55

9024/2021

, den 7.4.2021

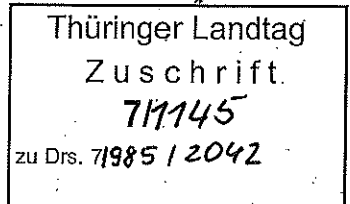
Thüringer Landtag

Petitionsausschuss

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

TH. LANDTAG GB-PA
09.04.2021 12:49



Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen

Den Mitgliedern des

PetA

Sehr geehrte Abgeordnete des Thüringer Landtages,

Sie haben um meine Meinung zur Änderung des Thüringer Petitionsgesetz gebeten. Dieser Bitte komme ich gern nach. Ich sehe mich hier aber nicht als Einzelperson, sondern die Bildung meines nachfolgend aufgeführten Standpunktes ist eine Gemeinschaftsarbeit mit Mitgliedern der Bürgerinitiative „Unser Holzland – Kein Windkraftland.“

Das Petitionsrecht ist neben dem Wahlrecht eine Möglichkeit sich als Bürger aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Petitionen drücken letztendlich einen Bürgerwillen aus, welcher vom Parlament ernsthaft zu prüfen ist. Mit einer Petition kann man u.a. auf Mißstände und auf regelungsbedürftige Zustände aufmerksam machen. Es ist ein Instrument in der Demokratie.

Die Aufgabe des Thüringer Landtages und dem Petitionsausschuss ist auch die umfassende Information über das Petitionswesen in Thüringen, die Bekanntmachung von Petitionen und online-Diskussionen. Hier besteht Nachholbedarf! Die Bekanntmachung muss jeden Bürger zugänglich gemacht werden, das heißt nicht nur digital, sondern auch durch andere Medien, wie öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radio, Printmedien, Amtsblatt. Alle Beiträge, welche Institutionen und Verbände zur Petition einreichen, sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Den Lösungsvorschlag, die Vorschriften für Petitionsangelegenheiten aus der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages heraus zunehmen, teile ich nicht. Hier sehe ich auch die Kontrollfunktion durch das Parlament. Meiner Meinung nach sollte auch der Petitionsausschuss nicht nach Fraktionsstärke der Parteien gebildet werden, sondern jede Partei delegiert eine gleiche Anzahl an Mitgliedern und aus deren Mitte wird der Vorsitzende gewählt. Dadurch wird eine größere Objektivität erreicht und parteipolitische Entscheidungen würden nicht unmittelbar im Vordergrund stehen.

Die Veröffentlichung der persönlichen Daten, Name und Wohnort, sollte für Petenten und Mitzeichner beibehalten werden. Damit soll einerseits die Wichtigkeit und Identifizierung mit der Petition bekräftigt werden und andererseits jegliche Manipulationsmöglichkeit ausgeschlossen werden. Daraus erklärt sich, dass ein Pseudonym generell abzulehnen ist.

Um die nötige Transparenz bei der Bearbeitung von Petitionen zu erreichen, sind die Sitzungen des Petitionsausschusses öffentlich durchzuführen und per Livestream zu übertragen. Es sollte aber die Möglichkeit bestehen, auf Antrag des Petenten oder Petitionsausschusses die Öffentlichkeit auszuschließen.

Neben der elektronischen Beteiligungsmöglichkeit muss gleichberechtigt die Zeichnung mittels Unterschriftenlisten möglich sein. Das ergibt sich zwingend, um jeden Bürger mitzunehmen. Außerdem ist die Unterschriftenliste, bei Funktionsproblemen des online-Portals, die einzige Möglichkeit das Quorum zu schaffen. Bei der, 2019 eingereichten, Petition „Waldschutz ist gleich Klimaschutz“ konnte man in einem längeren Zeitraum die Petitionsplattform nicht nutzen. Viele zeichnungswillige Bürger konnten sich weder anmelden noch die Petition zeichnen.

Die Festlegung, dass eine Petition vom Petenten handschriftlich zu unterschreiben ist, muss auch für die Einreichung in Form der E-Mail gelten.

Beigefügt im Anhang ist der Fragenkatalog.

Hochachtungsvoll

Kerstln Bärthel

Fragenkatalog

1.

Diese Regelung sollte beibehalten werden. Den Schutz der Persönlichkeit ist gewahrt.

2.

Nein. Wenn man sich mit dem Inhalt identifiziert und das Ziel der Petition umsetzen möchte, sehe ich darin kein Hemmnis.

3.

Lehne ich ab, da die Gefahr einer möglichen Manipulation gegeben ist.

4.

Diese Regelung muss dahin gehend geändert werden, dass sowohl eine online-Zeichnung, sowie Unterschriftslisten gleichberechtigt möglich sind. Es muss jedem Bürger möglich sein eine Petition einzureichen und Petitionen zu zeichnen.

5.

Die Tatsache, dass Petitionen, welche bei privaten Plattformen gezeichnet werden im Thüringer Landtag oder im Bundestag (je nach Zuständigkeit) nicht anerkannt oder behandelt werden, ist leider beim größten Teil der Bevölkerung nicht bekannt. Viele Mitzeichner, die auf privaten Plattformen gezeichnet haben, sind der Meinung, dass diese Stimmen auch im Thüringer Landtag mitzählen.

6.

Die Information ist völlig unzureichend. Die Bevölkerung weiss darüber nicht Bescheid.

7.

Die privaten Petitionsplattformen nennen sich Sozialunternehmen. Teilweise werden Petitionen mit Geld beworben und Nutzerdaten gesammelt. Durch massive Bewerbung der registrierten Personen erzielen diese Petitionen u.a. hohen Anzahl von Mitzeichnern. Ich denke eine Zusammenarbeit ist nicht erforderlich, aber die Kenntnis über diese Petitionen.

8.

Das staatliche und private Petitionswesen sollte strikt getrennt werden. Alles andere wäre eine Ökonomisierung der Demokratie. Für eine Zusammenarbeit fehlt auch jegliche Rechtsgrundlage.

9.

Das Einbringen einer Petition sowie das problemlose Durchlaufen des Petitionsverfahrens gehören zum allgemeinen Grundverständnis einer funktionierenden Demokratie. Egal ob auf Bundes- oder Landesebene. Ein Hemmnis zur Einbringung von Petitionen sehe ich nur über den Weg von Online-Plattformen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass der Zugang zu dieser Plattform gestört war, und dass ausgerechnet während der Zeichnungsfrist. Mit Verlaub, hier konnte man auch eine Absicht unterstellen, zumindest ist dieser Vorgang nicht transparent. Es muss parallel möglich sein, während der Zeichnungsfrist auch Unterschriftenlisten in Paplerform einzureichen, die als gleichwertige Willensbekundung zu akzeptieren ist. Darüber hinaus muss es dem Petenten möglich sein über kommunale Aushänge oder Informationszeitungen die Öffentlichkeit über das Anliegen zu informieren. Auch sollte der Petitionsausschuss neutral und nicht parteien- bzw. fraktionsabhängig agieren.

10.

Geschützte Räume zur Behandlung sind nicht in jedem Fall erforderlich. Dies ist abhängig von der Themenstellung bzw. vom Anliegen der Petition. Ist bedauerlich in einer Demokratie.

11.

In der Regel nicht. Jeder Landtag muss seine Geschäftsordnung so ausrichten, das schon bei Antragstellung klar sein muss, ob die Behandlung der Petition öffentlich oder geschlossen vorgenommen wird. Es ist dem Antragsteller nicht zuzumuten, nochmals ausführlich auf persönliche Dinge hinzuweisen, die unter Umständen dazu führen, dass der Antragsteller aus Scham oder Angst auf das ihm zustehende Recht der Antragstellung und Behandlung seiner Petition vorab verzichtet. Diese diskrete Behandlung und Einordnung des Themas der Petition muss durch die prüfende Stelle ausgewogen, unter Wahrung der persönlichen Rechte des Einzelnen wohlwollend entschieden werden. Sollte es dazu keine klare rechtliche Vorgabe im Landtag geben, ist diese zu erarbeiten, schnellstens umzusetzen und für die spätere Arbeit einzuhalten.

12.

Nein, wenn auch die Möglichkeit besteht auf Antrag des Petenten bzw. des Petitionsausschusses die Öffentlichkeit auszuschließen.

13.

Ja.

14.

Im Petitionsgesetz muss geregelt werden, dass auch Unterschriftslisten neben der online-Zeichnung zur Erreichung des Quorums möglich sind. Nicht jeder Bürger hat eine E-Mail Adresse.

15.

Der Vorschlag soll so umgesetzt werden.

16.

Sehe ich nicht so. In einer demokratischen Gesellschaft muss es selbstverständlich sein, dass man seine Meinung, seinen Standpunkt öffentlich darlegen kann. Diese Akzeptanz muss gefördert werden und dazu gehört eben die Angabe von Namen und Wohnort.

17.

Das lehne ich ab.

18.

Es muss gewährleistet werden, dass die Petitionsplattform technisch funktioniert. Sie muss ausführlich und verständlich erklärt und die Nutzung einfach sein. Hier gab es in der Vergangenheit Probleme, die dazu führten, dass mitzeichnungswillige Bürger Abstand nahmen.

19.

Ich bin nicht dafür, dass private Petitionsportale eingeschaltet werden, da das zu Missbrauch führen kann und Gruppen diese Form gezielt für ihre Interessen verwenden könnten.

20.

Grundsätzlich bin ich für die öffentliche Behandlung, sofern bei einzelnen Petitionen der Petent nicht seine Persönlichkeitsrechte verletzt sieht.

21.

Wie Nr. 20, also immer im Einklang mit dem Thema und dem Petenten.
Ein Ausschluß der Öffentlichkeit sollte auf Antrag möglich sein.

22.

Das besagte Urteil des EuGHs kenne ich nicht.

23.

Die Sitzungen sollen öffentlich stattfinden und mittels Livestream übertragen werden. Die Möglichkeit auf Antrag die Öffentlichkeit auszuschließen sollte gegeben sein.

24.

Vorraussetzung ist die einwandfreie Funktion. Ein Problem ist, dass nicht jeder Bürger eine E-Mail-Adresse besitzt. Die Plattform sollte auch genutzt werden können ohne Angabe einer E-Mail, zumal die Postanschrift abgefragt wird.

25.

Es dürfen keine Zweifel aufkommen, dass in irgendeiner Weise die Legitimität der Plattform in Frage gestellt wird. Erreicht wird das durch Transparenz.

26.

Das begrüße ich. Voraussetzung ist auch hier die Öffentlichkeit zu informieren und auf die Möglichkeit ihrer Mitarbeit hinzuweisen.

27.

Information, Information und nochmals Information.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 -	
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
Name	Organisationsform
31. Gegenstand im Kreis Thüringer Wald	Bürgerinitiative
Geschäfts- oder Dienstadresse	Kirchweg 13
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	OT Breitenbach
Postleitzahl, Ort	98553 Schleusingen

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1146
zu Drs. 7/985/2042

TH. LANDTAG GB-PA
12.04.2021 13:16

Den Mitgliedern des

PetA

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgerinitiative gegen die Errichtung von WKA's im kleinen Thuringer Wald	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Anerkennung bereits bestehender Zeichnungen - Schaffung von "Familienkonten" über einen Abreiß - Wahlbarkeit bei person. engem Kontakt - mündl. einfach wahrnehmbare elektron. Plakate, welche Störungen bei Feststellung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Schleusingen, d. 12/11.21	



BI Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald

Petitionsausschuss
Jürgen -Fuchs-Strasse 1
99096 Erfurt

Schleusingen, 09.04.2021

Anhörung zum Antrag der Fraktionen FDP und CDU (DS 7/62) zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit der aktiven Mitwirkung bei der Änderung des zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen.

Wir nehmen zu den Gesetzentwürfen wie folgt Stellung:

1. Der Drucksache 7/985 Änderungsantrag der FDP-Landtagsfraktion stimmen wir vollinhaltlich zu.
2. Unsere Standpunkte zur Drucksache 7/2042 Änderungsantrag der Landtagsfraktionen der Linken, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gehen aus der Beantwortung des Fragenkatalogs hervor (siehe Anlage).

Wir fassen unter Bezug auf die paragraphenbezogenen Änderungsvorschläge, die wir beurteilen können, unsere Standpunkte folgend zusammen:

Die Aufnahme von Teilen der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages in den Gesetzentwurf kann durch uns nicht eindeutig bewertet werden.

Dem Änderungsvorschlag Artikel 1, Punkt 4 (Paragr. 4 Absatz 1) stimmen wir zu.

Artikel 1 Punkt 6 (Paragr. 10 Absatz 3) erhält ebenso unsere Zustimmung.

Artikel 1 Punkt 7 c (Mitzeichnung über ein Pseudonym) lehnen wir ab.

Artikel 1 Punkt 7 d (Diskussion auf Plattform) ist irrelevant.

Artikel 1 Punkt 8 a (Öffentlichkeit der Ausschußsitzungen) sollte die Regel werden.



Artikel 1 Punkt 9 (handschriftliche Mitzeichnung) unbedingt; aber die ausschließliche Verwendung von Formularen, die auf der Petitionsseite des Thüringer Landtages stehen, widersprechen unseren Erfahrungen der Arbeit im Internet und unserer Forderung der Wechselwirkung mit anderen Petitionsplattformen.

Artikel 1, Punkt 10 (Mitteilung und Aufhebung der Beschlüsse) sind berechtigt.

Abschließend möchten wir unsere wichtigsten Änderungsnotwendigkeiten des aktuellen Thüringer Petitionsgesetzes nochmals zusammenfassen. Sie bestehen in:

- Umfassende Bürgerbeteiligung durch Anerkennung handschriftlicher Zeichnungen und Schaffung von sogenannten „Familienkonten“ über eine E-Mail-Adresse
- Wahlfreiheit bei der Veröffentlichung personenbezogener Daten
- Moderne, einfach handhabbare elektronische Plattform, die störungsfrei funktioniert
- Öffentlichkeit der Sitzungen des Ausschusses

Mit freundlichen Grüßen aus dem „Kleinen Thüringer Wald“,

Anlage



1. Ist zum Teil ein Hemmnis bei der Mitzeichnung von Petitionen aus datenschutzrechtlichen Gründen.
2. Ja, eindeutig.
3. Zustimmend, Pseudonym sollte nicht Verwendung finden.
4. Unzureichend, damit werden Bevölkerungsschichten und Altersgruppen ausgeschlossen.
5. Ist unzureichend bekannt.
6. Transparenz auf der Internetseite nicht genügend. Auf Nachfrage erfolgen die Informationen.
7. Ist unbedingt wünschenswert. Einfache Verknüpfung erforderlich.
8. Ja.
9. Technische Schwierigkeiten zum Mitzeichnen auf der Plattform, siehe auch Punkte 4. und 27.
10. Aus datenschutzrechtlichen Gründen ggf. und ohne großen finanziellen Aufwand einzurichten.
11. Keine relevanten.
12. Keine.
13. Bisherige Regelung ist nachvollziehbar.
14. Änderungsbedarf, handschriftliche Zeichnungen müssen gleichberechtigt anerkannt werden.
15. Siehe Punkt 14.
16. Ja, siehe getroffene Aussage weiter oben.
17. Lehnen wir ab.
18. Bei Anerkennung einer handschriftlichen Zeichnung nicht.
19. Siehe Punkte 7,8, rechtliche Bedingungen können nicht bewertet werden.
20. Positiv.
21. Keine kompetente Aussage möglich.
22. Nicht durch uns bewertbar.
23. Dem stimmen wir zu.
24. Ausbaufähig, siehe hierzu Punkt 27..
25. Für uns nicht einschätzbar.
26. Nicht Aufgabe einer Petitionsplattform, würde nur ablenken.
27. Ja, Wegweiser zum Erstellen aufnehmen, Behebung der technischen Mängel, ein „Familienkonto“ zur Mehrfachzeichnung über eine E-Mail- Adresse ermöglichen.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitions-gesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Change.org e.V.</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Dorotheenstr. 33</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10117 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Change.org e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Dorotheenstr. 33	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	10117 Berlin
Name	Organisationsform										
Change.org e.V.	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Dorotheenstr. 33										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	10117 Berlin										

TH. LANDTAG GB-PA
06.05.2021 09:01

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	FÖRDERUNG DER BÜRGERBETEILUNG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	→ Staatliche Petitionsausschüsse sollten enger mit privaten zusammenarbeiten. → Petitionen sollten ein Antragsrecht der Petenten im Parlament auslösen	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Stellungnahme zum Gesetzesentwurf	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 04.05.2021	

Change.org e.V., Dorotheenstr. 33, 10117 Berlin

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Berlin, 12.04.2021

Stellungnahme zum zweitem Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen

- Gesetzentwurf der Fraktion der FDP (Drucksache 7/985)
- Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 7/2042)

sehr geehrter Herr Ministerialrat Dr. Burfeind, sehr geehrte Mitglieder des Petitionsausschusses des Thüringer Landtages

wir haben uns sehr über Ihre Anfrage gefreut. Anbei erhalten Sie Antworten zu den von Ihnen formulierten Fragen. Gerne stehen wir darüber hinaus für ein Gespräch / eine Zusammenarbeit bereit. Zu Ihren Fragen:

1. Wie bewerten Sie den derzeitigen Gesetzestext des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen, § 14a Abs 6 "Bei einer Veröffentlichung werden zusammen mit der Petition Name und Wohnort des Petenten sowie im Fall der Mitzeichnung Name und Wohnort der Mitzeichnenden veröffentlicht" unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Persönlichkeit?

Wir denken, dass der Schutz der Persönlichkeit nicht gewährleistet wird. Wir denken, dass die Veröffentlichung ein Eingriff in die Privatsphäre darstellt. Wir empfehlen sowohl Petitionsstarter*innen als auch Unterzeichner*innen selbst entscheiden zu lassen, ob ihre Daten öffentlich werden.

2. Sehen Sie durch diesen Gesetzestext ein Hemmnis für die Mitzeichnung von Petitionen?

Wir vermuten, dass die Veröffentlichung von personenbezogenen Daten wie dem Wohnort negative Auswirkungen auf die Mitzeichnung hat und sie in Folge nicht mitzeichnen.

3. Wie bewerten Sie eine Änderung des Gesetzestextes hin zu einem Wahlrecht der Mitzeichnenden, mit Namen und Wohnort oder einem Pseudonym?!

Es wäre sicherlich im Sinne der Mitzeichnenden, ein Wahlrecht zu haben.

Bei Change.org verstehen wir das Zeichnen von Petitionen als Akt öffentlicher Meinungsäußerung. Wir erheben dabei aber so wenige Daten wie irgend möglich. Anders als auf anderen Plattformen braucht man auf Change.org lediglich eine gültige E-Mail-Adresse, um eine Kampagne zu unterstützen. Wir überprüfen weder den Vor- und Nachnamen unserer Nutzer*innen noch fragen wir die komplette Adresse oder demographische Daten ab. Auch kann - wer besonders sensibel ist - Change.org auch unter Pseudonym anonymisiert nutzen.

4. Wie bewerten Sie die bisherige Regelung, dass Mitzeichnungen nur online auf dem Petitionsportal des Thüringer Landtags vorgenommen werden können und Unterschriftenlisten ohne Rechtsgrundlage akzeptiert werden können?!

Die Frage ist in unseren Augen widersprüchlich formuliert.

Wir begrüßen, den Änderungsvorschlag in der Drucksache 7/2042 grundsätzlich Klarheit hinsichtlich der Einreichung analoger Unterschriftenlisten zu schaffen. Es ist sicherlich im Sinne vieler Bürger*innen Unterschriften auch analog einreichen zu können.

Zu dieser Passage "Um einem unverhältnismäßigem Mehraufwand der Landtagsverwaltung vorzubeugen, soll nur die Anzahl der geleisteten analogen Unterschriften im Internet veröffentlicht werden." stellt sich die Frage, ob analoge und online eingereichte Daten abgeglichen werden, um die Mehrfachzählung von Stimmen auszuschließen.

5. Wie bekannt ist Ihrer Meinung nach in der Bevölkerung die Tatsache, dass alle Petitionen ausschließlich beim Thüringer Landtag einzureichen sind und die Mitzeichnungen bei privaten Petitionsplattformen nicht anerkannt werden?

Wir vermuten, dass das Angebot des Petitionsausschusses insgesamt sehr

unbekannt in der Bevölkerung ist und die Bekanntheit in den letzten Jahren vermutlich auch noch gesunken ist. Dies legt der Rückgang der gestarteten Petitionen, die in ihrem Jahresbericht 2019 veröffentlicht wurden, nahe. Wir empfehlen unseren Petitionstarter*innen daher, sofern einschlägig, ihre Petitionen auch parallel beim Landtag einzureichen.

6. Wie gut fühlen Sie sich von der Landtagsverwaltungen zu diesen Bestimmungen informiert?

Die Landesverwaltung informiert mit einer Broschüre und auf der Website des Thüringer Landtags, der Ausschussvorsitzende informiert über Pressemitteilungen, über Petitionen, die eine über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung haben oder für die Öffentlichkeit von besonderem Interesse sind, und die Mitglieder des Ausschusses informieren am Tag der offenen Tür. Zudem würden Sprechstunden mit Bürger*innen durchgeführt.

Die Frage, die sich hier stellt, ist nicht, wie gut fühlen wir uns – der Change.org e.V., der als Verein selbst eine Petitionsplattform betreibt – informiert, sondern die Frage stellt sich, inwiefern dieses Angebot die Thüringer Bevölkerung erreicht?! Wie ist die Ansprache? Wird die ganze Bevölkerung angesprochen? Fühlt sich beispielsweise die jüngere Generation vom derzeitigen Angebot angesprochen? Wir vermuten, die Landesverwaltung könnte wesentlich proaktiver und auch auf anderen Kanälen informieren, um insgesamt mehr Thüringer*innen zu erreichen.

7. Wie bewerten Sie die bislang fehlende Zusammenarbeit des Petitionsausschusses des Thüringer Landtags mit privaten Petitionsplattformen?

Wir finden es schade, bisher nicht mit dem Petitionsausschuss des Thüringer Landtags zusammengearbeitet zu haben. Wir freuen uns mit Blick auf die Gesetzesentwürfe von der Fraktion der FDP sowie dem Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen angeschrieben worden zu sein und hier Stellung zu beziehen.

8. Würden Sie eine solche Zusammenarbeit grundsätzlich befürworten?

Ja. Wir stehen einer Zusammenarbeit offen gegenüber. Der Change.org e.V. mit Sitz in Berlin hat als Zweck die Förderung des demokratischen Staatswesens, die Förderung der Bildung und die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements zugunsten der vorgenannten Zwecke. Wir freuen uns, wenn Menschen über Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, aktiv eingebunden werden. Wir wünschen uns eine Mitmach-Demokratie.

9. Welche Hemmnisse im bestehenden Petitionswesen sehen Sie noch für den Erfolg von Petitionen?

- Schnelligkeit: Es stellt sich die Frage, wie schnell der Petitionsausschuss über die Veröffentlichung entscheidet. Sollte diese Entscheidung lange dauern, so wäre dies als Hemmnis zu werten. Auch stellt sich die Frage wie lange der Prozess von einer Einreichung zu einer möglichen Entscheidung ist. In vielen Anliegen ist ein schnelles Agieren erforderlich, zu viel Zeit und Bürokratie kann da abschreckend wirken.

- Kriterien für Veröffentlichung: Die Tatsache, dass laut Jahresbericht 2019 von 103 beantragten nur 32 Petitionen veröffentlicht wurden, lässt vermuten, dass auch in diesem Bereich ein oder mehrere Hemmnisse liegen.

- Quorum: Die zeitliche Frist zur Erreichung des Quorums wird sicherlich eine weitere Hürde für viele Petitionsstarter*innen sein.

- Fehlende Unterstützung: Auch fehlt Petitionsstarter*innen wahrscheinlich die Gemeinschaft, der Austausch mit ihren Unterstützer*innen und die Unterstützung von einem erfahrenen Team.

Zum Vergleich, auf Change.org:

- gibt es eine Community, wo Menschen direkt angesprochen und eingebunden werden, wo sie teilnehmen und sich aktiv einbringen können;
- erhalten die Unterzeichner*innen direkte Nachrichten über Fortschritte, Zwischenschritte und Meilensteine der Petition;
- bietet das Change.org-Team Unterstützung und Kampagnenexpertise,
- ist der Petitionsstart einfach und unkompliziert,
- können die Entscheidungsträger*innen direkt adressiert werden,
- wird aus einer Petition oft eine Kampagne.

10. Wie wichtig bewerten Sie das Vorhandensein eines geschützten Raumes durch Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Behandlung von Petitionen.

Wir denken Transparenz ist für die Öffentlichkeit wichtig, aber ein geschützter Raum kann für die Petitionsstarter*innen erwünscht sein. Deswegen denken wir, dass die Petitionstarter*innen diesbezüglich ein Entscheidungsrecht haben sollten, wie ihre Anliegen behandelt werden.

11. Welche Konflikte könnte es geben, wenn grundsätzlich alle Sitzungen des Petitionsausschusses öffentlich sind und der Petent selbst die nichtöffentliche Behandlung seines Anliegens beantragen muss?

Es könnte gesellschaftlich / sozialer / psychischer Druck aufgebaut werden, dass öffentliche Sitzungen die Norm sind. In Folge könnte es Petitionsstarter*innen schwer fallen, sich gegen eine öffentliche Sitzung zu entscheiden.

Bei Change.org empfehlen wir meist öffentlichkeitswirksame Treffen und Gespräche, dabei überlassen wir die Entscheidung über die Art und Weise von Gesprächen und Treffen zwischen Petitionsstarter*innen und Entscheidungsträger*innen aber grundsätzlich den Petitionsstarter*innen und bauen in dieser Frage keinen Druck auf.

12. Sehen Sie rechtliche Bedenken bei einer grundsätzlich öffentlichen Behandlung von Petitionen im Petitionsausschuss?

Wir können nicht beurteilen, inwiefern das Persönlichkeitsrecht der Petitionsstarter*innen - bei einer verpflichtenden, öffentlichen Behandlung im Petitionsausschuss - eingeschränkt würde.

Ungeachtet der rechtlichen Beurteilung, empfehlen wir unbedingt die Möglichkeit eines nichtöffentlichen Raums bestehen zu lassen und den Petitionsstarter*innen die Entscheidung zu überlassen. Sie können selbst am besten beurteilen, ob sie ihr Anliegen in einem geschützteren, nichtöffentlichen Raum vorbringen und besprechen wollen. Es gilt - in manchen Fällen - schlimmen Erfahrungen, wie bspw. möglichen Re-Traumatisierungen vorzubeugen.

13. Die notwendige Anzahl von Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern, die für eine öffentlich Anhörung einer Petition notwendig ist, liegt derzeit bei 1.500 Unterschriften. Halten Sie diese Zahl für angemessen?

Laut Jahresbericht 2019 gab es 4 öffentliche Anhörungen mit je 6 Petitionen im Petitionsausschuss und 2 öffentliche Anhörungen im Landtag. Das Quorum fungiert als ein gatekeeper zwischen Bürger*innen und Landtag. Wenn der Landtag mehr Beteiligung wünscht, sollte über eine Senkung des Quorums oder andere Maßnahmen nachgedacht werden.

14. Wie bewerten Sie den Umstand, dass bisher für eine öffentliche Anhörung nur Unterschriften ausschlaggebend sind, die auf der Petitionsplattform des Thüringer Landtags erfolgt sind?

Eine Gegenfrage: Was spricht aus Ihrer Sicht dagegen, auch Unterschriften, die von Bürger*innen auf privaten Plattformen gesammelt wurden, entgegen zu nehmen? Sind ihre Anliegen weniger wert?

15. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass viele Petentinnen und Petenten selbstständig handschriftliche Unterschriften auf analoge Sammelisten an den Petitionsausschuss übergeben haben. Wie bewerten Sie die vorgesehene Anerkennung handschriftlicher Unterschriften?

Wir begrüßen, den Änderungsvorschlag in der Drucksache 7/2042 grundsätzlich

change.org verein

Klarheit hinsichtlich der Einreichung analoger Unterschriftenlisten zu schaffen. Es ist sicherlich im Sinne vieler Bürger*innen Unterschriften auch analog einreichen zu können.

Zu dieser Passage "Um einem unverhältnismäßigen Mehraufwand der Landtagsverwaltung vorzubeugen, soll nur die Anzahl der geleisteten analogen Unterschriften im Internet veröffentlicht werden." stellt sich die Frage, ob analoge und online eingereichte Daten abgeglichen werden, um die Mehrfachzählung von Stimmen auszuschließen.

Unser Verein betreibt Deutschlands bekannteste Petitions-Plattform "Change.org" und erleichtert das Sammeln digitaler Unterschriften. Mit unserer neuen Initiativenplattform "ihhni.it", erleichtern wir wiederum das Sammeln von analogen Unterschriften. Wir machen hier die Teilnahme an verbindlichen direktdemokratischen Verfahren so einfach wie möglich und übernehmen sogar das Porto für die Rücksendung der Unterschriften.

- 16. Kann es Ihrer Auffassung nach eine Hürde darstellen, wenn wie bisher bei einer Mitzeichnung Name und Wohnort der Mitzeichnerin bzw des Mitzeichners im Internet veröffentlicht werden?**

Ja, Definitiv, S. Antwort zu Frage 2.

- 17. Wie bewerten Sie die Einführung der Möglichkeit einer Mitzeichnung unter Pseudonym?**

Die Einführung der Möglichkeit anonym zu zeichnen wäre sicherlich im Sinne mancher Bürger*innen.

- 18. Halten Sie weitere Erleichterungen bei der Mitzeichnung von Petitionen für notwendig und falls ja, welche?**

Keine Angabe.

- 19. Sollte der Petitionsausschuss mit privaten Petitionsportalen zusammenarbeiten oder sehen Sie eher Gefahren in einer solchen Zusammenarbeit? Welche rechtlichen Bedingungen müssten für eine Zusammenarbeit erfüllt werden?**

Ja, denn der Petitionsausschuss sollte im Sinne der Bürger*innen handeln. Viele Bürger*innen nutzen private Petitionsportale wie openPetition oder Change.org. Es ist im Sinne dieser Bürger*innen, dass ihre Anliegen, wenn sie von einer kritischen Anzahl von Mitzeichnenden unterschrieben wurde, auch von politischen Verantwortlichen berücksichtigt werden. Wir sehen keine rechtlichen Hürden für eine

Zusammenarbeit.

- 20. Wie bewerte Sie eine grundsätzliche Öffentlichkeit der Sitzungen des Petitionsausschusses, insbesondere im Hinblick auf das Interesse der Petentinnen und Petenten an der Bearbeitung ihrer eigenen Petitionen durch den Petitionsausschuss?**

S. Frage 12.

- 21. Welche rechtlichen Bedenken bestehen gegenüber der Öffentlichkeit von Sitzungen insbesondere mit Blick auf die geltende Rechtslage in Thüringen.**

S. Frage 12.

- 22. Hat in dem Zusammenhang das Urteil des EuGHs vom 09.07.2020, Az. C-272/19 eine Auswirkung auf die Öffentlichkeit des hiesigen Petitionsausschusses?**

Keine Angabe.

- 23. Halten Sie die vorgesehenen Mechanismen zum Schutz der Privatsphäre und Daten der Petentinnen und Petenten im Zusammenhang mit der Öffentlichkeit von Sitzungen für ausreichend (Einwilligungsvorbehalt der Petentinnen und Petenten sowie Herstellung der Nicht-Öffentlichkeit durch Zwei-Drittel-Mehrheit)?**

Wir hoffen, dass die vorgesehenen Mechanismen ausreichen und bei widersprechender Expertise verbessert werden.

- 24. Wie bewerten Sie die Attraktivität der Thüringer Petitionsplattform und welche Hürden sehen Sie gegebenenfalls für Petentinnen und Petenten sowie für mitzeichnungswillige Menschen bei der Nutzung der Plattform?**

S. Frage 9

- 25. Sehen Sie Sicherheitsprobleme oder Missbrauchsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Thüringer Petitionsplattform und falls ja, wie könnten diese beseitigt werden?**

Wir hoffen, dass Sie angemessene organisatorische, technische und administrative Maßnahmen ergreifen, um die persönlichen Informationen der Petitionsstarter*innen und ihrer Mitzeichner*innen vor Verlust, Missbrauch, unbefugtem Zugriff oder Offenlegung, Veränderung und/oder Löschung zu schützen.

Wir erheben bei Change.org so wenige Daten wie irgend möglich. Anders als auf

anderen Plattformen braucht man auf Change.org lediglich eine gültige E-Mail-Adresse, um eine Kampagne zu unterstützen.

26. Wie bewerten Sie die Einführung einer Online-Diskussionsmöglichkeit bei Petitionen, die sich in der Mitzeichnung-Phase befinden?

Eine Online-Diskussionsmöglichkeit könnte zu mehr Teilhabe führen und das Angebot des Thüringer Landtags aufwerten. Wir empfehlen den Unterzeichner*innen ähnlich wie bei Change.org die Möglichkeit einzuräumen einen Kommentar zu hinterlassen.

27. Haben Sie weitere Vorschläge, die Attraktivität der Thüringer Petitionsplattform zu steigern?

Wir empfehlen die Teilbarkeit der Plattform in sozialen Netzwerken zu verbessern und unbedingt mit überparteilichen, nichtstaatlichen Plattform wie Change.org und openPetition zusammen zu arbeiten.

Berlin, 12. April 2021,

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Bayerischer Landtag Petitionsausschuss Landtagparlament</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Maximilianeum</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Max-Planck-Str. 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>81627 München</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Bayerischer Landtag Petitionsausschuss Landtagparlament	Geschäfts- oder Dienstadresse	Maximilianeum	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Max-Planck-Str. 1	Postleitzahl, Ort	81627 München
Name	Organisationsform										
	Bayerischer Landtag Petitionsausschuss Landtagparlament										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Maximilianeum										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Max-Planck-Str. 1										
Postleitzahl, Ort	81627 München										

2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Parlamentsverwaltung	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Übersmittlung von Erfahrungen mit einer eigenen entsprechenden Regelung	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mindsee 7.4.2021	



THÜR. LANDTAG POST
13.04.2021 12:30

2141/2021

Bayerischer Landtag Landtagsamt Maximilianeum 81627 München

Thüringer Landtag

Petitionsausschuss

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Landtagsamt

TH. LANDTAG GB-PA
12.04.2021 13:11

7. April 2021

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags; Gesetzentwürfe zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Drs. 7/985 und Drs. 7/2042

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihr Schreiben vom 1. März 2021, mit dem Sie uns die o.g. Gesetzentwürfe übersandt haben, danke ich Ihnen sehr herzlich.

Es entspräche sicher nicht den Gewohnheiten unserer bundesstaatlichen Rechtsordnung, wenn der Bayerische Landtag eine inhaltliche Bewertung zu Gesetzentwürfen abgeben würde, über die der Thüringer Landtag in eigener Kompetenz zu entscheiden hat. Ich darf Sie daher vorab um Verständnis bitten, dass sich unsere Stellungnahme darauf beschränken wird, Sie über die Erfahrungen des Bayerischen Landtags mit der Behandlung von Petitionen in öffentlichen Sitzungen zu informieren. Aus diesem Grund wird die Antwort auch allein diejenigen Fragen des Fragenkatalogs beantworten, die sich auf die Öffentlichkeit beziehen.

Allgemeines:

Während der zurückliegenden Jahre erreichten den Bayerischen Landtag jeweils ca. 1.800 bis 2.000 Petitionen. Seit Beginn der Corona-Pandemie ist die Zahl um mehr als 20 % gestiegen.

Beim Bayerischen Landtag besteht die Besonderheit, dass nur rund ein Drittel der Petitionen im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden behandelt wird (z.B. Einzelfälle aus den Bereichen Ausländerrecht, Baurecht und Strafvollzug). Alle anderen Petitionen werden in dem dafür zuständigen Fachausschuss behandelt. Die Ausschusssitzungen sind grundsätzlich öffentlich. Dies gilt auch für die Behandlung von Petitionen.

Thüringer Landtag

Zuschrift.

711148

zu Drs. 7/985 / 2042

Den Mitgliedern des

Peta

Kommunikation allgemein
Telefon +49 89 4126-0
Fax +49 4126-1392
landtag@bayern.landtag.de
www.bayern.landtag.de

Öffentliche Verkehrsmittel
U-Bahn U4/U5,
Max-Weber-Platz
Tram Linie 19, Maximilianeum



Umweltfreundlich 100% Altpapier

Fragen 11 und 12:

Die Behandlung von Petitionen in öffentlicher Sitzung kann im Einzelfall mit datenschutzrechtlichen Belangen im weitesten Sinne kollidieren. Dazu gehört der Schutz personenbezogener Daten in gleichem Maße wie das Sozial- und das Steuergeheimnis sowie der Schutz von Firmen- und Geschäftsdaten.

Selbstverständlich müssen Petenten vorab darüber informiert werden, dass die Behandlung der Petition öffentlich erfolgt. Beim Bayerischen Landtag erhalten die Petenten mit der Eingangsbestätigung einen entsprechenden Hinweis. Zugleich werden sie auf die Möglichkeit hingewiesen, der Behandlung in öffentlicher Sitzung zu widersprechen. Geht ein solcher Widerspruch ein, erfolgt die Behandlung automatisch in nicht öffentlicher Sitzung. Von dieser Widerspruchsmöglichkeit machen ca. 5 % der Petenten Gebrauch. Die überwiegende Zahl von Petenten legt ausdrücklich Wert auf eine Behandlung in öffentlicher Sitzung.

In weiteren ca. 5 % der Fälle wird aufgrund eines Vorschlages des Ausschussbüros bzw. auf Hinweis der in der Stellungnahme der Staatsregierung die Petition unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt. Der entsprechende Ausschussbeschluss wird mit einfacher Mehrheit gefasst. Dazu gehören Fälle, in denen sich aus der Petition selbst bzw. aus der Stellungnahme der Staatsregierung ergibt, dass Daten Dritter betroffen sind. Ebenso in diese Gruppe gehören Fälle, bei denen die betreffende Person der Behandlung in öffentlicher Sitzung zwar nicht widersprochen hat, bei denen aber Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Person die Bedeutung ihrer Entscheidung aber nicht vollkommen erfassen kann.

Fragen 20, 22 und 23:

Nach unserer Erfahrung ist die Behandlung von Eingaben in öffentlicher Sitzung für die allermeisten Petenten von erheblicher Bedeutung. Dies zeigt schon die geringe Zahl von Beschwerdeführern, die einer öffentlichen Behandlung widersprechen. Durch die öffentliche Sitzung erhalten die Petenten zudem die Möglichkeit, an der Beratung auch teilzunehmen. Den Ausschüssen steht es dabei frei, die Petenten im Einzelfall auch zu Wort kommen zu lassen, wenn sie dies für geboten erachten. Den Rückmeldungen vieler Beschwerdeführer ist zu entnehmen, dass sie diese Möglichkeit sehr begrüßen. Sowohl die Transparenz als auch die Akzeptanz der Ausschussentscheidungen werden dadurch positiv beeinflusst.

Mit der verbesserten Transparenz geht jedoch ein erhöhter Aufwand für die mit der Angelegenheit befassten Abgeordneten einher. Sowohl die Darstellung des Sachverhaltes als auch die Bewertung des Anliegens sind in einer öffentlichen Sitzung sicherlich aufwändiger als hinter verschlossenen Türen. Nach unseren Erfahrungen aus Jahrzehnten lohnt sich dieser Mehraufwand jedoch. Allerdings muss angemerkt werden, dass sich beim Bayerischen Landtag dieser Aufwand auf alle Abgeordneten verteilt, die Mitglied in einem Ausschuss sind, weil die Beratung von Petitionen in allen Ausschüssen erfolgt.

Da der materielle Datenschutz auch in der Vergangenheit uneingeschränkt zu beachten war, sehen wir auch die Entscheidung des EuGH vom 09.07.2020 nicht als geeignet an, den Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit in Frage zu stellen.

Ich hoffe, die geschilderten Erfahrungen des Bayerischen Landtags können einen Beitrag zur Gesetzesberatung im Thüringer Landtag leisten.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/985 -											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für das Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2042 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	Universitätsstr. 1
	Postleitzahl, Ort	40225 Düsseldorf
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Professor für Politikwissenschaft, Heinrich-Heine-Universität	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Revision des Petitionsverfahrens relevant - Modernisierung angezeigt s. Gutachten	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Un
Düsseldorf, 12.4.21	

Landtag Petition-Posteingang

Von:

Gesendet:

An:

Betreff:

Anlagen:

Dienstag, 13. April 2021 09:18

Landtag Petition-Posteingang

Gutachterliche Stellungnahme - Petitionsausschuss - Drs. 7/985 und Drs. 7/2042

Gutachterl. Stellungnahme zu Drs. 7_985 und 7_2042 Thüringer Formblatt_zur_Datenerhebung

LT Thüringen 7_985 und 7_2042.pdf

THUR. LANDTAG POST

15.04.2021 12:19

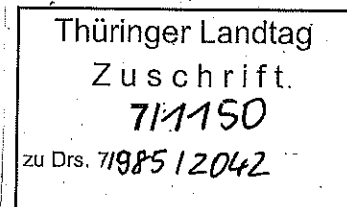
Sehr geehrte Damen und Herren,

9483/2021

dieser Mail finden Sie die angeforderte gutachterliche Stellungnahme zu Drs. 7/985 und 7/2042 beigelegt sowie das Formblatt zur Datenerhebung.

Meine Stellungnahme darf gerne auch interessierten Dritten zugänglich und öffentlich gemacht werden. Über eine kurze Eingangsbestätigung würde ich mich freuen.

Mit besten Grüßen



Den Mitgliedern des

PetA

Lehrstuhl Politikwissenschaft II / Chair Political Science II

Institut für Sozialwissenschaften / Department of Social Sciences

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Universitätsstr. 1

D-40225 Düsseldorf

TH. LANDTAG GB-PA
16.04.2021 11:38

An den Thüringer Landtag

Petitionsausschuss

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- per E-Mail -

Düsseldorf, 12.4.2021

Politik2@phi.uni-duesseldorf.de

Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf
Ulenbergstraße 127-131
40225 Düsseldorf
Gebäude 37.03
Ebene 01 Raum 15

www.uni-duesseldorf.de

GUTACHTERLICHE STELLUNGNAHME

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das
Petitionswesen – Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG)**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, Drs. 7/985

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen – Thüringer
Petitionsgesetz (ThürPetG)**
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drs. 7/2042

GENERELLE ANMERKUNGEN

Das Petitionswesen berührt eine zentrale Aufgabe parlamentarischer Körperschaften, i.e. Anlaufstelle für Eingaben der zu Repräsentierenden zu sein und auf diesem Weg Politikbetroffenen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einzuspeisen sowie die Volksvertretung auf etwaige Missstände aufmerksam zu machen. Da es sich hierbei um ein „Jedermann“-Recht handelt, kommt dem Petitionswesen eine über die Staatsbürger/innen hinausreichende integrierende Funktion bei der politischen Beteiligung von Politikbetroffenen in einer parlamentarischen Demokratie zu.

In einer Studie des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag aus dem Jahr 2009 gab rund ein Fünftel einer bevölkerungsrepräsentativen Befragungsstichprobe an, schon einmal entweder eine Petition eingebracht oder mitgezeichnet zu haben. Infolge der Etablierung von Online-Petitionen sind die Hürden für diese Form der politischen Beteiligung deutlich gesenkt worden. Die Digitalisierung hat das Petitionswesen und die Merkmale dieser Partizipationsform grundlegend verändert. Davon profitieren auch private Online-Petitionsplattformen.

Grob lassen sich zwei Typen von Petitionen unterscheiden: (1) die individuelle Petition, die mit Verweis auf persönliche Betroffenheit auf ein Problem in Folge von staatlichem Handeln respektive Unterlassen aufmerksam macht; (2) die Petition, die ein Anliegen in das Parlament einbringen und mit diesem eine parlamentarische Auseinandersetzung – im weitestgehenden Fall in Gesetzgebung resultierend – initiieren will. Da der zweite Petitionsstrang in der Regel über eine konkrete individuelle Betroffenheit hinausgeht, ist es denkbar und wahrscheinlich, dass ein derartiges Anliegen von anderen Unterstützung erfährt und entweder als „Gruppenpetition“ eingereicht wird oder zu einer solchen werden kann.

Gruppenpetitionen nähern sich in ihren Merkmalen dem Instrument einer Volksinitiative an, das gleichermaßen darauf zielt, die Befassung des Parlaments mit einem Thema herbeizuführen, welche in Rechtsetzung münden kann/soll. Darüber hinaus unterscheidet das Thüringer Petitionsgesetz (§ 14) bei Gruppenpetitionen, ob bei der Einreichung eine bestimmte Person respektive Personengemeinschaft als Initiator/in in Erscheinung tritt („Sammelpetition“) oder ob dies nicht der Fall ist („Massenpetition“). Durch die bereits erwähnte Digitalisierung des Petitionswesens ist die Typ 2-Version in ihrer Online-Variante zu einer hochrelevanten und verbreiteten Form der politischen Partizipation geworden.

Dass es im Einzelfall bei Typ 1- und Typ 2-Petitionen zu Überschneidungen kommen kann, heißt nicht, dass keine differenzierte Herangehensweise bei der Ausgestaltung des Petitionsverfahrens angezeigt wäre. Nur so kann den unterschiedlichen Motivationen und Rahmenbedingungen von Eingaben an das Parlament Rechnung getragen werden. Die Unterscheidung zwischen den beiden Petitionstypen hat unter anderem Implikationen für die Frage der Anonymität der Petenten/innen sowie einer etwaigen öffentlichen Behandlung respektive der Einbindung einer Ombudsperson in das Verfahren.

VORGESCHLAGENE GESETZESÄNDERUNGEN

Im Vergleich mit den Regelungen in anderen Ländern wirkt das Thüringer Petitionswesen bereits in seinem heutigen Zustand prima facie „petenten/innenfreundlich“. So können beispielsweise öffentliche Anhörungen im Petitionsausschuss anberaumt werden, „Massen-“ und „Sammelpetitionen“ werden ausdrücklich erwähnt und ihre Behandlung geregelt. Zudem ist eine allgemein zugängliche Petitionsplattform eingerichtet worden (<https://petitionen.thueringer-landtag.de>), auf der die Möglichkeit der Veröffentlichung und Mitzeichnung von eingebrachten Petitionen besteht.

Die zur Begutachtung vorliegenden Anträge zielen auf eine partielle Neugestaltung des Thüringer Petitionswesens: Der Antrag Drs. 7/985 bezieht sich allein auf die Frage der Veröffentlichung von persönlichen Daten bei der Mitzeichnung einer Petition und wird von den entsprechenden weiterreichenden Vorschlägen im Antrag Drs. 7/2042 mitabgedeckt (s. u.). Der Antrag Drs. 7/2042 strebt überdies eine umfassende „Modernisierung“ und Konzentration der Regelungen zum Petitionswesen im ThürPetG an. Dabei geht es neben rechtstechnischen Fragen (z. B. die als sinnvoll einzustufende Überführung von Regelungen aus der Geschäftsordnung in das ThürPetG) auch um substantielle Veränderungen im Petitionsverfahren, welche zu einer höheren Attraktivität dieses wichtigen Kommunikationskanals zwischen Staat und Bürgern/Innen beitragen sollen.¹

ANMERKUNGEN ZU AUSGEWÄHLTEN FRAGEKOMPLEXEN

A) Anonymisierung oder Pseudonymisierung der Mitzeichnenden

Um die Hürden der Mitzeichnung zu senken, ist wie vorgeschlagen eine Anonymisierung oder Pseudonymisierung bei gleichzeitiger Hinterlegung der Adressdaten bei der Landtagsverwaltung das Mittel der Wahl. Ein solches Vorgehen dient zum einen dem Schutz der Meinungsäußerung, der angesichts der aktuellen Tendenz zur Inzivilisierung öffentlicher Kommunikation dringend geboten erscheint. Das Wissen um die Identität der Mitzeichnenden sollte zudem

¹ Redaktioneller Hinweis: In den Formulierungen des Änderungsvorschlags wird nicht durchweg sowohl die männliche als auch die weibliche Form bei „Petent/Petentin“ verwendet.

nicht die Mitzeichnung eines Anliegens motivieren, da somit die der Sache entspringenden Beweggründe, sich einem Anliegen anschließen zu wollen, beeinflusst werden könnten.

Notabene: Die beiden Argumente, Schutz und „Entpersonalisierung“ des Anliegens, greifen gleichermaßen bei der Frage der Identifizierbarkeit der Initiatoren/innen von Petitionen. Entsprechend wäre zu prüfen, ob nicht auch der Petent/die Petentin über die Option einer Anonymisierung oder Pseudonymisierung seiner/ihrer persönlichen Daten vor Veröffentlichung der Eingabe auf der Petitionsplattform verfügen können sollte – ob also eine analoge Regelung für Petenten/innen eine mittlerweile gebotene Operationalisierung des Benachteiligungsverbots nach § 7 ThürPetG darstellt.

Der Vorschlag in Drs. 7/985 sieht eine Wahlmöglichkeit vor, ohne dass klar wird, aus welchem Pool an Optionen die Mitzeichnenden wählen könnten. Die vorgeschlagenen Regelungen in Drs. 7/2042 spezifizieren als Wahloption neben der Nennung von Namen und Wohnort die Möglichkeit eines „standardisierten Pseudonyms“. Tatsächlich ist es essenziell, dass die Pseudonymisierung gewissen formalen Standards folgt und zugleich die Mitzeichnenden „ihr“ Pseudonym unaufwändig ausmachen können (z. B. „Mitzeichnende/r Nr. 24“).

B) Öffentlichkeit der Sitzungen des Petitionsausschusses

Von der Bestimmung einer generellen Nicht-Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen nach Art. 62 Abs. 2 ThürVerf kann und sollte bei der Arbeit des Petitionsausschusses Abstand genommen werden. Die Beratungen des Petitionsausschusses des Thüringer Landtags sollten in der Regel öffentlich stattfinden.

Bei volksinitiativen-ähnlichen Petitionen dürfte die Öffentlichkeit der Beratung des Petitionsausschusses im ureigenen Interesse der Petenten/innen liegen, aber darüber hinaus ein Anliegen des Landtags sein. Mit der Etablierung dieses Arbeitsmodus' würde sich der Petitionsausschuss noch weiter in Richtung eines Gremiums des öffentlichen Austausches zwischen Parlament und Gesellschaft entwickeln können. Da sich – im Gegensatz zu den anderen Gremien – dieser spezifische Ausschuss unmittelbar mit Anliegen aus der Bevölkerung auseinandersetzt, ist für diesen eine Arbeitsweise angezeigt, die durch Transparenz zur Vertrauensbildung zwischen Politik und Gesellschaft sowie zur Stärkung wahrgenommener politischer

Selbstwirksamkeit beitragen kann. Sowohl die Bürger/innen als auch die interessierte Öffentlichkeit sollen sehen und nachvollziehen können, dass und wie sich der Landtag mit den Bitten und Beschwerden der Politikbetroffenen auseinandersetzt.

Für den Typus der individuellen Beschwerdepetition wiederum erscheint das ausdrückliche Einverständnis des/der Betroffenen mit dem Modus der öffentlichen Beratung zwingend. Alternativ denkbar wäre für diese Art von Petitionen eine anonymisierte Behandlung in öffentlicher Sitzung. Hierbei könnte eine Ombudsperson eine kompensatorisch-advokatorische Rolle spielen (s. u.).

C) Zusammenarbeit mit privaten Petitionsplattformen

Das Aufkommen und der Erfolg von privaten Petitionsplattformen machen auf zwei Trends aufmerksam: 1. Es besteht seitens der Bevölkerung ein erhebliches Interesse an der Möglichkeit, sich politischen Anliegen anzuschließen und diese in den politischen Prozess einfließen zu lassen. 2. Private Plattformen haben sich mittlerweile als alternative Orte für das Petitionswesen etabliert und damit als durchaus bedeutsame „Konkurrenz“ zu den Angeboten der parlamentarischen Körperschaften.

Folglich scheint es für die Parlamente nahezuliegen, eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit den privaten Online-Plattformen in den Blick zu nehmen. Gleichwohl sind dabei gewichtige Aspekte zu erwägen: Die privaten Plattformbetreiber sind zwar von ihrer Anlage und ihrem Selbstverständnis her (partei-)politisch unabhängig, aber es ist nicht auszuschließen, dass politische Agenden direkt oder indirekt sowie implizit oder explizit in ihre Arbeit hineinspielen könnten. Dies kann sich beispielsweise begründen und zugleich manifestieren in dem Kreis der Personen, die auf diese Plattformen zurückgreifen, um ihre Anliegen zu organisieren. Im Sinne des demokratischen Prinzips der Gleichheit stellt sich die Frage, ob effektiv gewährleistet ist respektive werden könnte, dass jede/r gleichermaßen Kenntnis über die Existenz und Arbeit der Plattformen erhält oder zumindest erhalten kann.

Nur teiltransparent ist die Finanzierung der „freien“ Plattformen; diese sind auf private Zuwendungen angewiesen, um ihre Ausgaben, die sich insbesondere auf die Finanzierung des Personals erstrecken, bestreiten zu können. Zwar bemühen sich aner kennenswerterweise die

privaten Anbieter in dieser Angelegenheit um eine größtmögliche Transparenz. Aber diese findet ihre Grenzen beispielsweise dort, wo Spender/innen nicht namentlich genannt werden können/dürfen. So lässt sich die Wirksamkeit von Verzerrungsmechanismen zum Schaden des Gleichheitsprinzips bei den privatwirtschaftlich organisierten Anbietern nicht rundum ausschließen. Eine wie auch immer geartete Privilegierung der dort eingebrachten Anliegen im Rahmen einer Kooperation zwischen Landtag und privaten Plattformbetreibern müsste deswegen unter einem kritischen Vorbehalt stehen.

Dies bedeutet freilich nicht, dass bei einer eventuellen Modernisierung der Petitionsplattform des Landtags nicht auf die Erfahrungswerte und ggf. beratende Unterstützung privater Anbieter zurückgegriffen werden sollte – ganz im Gegenteil. Übergeordnetes Ziel sollte es jedoch bleiben, den Landtag als den Ort zu etablieren, wo Anliegen, Bitten und Beschwerden gegenüber der Politik artikuliert und diskutiert werden können, weil sich in dieser Körperschaft die Idee der Parteilichkeit rechtssicher, strukturell und nachhaltig verwirklichen lässt und weil damit eine Instanz adressiert wird, die die Anliegen wirksam aufgreifen kann.

D) Steigerung der Attraktivität der Petitionsplattform des Landtags

Intention einer Reform des Petitionswesens sollte es sein, die Möglichkeit, Bitten und Beschwerden beim Landtag einzureichen, sichtbarer, niedrigschwelliger und attraktiver zu machen. Insbesondere die Form der Sammel- und Massenpetitionen gibt den Bürger/innen, aber auch Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft die Chance, ihre politischen Anliegen zu artikulieren. Diese Option sollte durch eine Senkung der Beteiligungskosten und die Steigerung der Attraktivität des Verfahrens ausgebaut werden.

Hier verfolgt der Gesetzentwurf mit der vorgeschlagenen Einführung einer Debattenfunktion einen relevanten Ansatz: Die Einrichtung einer Diskussionsplattform erscheint sinnvoll, weil sie potenziellen Mitzeichnenden die Möglichkeit gibt, sich intensiver mit Argumenten rund um die eingebrachten Anliegen und damit auch mit der Sache selbst auseinanderzusetzen. Außerdem erhöht ein solches Feature die Attraktivität der Seite insgesamt. Mit einem derartigen Angebot würde der Landtag – seiner Forumsfunktion folgend – eine Arena für die Bürger/innen schaffen, auf der kontrovers über politische Angelegenheiten diskutiert werden kann.

Die Einführung einer Diskussionsoption auf der Plattform macht jedoch die Festlegung eines Verhaltenskodex für alle Nutzer/innen unumgänglich. Zur Umsetzung der Regeln ist zudem die Einführung einer fortwährenden Moderation unabdingbar.

Jenseits dieser Ausweitung der Funktionalität können Weiterentwicklungen in Technik und Design die Attraktivität der Seite erhöhen, insbesondere die Einführung eines responsiven Designs, welches die Nutzung der Plattform über mobile Endgeräte erleichtert. Derzeit existieren zudem noch keine Verlinkungsmöglichkeiten zu Social-Media-Kanälen; über eine Share-Funktion könnten einzelne Petitionen, aber gleichermaßen die gesamte Seite eine höhere Reichweite erhalten. Schließlich gibt es bei der Verwendung von Icons, der Visualisierung und Ausgestaltung von Texten Optimierungspotenziale. Zur Weiterentwicklung empfiehlt sich ein Vorgehen, das die „User Experience“ sowie die Erwartungen potenzieller Nutzer/innen systematisch auswertet und berücksichtigt.

Die im Antrag vorgesehene regelmäßige Evaluierung der öffentlichen Petitionsplattform ist insofern sehr zu begrüßen. Aufgrund der Dynamik technischer und kommunikativer Entwicklungen wären statt der vorgeschlagenen (mindestens) einmaligen Evaluation pro Wahlperiode eine zweijährige regelmäßige Überprüfung und Revision des Angebots vorzuziehen.

E) Ombudsperson für Typ-1-Petitionen

Die Spezifika von Typ-1-Petitionen werfen die Frage auf, ob für diese nicht ein angepasstes Verfahren parallel zu den bislang verhandelten Strukturen etabliert werden sollte. Wie dargestellt, ist bei den „Betroffenheitspetitionen“ eine öffentliche Behandlung im Petitionsausschuss in der Regel weder im Sinne des/der Petenten/in noch funktional für eine Beratung des Anliegens. Solche höchstpersönlichen Vorgänge legen die Einbindung einer Ombudsperson im Petitionsverfahren nahe.

Bereits jetzt fungiert in Thüringen ein vom Landtag gewählter Bürgerbeauftragter als Anlaufstelle für von Verwaltungsakten betroffene Personen mit Beschwerdemotivation. Der Bürgerbeauftragte arbeitet zwar mit dem Petitionsausschuss zusammen, jedoch erstreckt sich seine Aufgabenwahrnehmung primär auf Anliegen und Vorgänge, die sich außerhalb des Petitionsverfahrens bewegen. Der Landtag kann dem Bürgerbeauftragten Prüfaufträge erteilen; der

Bürgerbeauftragte leitet seinerseits Angelegenheiten, die als Petitionen im Sinne des § 1 Thür-PetG eingestuft werden müssen, an den Landtag weiter. In ihrer Außenkommunikation sind die beiden Stränge des Eingabewesens in Thüringen allerdings künstlich getrennt; so gibt es zwei Websites, und selbst in seinem Kontaktformular erscheint der Bürgerbeauftragte – kontrafaktisch – nicht mit dem Landtag verbunden zu sein.

Eine stärkere nach außen zu kommunizierende Verbindung des Bürgerbeauftragten mit dem Petitionswesen des Landtags erscheint angezeigt. So könnte der Landtag im Bereich der „Betroffenheitspetitionen“ ein „Gesicht“ erhalten und die einzelnen Bürger/innen das Parlament deutlicher als Adressat für die Eingabe ihrer Anliegen erkennen. In dem Zusammenhang wäre zu prüfen, ob der Bürgerbeauftragte weitergehend und regelmäßiger in die Petitionsverfahren im Landtag eingebunden werden könnte und ob dies entsprechenden Niederschlag in den rechtlichen Regelungen finden sollte, beispielsweise durch die Aufnahme revidierter Regelungen zum Bürgerbeauftragten in das Thüringer Gesetz zum Petitionswesen.

FAZIT

Das demokratisch relevante Petitionswesen – nicht selten ein Stiefkind im parlamentarischen Betrieb – bedarf einer grundlegenden Modernisierung; insofern erscheinen die beiden Gesetzentwürfe zielführend. Insbesondere Sammel- und Massenpetitionen bieten die Chance, eine große Zahl von Bürger/innen in den politischen Diskurs einzubeziehen. Der Landtag sollte durchaus mit beratender Unterstützung seitens privater Plattformbetreiber die Attraktivität seiner Petitionsseite durch ein ansprechenderes Design und zusätzliche zeitgemäße Funktionalitäten ausbauen. Überdies ist zu prüfen, ob und inwieweit der Thüringer Bürgerbeauftragte stärker in das Petitionsverfahren des Landtags eingebunden werden könnte.

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

Diskussionsforum

des Thüringer Landtags

Anlage Auswertung BTB

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

- Drucksache 7/985 -

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/2042 -

Frage: Welche Auffassung vertreten Sie zu den Entwürfen eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Petitionswesen 1. der Fraktion der FDP in Drucksache 7/985 sowie 2. der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/2042? Haben Sie Anmerkungen zu einzelnen Bestimmungen?

Hinweis: Bitte geben Sie jeweils in Ihren Kommentaren an, auf welchen Gesetzentwurf Sie sich beziehen.

Datum des Beitrages	Angaben zum Autor	Titel	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte
14. März 2021	Michael Hausmann* Rentner	Verschiedene Aspekte	Für und Wider

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.

30. März 2021	Uta Seidel* Rentnerin	Zugang zu Thüringer Petitionen mehr Bürgern ermöglichen	<ul style="list-style-type: none"> -Verlängerung der Zeichnungsfrist bei Abschaltung der Plattform -Möglichkeit der Nutzung von bis zu 5 Personen mit einer E-Mail -Mitzeichnung auch durch Unterschriftsbögen -Gleichwertige Anrechnung der Unterschriftsbögen -Veröffentlichung von Unterschriftsbögen -Einsicht anderer Beiträge bei der Diskussion zum Thema an dem man sich beteiligt
31. März 2021	Kerstin Bärthel* Angestellte	Petitionsrecht ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie	<ul style="list-style-type: none"> - bei Petition und Mitzeichnern Veröffentlichung des Namen und Wohnort - online-Zeichnung und Unterschriftenlisten gleichberechtigt behandeln - umfassende Informationen über Petitionen, Petitionsgesetz und online-Diskussionen in allen Medien - Sitzungen des Petitionsausschusses in der Regel öffentlich,
31. März 2021	Andre Kerl* Bürgermeister	Petitionen - eine demokratische Notwendigkeit	<ul style="list-style-type: none"> - Der Zugang zu Petitionen soll in Zukunft einfacher gestaltet werden. - Die Beteiligung in Listenform ist parallel zum elektronischen Verfahren unbedingt zu erhalten. - Die Veröffentlichung personenbezogener Daten soll jedem freigestellt sein. - Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge öffentlicher Stellen und Verbände sollen grundsätzlich öffentlich einsehbar sein.

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht.